



Spanienschallplatten unter Alliierten

Ernst Busch und die „Canciones de las Brigadas Internacionales“

CAROLA SCHRAMM

Wenn Ernst Busch seine Stimme erhebt, um die ersten Zeilen des berühmten Liedes „Spaniens Himmel breitet seine Sterne“ zu singen, dann entfaltet sich eine Erhabenheit, die von Trauer bis Zuversicht reicht und eine tiefe Verbundenheit mit dem spanischen Freiheitskampf offenbart. In Spanien nannten sie ihn den „Sänger der Revolution“. Die „Thälmannkolonne“, so der eigentliche Titel dieses von Paul Dessau im Pariser Exil komponierten Liedes, hat Ernst Busch seit seiner Ankunft in Spanien im Frühjahr 1937 auf allen Stationen seines 16-monatigen Aufenthalts in diesem Land gesungen, mit den Internationalen Brigaden einstudiert und in Barcelona sogar auf eine Grammophonplatte gebracht. Auch Jahrzehnte nach diesen Ereignissen wird er immer noch mit diesem Lied in Verbindung gebracht. Wer „Spaniens Himmel“ wieder erkennt, weiß, dass Busch sich den Verteidigern der jungen spanischen Republik, die sich seit dem Putsch am 18. Juli 1936 gegen die faschistischen Franco-Truppen zur Wehr setzten, angeschlossen hatte, als Sänger, als Herausgeber von Liederbüchern, den „Canciones de las Brigadas Internacionales“, und als Produzent von Schallplatten, den „Discos de las Brigadas Internacionales“. Für Busch war Spanien ein prägendes Ereignis, auf das er in all seinen späteren Schaffensphasen Bezug nahm.

Im Sommer 1938 verließ Ernst Busch Spanien und begründete im belgischen Exil ein Schallplattenlabel mit dem Titel „Lied der Zeit“. Sechs Lieder der Internbrigaden brachte er auf Grammophonplatten heraus und widmete sie „Spanien 1936–39“. Nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Belgien und Frankreich Anfang Mai 1940 kam Busch in die französischen Internierungslager Saint-Cyprien und Gurs. Nach einem gescheiterten Fluchtversuch wurde er nach Deutschland ausgeliefert. Es folgten Gefängnis in Berlin-Moabit, Anklage und Verurteilung durch den Volksgerichtshof

sowie Zuchthaus in Brandenburg. Er hatte Glück und überlebte.¹

Ernst Busch und die Alliierten

„Meine heroische Zeit begann am 27. April 1945 bis 1953“,² schrieb Ernst Busch in seinen nachgelassenen Notizen und bezog sich dabei auf seine Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg durch die Rote Armee im April 1945. Eine neue Zeit und eine neue Schaffensperiode lagen nun vor ihm. Zur Wahrheit gehört aber auch das Ende dieser Notiz, die Jahreszahl 1953. Was veranlasste ihn, diesen Zeitrahmen zu setzen und was ereignete sich in diesen Jahren nach der Befreiung?

Ernst Busch war wenige Wochen nach Kriegsende als Sänger und Schauspieler in die Öffentlichkeit zurückgekehrt. Am 9. Juli 1945 hörte man ihn – gemeinsam mit Eva Busch – zum ersten Mal im Rundfunk, am 18. Juli gab er zum neunten Jahrestag des Überfalls Francos auf die spanische Republik ein öffentliches Rundfunkkonzert im Funkhaus in der Berliner Masurenallee.³ Als er Anfang November 1945 in der Hauptrolle des Charleston in Robert Audreys „Leuchtfreuer“ im Berliner Hebbel-Theater auf der Bühne stand, kommentierten Edward Hogan und John Bitter, Kulturoffiziere der amerikanischen Militärregierung, die Premiere in ihrem Wochenbericht: „Der persönliche Erfolg Ernst Buschs in der Hauptrolle war enorm, während der Nazizeit hatte er Berufsverbot, die Nazi-Schikanen sieht man ihm noch an.“⁴ Alexander Dymshitz, Literaturwissenschaftler und seit November 1945 Leiter der Kulturabteilung der *Sowjetischen Militäradministration in Deutschland* (SMAD), hob hervor, dass Busch nach 13-jähriger Pause wieder zu hören sei und mit ihm „die Volksstimme von der Volksbühne“ erklinge.⁵

Alexander Dymshitz und sein Begleiter Arseni Gulyga, ein junger Philosoph und im sowjetischen Sektor für das

Theater zuständig, hatten Busch gleich nach seiner Rückkehr in seiner Wohnung in der Berliner Künstlerkolonie besucht und mit Lebensmitteln versorgt. Busch über Dymshitz: „Er hielt aus dem Stehgreif Vorträge über [Erwin] Piscator – [Max] Reinhardt – [Otto] Brahm und über alle unsere literarischen und politischen Größen unseres 19. Jahrhunderts und wusste auch, dass der Mensch, bevor er Kunst u. Philosophie treiben kann – essen und trinken muss.“⁶ Buschs Begegnungen mit den aufgeschlossenen Kulturoffizieren aller Besatzungsmächte haben sich ihm ins Gedächtnis geschrieben: „Die erste Veranstaltung habe ich zusammen mit allen Mächten gemacht, im Grunewald, in der Villa von dem Grafen Treuberg, [Es] kamen alle zusammen, die Franzosen, die Amerikaner, die Engländer. Das waren alles clevere Leute, das waren doch alles unsere Leute. Die [...] haben dann mitgesungen „drum links zwei drei“, „marsch lewa, dwa, tri“, und „marchons au pass“.“⁷

Im Sommer 1946 präsentierte der sowjetische Stadtkommandant von Berlin Alexander Kotikow eine Idee, die auch von Busch gewesen sein könnte: Anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum zehnten Jahrestag des Beginns des spanischen Freiheitskampfes am 19. Juli 1946 im Berliner Palast wollte Kotikow den eingeladenen Spanienkämpfern Grammophonplatten mit Liedern von Ernst Busch überreichen.⁸ Diese Veranstaltung hatte weitreichende Folgen. Sie wurde zum Auftakt einer über 40 Jahre dauernden Schallplattengeschichte, die in der sowjetischen Besatzungszone ihren Anfang nahm und erst mit dem Untergang der DDR im Jahr 1990 endete.

Der Anlass für die Gründung eines Plattenunternehmens basierte zwar auf einem sowjetischen Vorschlag, die Umstände der Gründung waren aber keinesfalls nur den Intentionen der sowjetischen Besatzungsmacht geschuldet. Die alliierte Deutschlandpolitik barg in den



Liedertexte zum geplanten Schallplattenalbum, Druck vom 19. Juli 1946

ersten Monaten nach Beendigung des Krieges sogar kurzzeitig das Potenzial für eine gemeinsame Gestaltung des besetzten Deutschlands. Schließlich aber folgten die in Deutschland tätigen Offiziere aller vier Mächte den Anweisungen ihrer Regierungen und sorgten für einen kulturellen Aufbruch voller widersprüchlicher Entscheidungen und überraschender Ergebnisse.

Ehrung der Spanienkämpfer

Zur Umsetzung seiner Geschenkidee entschied Alexander Kotikow, die Plattenaufnahmen mit Ernst Busch im Funkhaus Berlin neu zu machen. Er stellte Busch für die Realisierung des Plattenvorhabens einige sowjetische Kulturoffiziere zur Seite. Busch begab sich zunächst in die Berliner Magistratsdruckerei, um dort die „Liedertexte zu den Schallplatten der XI. Internationalen Brigaden“ drucken zu lassen. Die Heftchen mit zehn Titeln lagen am 9. Juli 1946 fix und fertig vor.⁹ Drei Tage darauf begann Ernst Busch im Haus des Rundfunks mit den ersten Aufnahmen. Der Beginn gestaltete sich schwierig: „Die erste Aufnahme war am 12. Juli, hat nachmittags 3 bis abends 10 Uhr gedauert. Die Versuche waren absolut negativ. Keiner der anwesenden Techniker und Produktionsleiter wusste, worum es eigentlich ging. Und so habe ich mit Geduld schon 5mal das Solidaritätslied gesungen“,¹⁰ notierte Busch.

Am 19. Juli 1946, anlässlich der Ehrung der Spanienkämpfer im Berliner Friedrichstadtpalast, standen die „Lieder aus dem Spanischen Freiheitskampf“ auf

dem Programm, darunter die von Busch so populär gemachten Songs wie „Los Cuatro Generales“, „Die Ballade der 11. Brigade“, „Thälmann-Kolonne“, „Jarama-Front“, „Einheitsfront-Lied“ u.a. Busch sang und wurde mit jubelndem Beifall bedacht.¹¹ Er konnte den Interbrigadisten auch das Liederheft überreichen, nicht aber das Schallplattengeschenk. 500 Alben á drei Platten sollten es werden, es lag an diesem Tag aber keine einzige Platte vor. Dies lag keineswegs daran, dass Busch die Aufnahmen nicht realisieren konnte oder er nicht genug Unterstützung vom Berliner Rundfunk oder von den sowjetischen Kulturoffizieren erfahren hätte. Die Ursachen lagen vielmehr da, wo auf einer kleinen schwarzen Scheibe die große Politik ihre Runden drehte.

Lieder und Lizenzen

Die Lieder waren gesungen, die Aufnahmen waren gemacht. Sie warteten nur noch auf ihre Metamorphose zur Schallplatte. In Berlin gab es seit 1945 die Radiophon GmbH, ein Zusammenschluss amerikanischer und sowjetischer Ressourcen. Sie wurde pragmatisch gegründet, um dem unter sowjetischer Hoheit stehenden Berliner Rundfunk das Sendematerial zu liefern, dessen Archiv zum großen Teil zerstört worden war. Neue Aufnahmen mussten auf Konsernen gebracht werden, und das wiederum war zur damaligen Zeit vor allem die Schallplatte. Die Deutsche Grammophon im amerikanischen Sektor von Berlin war in der Lage, diese zu produzieren, indem sie eine funktionstüchtige Galvanik und eine kleine Presserei besaß. Für die Aufnahmen konnte sie wiederum die Technik beim Berliner Rundfunk nutzen. Der Funk fertigte unter sowjetischen Dächern die Aufnahmen und schickte die Wachs-Matrizen zur Entwicklung und Pressung unter die amerikanischen Dächer.¹² Auch Busch konnte seine Aufnahmen zunächst bei Radiophon entwickeln und pressen lassen. Dennoch ging der Plan für das Plattengeschenk nicht auf.

Die amerikanische Seite hatte zwar zu dieser Zeit noch nichts gegen Ernst Busch, jedoch gegen die Deutsche Grammophon erhebliche Vorbehalte. Sie verweigerte dem Berliner Unternehmen in Tempelhof die Produktionslizenz. Die Intelligence Branch der amerikanischen Militärregierung empfahl nach Prüfung der Angelegenheit seiner obersten Dienststelle, die Lizenz nicht zu erteilen, da die Deutsche Grammophon seit 1943 wirtschaftlicher Teil von Siemens &

Halske, eines bedeutenden Rüstungsbetriebs, gewesen war. Sie hätte auch für die Herausgabe militaristischer und nationalsozialistischer Musik verantwortlich gezeichnet.¹³

Diese politische Entscheidung hatte ungewollte Folgen, denn ohne Lizenz durften Grammophonplatten nur in sehr kleiner Stückzahl und nur für Sendezecke des Rundfunks produziert werden. So besagte es der Radiophon-Vertrag, und so wurde Buschs sowjetischer Auftrag unausführbar. Für Busch war die Enttäuschung groß. Rückblickend notierte er: „500 Mappen für Kotikow Geschenk-Absicht an die Inter-Brigaden 18. Juli 1946. Die Platten konnten nicht gepresst werden, weil der Rechtsberater des Rundfunks Dr. K. Kaul [...] vergessen hatte, mitzuteilen, dass Radiophon laut Vertrag nur 25 Exemplare pro Titel verpflichtet war zu liefern.“¹⁴ In einem irrte Busch: Der Jurist Friedrich Karl Kaul, der im Juli 1946 zum Justiziar beim Berliner Rundfunk berufen worden war, war mitnichten der Übeltäter, sofern angesichts der schwierigen politischen und materiellen Nachkriegssituation überhaupt von einem solchen zu sprechen ist.

Und doch erwies sich manche Konsequenz als zuweilen kontraproduktiv. Dialektisch gesehen entwickelte sich aus der Negation der Negation eine neue Möglichkeit: Die sowjetische Seite schickte angesichts des Schallplattendilemmas eine eigene Lizenz ins Rennen. Sie erteilte Ernst Busch und Gerhard Schwarz, einem Mitarbeiter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, am 12. August 1946 eine sowjetische Lizenz für das Recht, „mit den Aufnahmen von Agitations-Massenliedern Grammophonplatten herzustellen“. Die Herstellung der Platten sollte durch eine von den Lizenzträgern zu gründende Gesellschaft mit dem Namen „Lied der Zeit“ erfolgen.¹⁵ Das Problem der Plattenherstellung war damit allerdings nicht gelöst, es hatte sich lediglich seitenverkehrt: Auf der einen Seite gab es jetzt eine amerikanische Fabrik ohne Lizenz, auf der anderen eine sowjetische Lizenz ohne Fabrik.

Versuche und Entscheidungen

Derselbe Friedrich Karl Kaul, auf den Busch nicht gut zu sprechen war, hatte allerdings gute Kontakte zu amerikanischen Kulturoffizieren, verhandelte und taktierte und erwirkte alsbald mit einem Geschick eine Sondergenehmigung zur Herstellung der Busch-Platten. Der Chef der Theater- und Musiksektion bei der Information Control Branch, Major

John Bitter, ein junger Dirigent aus New York, der ab und an bei den Berliner Philharmonikern gastierte und sich im Übrigen als Förderer der im Dritten Reich verbotenen Musik von Felix Mendelssohn Bartholdy und Komponisten der Moderne wie Paul Hindemith und Boris Blacher erwies, zeichnete dafür verantwortlich und lockerte die Vorschriften.

Die Verhandlungen sind ein Kriminalstück für sich, und die Naturalwirtschaft war in der Nachkriegszeit eine wichtige Überlebensstrategie. Mehrere Beteiligte auf beiden Seiten der Alliierten waren darin verstrickt, um die Lieder der Interbrigaden auf Radiophon-Platten zu bekommen. Die sowjetischen Kulturoffiziere besorgten Rohmaterial für die Plattenpressung sowie Karbid und Wasserstoff für den Wiederaufbau des beschädigten Grammophon-Gebäudes.¹⁶ Major Bitter erlaubte im Gegenzug die Entwicklung von Busch-Aufnahmen bis zu einer Stückzahl von immerhin 150 Platten. Der Berliner Rundfunk gab diese unverzüglich bei der Deutschen Grammophon in Auftrag.¹⁷

Doch das Sichere war nicht sicher. Der politische Kurs der Kultur-Branch war nicht selten ein Zick-Zack-Kurs. Im Hinblick auf den Entnazifizierungsauftrag der Alliierten wurden Lizenzen in der amerikanischen Besatzungszone zunächst sehr zögerlich vergeben. Im Jahr 1946 änderte das State Department in Washington seine politischen Vorgaben, um die deutsche Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen und nicht dem sowjetischen Einfluss zu überlassen. Eine politische Tätigkeit der Deutschen sollte allerdings bei allem ausgeschlossen sein. Nun waren Buschs Spanienlieder ganz und gar nicht unpolitisch, das konnte auch der zuständige Offizier John Bitter kaum überhört haben. Er hätte die Möglichkeit gehabt, die Busch-Aufnahmen grundsätzlich von der Liste der Pressaufträge zu streichen, was er aber nicht tat. Stattdessen bot er Kaul als Vermittler wiederholt eine praktikable Lösung an. Manchmal nahm er diese auch zurück, um kurz darauf die Rücknahme wieder zurückzunehmen.

An der unsicheren Lizenzlage für eine Plattenproduktion hatte sich indes im Herbst 1946 nichts Grundsätzliches geändert. Mit den Bestrebungen der westlichen Alliierten, eine Bizone zu bilden, war das amerikanisch-sowjetisch verantwortete Radiophon-Projekt zum Scheitern verurteilt. Das wusste auch die sowjetische Seite, und Busch drängte auf eine Lösung: „Auf des Messers Schnei-

de“ würde die Sache stehen, wenn die materiellen Voraussetzungen nicht geschaffen werden würden.¹⁸

Vor diesem Hintergrund legte Friedrich Karl Kaul der *Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung* (ZVV) ein Memorandum über die Neuordnung der Schallplattenproduktion in der sowjetischen Besatzungszone vor. Die ZVV war kurz nach Beendigung des Krieges aufgrund eines SMAD-Befehls als eine der ersten Selbstverwaltungen in der sowjetischen Zone gegründet worden. Sie war für kulturelle Aufklärung, Kunst und Literatur und auch für den Berliner Rundfunk zuständig. Kaul schlug nun vor, auch die Schallplatte der ZVV zu unterstellen, denn er zweifelte nicht im Mindesten daran, dass die Realisierung eines so bedeutsamen Mediums in Zukunft nur im Zusammenwirken mit einer staatlichen Institution funktionieren könnte. Im Übrigen schlug er vor, Produktionserfahrung und Maschinenpotenzial westlicher Schallplattenfirmen zumindest so lange zu nutzen, bis die Produktion in der sowjetischen Zone auf eigenen Füßen stehen könne. Die Vergabe von Einzellizenzen hingegen hielt Kaul für einen Rückschritt. Er plädierte für eine vergesellschaftete Form. Die ZVV griff Kauls Vorschlag mit Freude auf und wollte nun ebenfalls die sowjetischen Verantwortlichen davon überzeugen. Eine Zusammenkunft mit den Lizenzträgern des Schallplattenverlages „Lied der Zeit“, den Vertretern von Rundfunk und ZVV sowie maßgeblichen sowjetischen Offizieren am Abend des 24. Oktober 1946 sollte auf der Basis der vorliegenden Papiere einer bestmöglichen Lösungsfindung dienen.

Lebhaft und laut muss es bei dieser Begegnung zugegangen sein, so besagt es jedenfalls der ausführliche Bericht Kauls an seinen Intendanten Hans Mahle.¹⁹ Er, Kaul, hätte den Beteiligten die Konzeption erläutert, welche Busch und zwei anwesende Kulturoffiziere wohlwollend zur Kenntnis genommen hätten. Das Geschehen hätte allerdings eine jähe Wendung genommen, als ein ranghoher Offizier, Sergej Barski, seines Zeichens



Ernst Busch und Arseni Gulyga in Berlin, 1946

Komponist und jetzt Referent für Musik in der SMAD-Kulturabteilung, alle bisher entwickelten Vorschläge vom Tisch wischte. Unmissverständlich soll er zum Ausdruck gebracht haben, dass weder die Mitwirkung der Deutschen Zentralverwaltung noch die des Berliner Rundfunks an der neuen Schallplattenproduktion erwünscht sei. Die sowjetische Seite hätte sich bereits festgelegt. Busch sei „der einzige in Frage kommende Faktor für eine Schallplattenproduktion in der Sowjetzone“. Die Würfel waren gefallen.

Dass innen- und außenpolitische Umstände zu dieser Entscheidung geführt hatten, liegt auf der Hand. Immerhin wurden schon seit September 1946 die Verhandlungen zwischen amerikanischen und britischen Alliierten zur Abspaltung der westlichen Zonen geführt. Einen unmittelbaren Anlass für die rigorose Entscheidung der SMAD mag zudem das Ergebnis der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 20. Oktober 1946 geboten haben. Der auf die SED entfallene Stimmenanteil war verhältnismäßig gering, und der SMAD wurde klar, dass sie die Bevölkerung von ihrer Politik nicht ausreichend überzeugt hatte. Das Misstrauen in die Selbstverwaltungsorgane der Deutschen war nun umso größer. Die Informationsverwaltung unter Oberst Sergej Tjul-

panow zog Konsequenzen. Eine davon war Busch, der ihr zuverlässiger politischer Gewährsmann war.

Allerdings war die sowjetische Entscheidung keine perfekte Lösung. Bei ihrer Realisierung zeigten sich Schwierigkeiten, die langfristig wirkten und kurzfristig behoben werden mussten. Beispielsweise konnten ohne die Aufnahmetechnik des Berliner Rundfunks keine Platten hergestellt werden. Und natürlich mussten auch der Rundfunk und die Einspielungen für „Lied der Zeit“ finanziert werden. Hinzu kam, dass Busch für die Rolle eines Privatunternehmers nicht unbedingt prädestiniert war. Seine Intention lag darin, eine Chronik des revolutionären Liedes zu gestalten und diese dort zu verbreiten, wo sie zwölf Jahre lang aus dem Gedächtnis der Menschen getilgt werden sollte.

Lichtblicke in Babelsberg und Ehrenfriedersdorf

Ende 1946 war die aufgrund SMAD-Befehls bereits beschlagnahmte und der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg übergebene Firma TEMPO Schallplatten GmbH Otto Stahmann für Busch und seinen Verlag „Lied der Zeit“ vorgesehen.²⁰ Allerdings konnte Busch darin nicht produzieren, da die TEMPO-Fabrik von der Besatzungsmacht bereits im Frühjahr 1946 demonstriert worden war.

Dafür geriet zur gleichen Zeit ein kleines Presswerk im sächsischen Ehrenfriedersdorf in den Fokus der Beteiligten. Ehrenfriedersdorf liegt im sächsischen Erzgebirge und damit in der sowjetischen Besatzungszone. Schließlich wurde verabredet, dass Busch seine im Funk gefertigten Aufnahmen statt bei Radiophon unverzüglich in Ehrenfriedersdorf entwickeln und pressen lassen sollte. Die Produktion im Presswerk Arthur Kybarth & Söhne in Ehrenfriedersdorf kam dennoch nicht so schnell in Gang wie gedacht. Bisherige Pachtverträge mussten gelöst und neue vorbereitet werden. Das Material aus der enteigneten TEMPO-Fabrik wie Schallplatten, Matrizen, Rohstoffe musste gesichert und nach Ehrenfriedersdorf verfrachtet werden.

Der bisherige TEMPO-Eigentümer Otto Stahmann beschwerte sich umgehend, allerdings erfolglos, bei der SMAD in Karlshorst: „Am Sonnabend, d. 2. November erschien Herr Hauptmann Mtschedlischwili und erklärte, dass alle Maschinen und Materialien in Babelsberg, von denen gerade einige Wagen für das Werk in Ehrenfriedersdorf abrollen sollten, beschlagnahmt [seien] und dass

der Pförtner persönlich dafür haftbar sei, dass nicht eine Schraube entfernt werden dürfe.“²¹ Busch beschrieb diese unglaublichen Vorgänge später so: „Mtschedlischwili, der konnte organisieren. Der hat nachher die ganze Geschichte mit den Platten gemacht, wir haben da wirklich Fahrten gemacht, wie in Kalifornien zur Goldgräberzeit“, und er erzählte von versteckten Materiallagern, beschlagnahmten Platten und Matrizen, von spontanen Abtransporten, genehmigten und nicht genehmigten Fahrten zwischen Babelsberg und Ehrenfriedersdorf.²²

Dabei waren die Zuständigkeiten unter den SMAD-Organen nicht immer eindeutig geklärt, sodass gegenläufige Entscheidungen auf oberster und unterster Ebene durchaus keine Seltenheit waren. So verfügte etwa die sowjetische Kommandantur in Annaberg zeitgleich die Beschlagnahme des Presswerks in Ehrenfriedersdorf. Dessen Inhaber Arthur Kybarth sah sich nun einer widersinnigen Entscheidung gegenüber, da die Kohlevorräte ebenfalls beschlagnahmt und abtransportiert werden sollen. In letzter Minute telegraфиerte Kybarth an die sowjetische Zentrale in Karlshorst: „Die Handelskammer Annaberg will die Kohlen von Stahmann an die Industrie verteilen [...] Lied der Zeit wird ohne Kohlen nicht arbeiten können.“²³ Er rettete damit „Lied der Zeit“ den Start in die Schallplatten-Produktion.

Busch war der Auffassung, mit den neuen materiellen Voraussetzungen einen Neustart wagen zu können. Als er jedoch am 4. Jänner 1947 zur ersten Aufnahme des neuen Jahres im Berliner Rundfunk erschien, drohte das ganze Vorhaben zu scheitern: „Nachdem ich vier Monate lang der Berliner Rundfunkgesellschaft als Versuchskaninchen gedient habe und wir endlich zu Aufnahmen kommen, die der Industrieplatte zumindest gleichwertig genannt werden dürfen, hält die Intendantur es für angebracht, diese dilettantischen Bemühungen Stopp zu setzen, mit der Begründung, dass die S.M.A. dafür kein Geld mehr bewillige.“²⁴ Die unzähligen Proben und Aufnahmen, die Busch ohne Rücksicht auf die hohen Kosten bis zur Perfektion wiederholte, hatten das Budget des Berliner Rundfunks geschröpfpt. Die kaufmännische Leitung verfügte, die Fabrikation einzustellen, da die finanziellen Mittel nur bis zum Ende des Jahres 1946 gereicht hätten. Wenig später wurde die Weisung widerrufen und die Produktion ging weiter.²⁵ Unklar ist, wer für die Finanzierung aufkam.

Am 3. Februar 1947 wurde Buschs Verlag in eine neue Rechtsform gegossen: Die „Lied der Zeit“ GmbH wurde gegründet. Wenige Tage später schloss die neue GmbH mit der Brandenburgischen Provinzialregierung einen Pachtvertrag über das nun volkseigene TEMPO-Werk in Babelsberg und mit Arthur Kybarth über das Presswerk in Ehrenfriedersdorf.²⁶ Damit hatte Busch für seine sowjetische Lizenz endlich eine Fabrik im sowjetischen Sektor und eine Produktionsstätte im Erzgebirge.

Die 1946 bei Radiophon produzierten Schellacks schätzte Busch als unzureichend ein und hielt eine Wiederholung sämtlicher bisher aufgenommenen Platten für notwendig: „Es war ein Auftrag der S.M.A., die den Spanienkämpfern zum 10jährigen Wiederkehr des spanischen Bürgerkriegs ein Geschenk machen wollte. Ich habe mich bereit erklärt, [...] die Lieder der Inter-Brigaden zu singen und die Platten so herauszubringen, wie ich sie 1938 in Barcelona herausgebracht und wie sie heute in der ganzen Welt, außer in Deutschland bekannt sind [...]. Das Resultat der Aufnahme liegt vor. Es entspricht nicht den Erwartungen, die man an eine Qualitätsplatte zu stellen hat.“²⁷ Nun noch einmal alles neu: Das Lied von der „Jaramafront“, das 1946 bereits in fünf Terminen geprobt worden war und von dem letztlich drei Takes entstanden, wurde nochmals probiert und schließlich in neun Takes festgehalten. Die „Thälmannkolonne“, die 1946 bereits in zwei Takes vorgelegen war, wurde 1947 nochmals in sechs Takes festgehalten. So verfuhr Busch mit sämtlichen Spanienliedern. Sie gingen jetzt in das Repertoire des Labels „Lied der Zeit“ ein. Perfektion gehörte zu seinem Selbstverständnis.

AMIGA – ETERNA und ewig Spanien

Vom politischen Lied allein konnte „Lied der Zeit“ jedoch nicht leben. Das wusste auch die SMAD und stellte noch einmal die Weichen für Busch. Im Presswerk in Ehrenfriedersdorf lagerten aus Vorkriegszeiten und aus den Beschlagnahmen der letzten Monate Matrizen und Platten von TEMPO und anderer Label mit leichter Muse und auch klassischer Musik. Eine Lizenz zur Verwertung solcher Genres besaß Busch allerdings nicht. Seine Lizenz war nur auf die Herstellung von Platten politischen Inhalts zugeschnitten.

Die Geschäftsführung von „Lied der Zeit“ beantragte im Jänner 1947 bei der

SMA die Erweiterung der bestehenden Lizenz für politische Songs um die Produktionsmarken ETERNA für die klassische Musik und AMIGA für die Tanz- und Unterhaltungsmusik. Die handschriftliche Genehmigung des sowjetischen Kulturoffiziers Barski, jenes Offiziers, der vor wenigen Monaten unmissverständlich die sowjetische Entscheidung für Busch verlautbart hatte, wurde schnell erteilt. Eine offizielle Urkunde vom 26. Mai 1947 legitimierte sowohl die Verwertung von Altmatrizen als auch die Neuproduktion von Schallplatten des klassischen und des unterhaltenden Genres. Es blieb eine Bedingung: Die von der SMA erteilte Lizenz nebst ihrer aktuellen Erweiterung „verliert ihre Gültigkeit mit dem Moment des Ausscheidens aus der Firma des ersten Lizenzträgers Ernst Busch“.²⁸

Ein Jahr später wurden die Kulturoffiziere der ersten Stunde aus Deutschland abgezogen, sowohl die sowjetischen als auch die amerikanischen. Das politische Klima zwischen den Besatzungsmächten wurde rauer. Busch war bei den Mühen der Ebenen angekommen. Rohstoffmangel, finanzielle Schwierigkeiten, kriminelle Machenschaften seines zweiten Geschäftsführers Hans Wolf und der unablässige Wille, weitere Neuaufnahmen zu schaffen, ein Spanienalbum, Lieder der Internationalen Arbeiterbewegung usw. kosteten ihn Kraft. Busch versuchte, seinen Betrieb zu vergesellschaften, also genau das zu tun, was 1946 nicht möglich war, er aber jetzt für notwendig erachtete. Busch strebte an, seinen Schallplattenverlag entweder in die Hände der Partei zu legen oder den Betrieb als Volkseigentum übergeben zu können. Mehrfach wandte er sich an die oberste SED-Parteiführung. Eine Entscheidung blieb aus. Erst im Mai 1953 erfolgte schließlich die Überführung der „Lied der Zeit“ GmbH in Volkseigentum. Dieser Schritt verlief jedoch alles andere als reibungslos und wurde für Busch zu einem unwürdigen Prozess. Zwar wurde er nicht enteignet, aber doch vor die Tür gesetzt.

Für ihn war damit – im Jahr 1953 – das Ende seiner „heroische(n) Zeit“ gekommen. Busch schwor, nie wieder einen Schallplattenbetrieb zu betreten.²⁹ Fortan wandte sich der Schauspieler dem Theater zu. Anfang der 1960er Jahre aber war er wieder zurück mit seinen Schallplatten und entwickelte gemeinsam mit der Akademie der Künste der DDR seine legendäre Schallplattenreihe „Aurora“, eine „Chronik in Liedern, Balladen und Kanta-

ten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhun-

Anmerkungen:

- 1/ Zur Biografie von Ernst Busch vgl. Ludwig Hoffmann/Karl Siebig: *Ernst Busch. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten*. Berlin: Henschelverlag Kunst und Gesellschaft 1987; Jochen Voit: *Er rührte an den Schlaf der Welt. Ernst Busch. Die Biographie*. Berlin: Aufbau Verlag 2010.
- 2/ Archiv der Akademie der Künste (AdK), Ernst Busch Archiv (EBA), 1658, Notiz von Ernst Busch, um 1970.
- 3/ Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (Hg.): *Ernst Busch und der Rundfunk. Zusammengestellt und kommentiert von Ingrid Pietrzynski*. Wiesbaden/Potsdam-Babelsberg 2005.
- 4/ Landesarchiv Berlin, OMGUS 5/242-3/13, Weekly Report No. 32, zit. nach: Brewster S. Chamberlin (Hg.): *Kultur auf Trümmern. Berliner Berichte der amerikanischen Information Control Section Juli–Dezember 1945*. Stuttgart: DVA 1979, S. 210.
- 5/ Alexander Dymshitz. Gruß an Ernst Busch, in: *Tägliche Rundschau*, 30.5.1946, zit. nach: Klaus Ziermann/Helmut Baierl (Hg.): *Alexander Dymshitz. Wissenschaftler – Soldat – Internationalist*. Berlin: Henschelverlag 1977, S. 64.
- 6/ AdK, EBA, 1658, Notiz, um 1970.
- 7/ Tonarchiv der AdK, AVM Busch_31_1071.
- 8/ Ebd.
- 9/ Ernst Busch (Hg.): *Lied der Zeit. Spanien 1936–39. Canciones de las Brigadas Internacionales. Liedertexte zu den Schallplatten der XI. Internationalen Brigade*. Berlin 1946.
- 10/ AdK, EBA, 2861, Briefentwurf, Anfang 1947.
- 11/ Hoffmann/Siebig: *Ernst Busch*, S. 252.
- 12/ Vgl. Deutsches Rundfunkarchiv (Hg.): „Hier spricht Berlin...“ *Der Neubeginn des Rundfunks in Berlin 1945*. Potsdam 1995.
- 13/ Landesarchiv Berlin, Rep. 036, RG 260, OMGUS 4/12-2/26, Intelligence Branche an Information Control Division, 15.11.1946.
- 14/ AdK, EBA, 2856, Notiz von Ernst Busch, nach 1947.
- 15/ AdK, EBA, 1326, Lizenz der Propagandaleitung der SMAD, 12.8.1946.
- 16/ Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), F 207-00-00/0004, Aktennotiz von Friedrich Karl Kaul über Besprechungen betr. Schallplattenproduktion, 14.9.1946.
- 17/ DRA, F 207-00-00/0003, Hausmitteilung der Rechtsabteilung des Berliner Rundfunks, Kaul, an Hausverwaltung, Hildebrandt, 10.10.1946.
- 18/ DRA, F 208-00-00/0018, Bericht von Friedrich Karl Kaul über die Verhandlungen zur Gründung einer Schallplatten-Produktion in der Sowjetzone, 25.10.1946.
- 19/ Ebd., Bericht von Friedrich Karl Kaul an den Intendanten des Berliner Rundfunks,



- 25.10.1946.
 20/ Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 206, MfWA Nr. 247, Aktenvermerk der Abt. Industrie, 1.0.1947.
 21/ Archiv Kybarth (Ehrenfriedersdorf), Schreiben von Otto Stahmann jun. an die SMAD, 4.11.1946.
 22/ Tonarchiv der AdK.
 23/ Archiv Kybarth, Niederschrift von Arthur Kybarth, 29.11.1946.
 24/ AdK, EBA, 2861, Briefentwurf, Anfang 1947.
 25/ AdK, EBA, 2861, Anweisung vom 4.1.1947 und Widerruf.
 26/ BLHA, Rep. 206, MfWA Nr. 247, Pachtvertrag Babelsberg vom 13.3.1947; Archiv Kybarth, Pachtvertrag Ehrenfriedersdorf, 13.3.1947.
 27/ AdK, EBA, 2861, Briefentwurf, Anfang 1947.
 28/ AdK, EBA, 1328, Bescheinigung der SMAD, 26.5.1947.
 29/ Siehe dazu Carola Schramm/Jürgen Elsner: *Dichtung und Wahrheit. Die Legendenbildung um Ernst Busch*. Berlin: trafo Verlag 2006.
 30/ Ernst Busch auf Aurora-Schallplatten, hg. von der Akademie der Künste der DDR im VEB Deutsche Schallplatte Berlin 1963.

Ernst Busch Gesellschaft

Carola Schramm ist Präsidentin der Ernst Busch Gesellschaft, die 1993 in Berlin gegründet wurde, um das künstlerische und politische Erbe von Ernst Busch zu bewahren. Mit Veranstaltungen, Vorträgen, Filmvorführungen, Lesungen, Konzerten und Publikationen will die Gesellschaft diesem Anliegen gerecht werden.

Zwei Mal im Jahr wird ein Mitteilungsheft mit kulturellen, politischen und historischen Themen, auch aus der Busch-Forschung, herausgegeben. Die Hefte können in Papierform bezogen werden oder sind im Netz unter www.ernst-busch.org abrufbar.

Karl Hirt (1914–1998)

Ein Mitglied der Antifa-Brigade der Roten Armee

HEIMO HALBRAINER

Unmittelbar nach der Beendigung der Moskauer Konferenz der Alliierten Anfang November 1943 wurden im deutsch-sowjetischen Frontgebiet Flugblätter abgeworfen, auf denen nicht nur Auszüge aus der „Deklaration über Österreich“ zu lesen waren, sondern damit verbunden auch ein Aufruf an die „Österreichischen Landsleute“, in dem es heißt: „Kameraden! Für jeden Österreicher ist das eine Freudebotschaft! Jetzt haben wir Antwort auf die brennende Frage: Was wird aus Österreich nach dem Kriege? [...] Die Deklaration gibt uns die Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit! Aber sie mahnt auch: Österreicher handeln. WAS IST ZU TUN? Österreichische Kameraden! Verlasst so schnell wie möglich die Hitlerarmee! Lauft über zur Roten Armee! In den Lagern sind viele Tausende österr. Kameraden, die mit Wort und Tat für ihre Heimat kämpfen. [...] Mit der Losung: „Ja Awstrietz! Russ, sdajuss!“, das heißt: „Ich bin Österreicher, ich ergebe mich!“ ES LEBE EIN FREIES UNABHÄNGIGES ÖSTERREICH!“¹ Unterzeichnet war das Flugblatt vom Oberösterreicher Franz Adelmaninger und dem Steirer Karl Hirth, beide Kriegsgefangene des Lagers 27 in Krasnogorsk.

Karl Hirt war, als er das Flugblatt schrieb, schon einige Monate nicht mehr in Kriegsgefangenschaft, sondern seit September 1943 Mitglied einer kleinen Antifa-Brigade der Roten Armee an der deutsch-sowjetischen Front, die immer weiter in den Westen vorrückte. Hirt hatte zu diesem Zeitpunkt bereits einen weiten Weg und langen Kampf gegen Diktatur und Nationalsozialismus hinter sich und noch einen weiten Weg vor sich, der letztlich über Slowenien im April 1945 zurück nach Wien führte.

Politische Kämpfe in Österreich

Karl Hirt wurde am 27. September 1914 in Graz als Sohn des Holzbildhauers Karl Hirt (1887–1945) und seiner aus Scheifling stammenden Frau Maria, geb. Schalling (1881–1964), geboren.² Er besuchte zunächst in Scheifling die Volkschule und in Judenburg die Bürgerschule, ehe er in Graz bei seinem Vater von 1931 bis 1933 den Beruf eines Holzbildhauers erlernte. Die seit Anfang der

1930er Jahre wieder in Graz lebende Familie beteiligte sich 1933 an dem von der Stadt Graz auf Grund der Wohnungs- und Arbeitslosigkeit entwickelten Stadtrand-Siedlungsprogramm für Arbeitslose. Im Rahmen dieses Programms wurden in der Amselgasse in der Nähe des Grazer Zentralfriedhofs zwölf identische Doppelhäuser mit minimalem Wohnraum und großen Garten mit Hasen- und Hühnerstall errichtet, wobei jede Siedlerfamilie eine Person zum gemeinschaftlichen Bau der Siedlung zur Verfügung stellen musste. Diese Person für die Familie Hirt war im Rahmen der „Produktiven Arbeitslosenfürsorge“ Karl Hirt jun. Die Familie bezog schließlich nach der Fertigstellung des Rohbaus das an sie verloste Haus Amselgasse 6.³

Karl Hirt sen. gehörte zu den Gründern der Genossenschaft der Bildhauer in Graz, die sich am 25. Jänner 1934 als Verein konstituierte und in dem er zum stellvertretenden Obmann gewählt wurde.⁴ Als der Bericht über die konstituierende Sitzung am 13. Februar 1934 in der Zeitung erschien, war Karl Hirt jun. an den Kämpfen bei der Glasfabrik in Gösting, damals noch eine eigenständige Vorortgemeinde von Graz, beteiligt.

Karl Hirt jun. war bereits in jungen Jahren innerhalb der sozialdemokratischen Vereine wie den Roten Falken oder später der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) aktiv. Als am 12. Februar 1934 von der Sozialdemokratischen Partei der Generalstreik ausgerufen wurde und es zu Kämpfen zwischen Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes auf der einen und Heimwehren, Gendarmerie und Militär auf der anderen Seite kam, kämpfte Hirt im Rahmen des Republikanischen Schutzbundes bei der Glasfabrik in Gösting. In einem Bericht, den Otto Fischer 1936 im Buch „Schutzbundkämpfer erzählen“ vom Februar 1934 herausgegeben hatte, heißt es über diese Kämpfe: „Wenige Minuten später trafen wir beim Personalhaus der Göstinger Glasfabrik auf mit Gewehren bewaffnete Posten des Schutzbundes. Wir wurden alle gleich ins Haus geschickt, das sich in eine Kaserne verwandelt hatte. Auf den Stiegen und Gängen drängten sich bewaffnete Arbeiter, in den Wohnungen saßen Schutzbündler an den

Tischen und tranken Kaffee. Die Arbeiterfrauen gaben her, was sie hatten. [...] Die Tür wurde aufgerissen, draußen trampelten viele Menschen über den Gang und einige riefen: „Alle in den Hof!“ Wir sprangen vom Tisch auf [...] und wir waren im Nu im Hof. Dort hatten sich mindestens 400 Schutzbündler versammelt. Viele hatten keine Gewehre. Unser Bataillonskommandant stand mit dem technischen Leiter von Graz und noch einigen Kommandanten zusammen. Der Leiter erklärte soeben die Situation: „Wir müssen die Eggenberger durch einen Flankenangriff befreien. Voraus schicken wir eine Kompanie Göstinger, die schon bewaffnet sind, dann nehmen wir mit den übrigen die Unbewaffneten in die Mitte. [...] Alles läuft durcheinander und schon marschieren wir auf einem schmalen, finsternen Weg längs der Bahn wieder gegen das Walzwerk.“⁵ Die Eggenberger wurden letztlich nicht befreit. Am Vormittag des 13. Februars traf in Gösting eine Kompanie des Heimatschutzes ein, die gemeinsam mit der I. Kompanie des Pionierbataillons Nr. 5 und der V. Kompanie des Alpenjägerregiments Nr. 9 gegen die Barrikaden, sowie gegen die in den Personalhäusern und in der Glasfabrik verschanzten Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes vorgingen und zahlreiche Schutzbündler festnahmen.⁶

Karl Hirt floh nach Jugoslawien und von dort im September 1934 weiter in die Tschechoslowakei, wo er in ein Schutzbundlager in Brünn kam. Von dort kehrte er aber bereits im Oktober 1934 wieder nach Wien zurück und war – nun als Mitglied der illegalen KPÖ – bis zu seiner Festnahme im Juni 1935 in der Agit-Prop-Organisation der KPÖ aktiv. Wegen kommunistischer Betätigung wurde er in der Folge vom Landesgericht Wien angeklagt, da er gemeinsam mit anderen Zeitungen und Zeitschriften wie *Rote Fahne*, *Vorwärts*, *Der junge Bolschewik*, *Die Einheitsfront*, *Weg und Ziel*, *Inprekorr* oder Flugblätter mit Titeln wie „Das Zentralkomitee zu den nächsten Aufgaben der Partei“, „Für die Einheit der freien Gewerkschaften“, „Heraus zum 1. Mai“ und andere Flugblätter mehr bei sich aufbewahrt und an die Verteilstellen weitergeben hatte. Hirt

wurde deshalb wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung am 13. September 1935 zu zweieinhalb Jahren Kerker verurteilt,⁷ kam aber bereits Ende des Jahres im Zuge der so genannten Weihnachtsamnestie der austrofaschistischen Regierung wieder frei.⁸

Hirt übersiedelte in der Folge nach Scheifling, wo seine von ihrem Mann getrennte Mutter lebte. Hier gründete er gemeinsam mit ehemaligen Mitschülern und ehemaligen Mitgliedern der SAJ eine Zelle des Kommunistischen Jugendverbands. Ende des Jahres 1936 flog diese Zelle auf, und Hirt wurde am 2. Jänner 1937 verhaftet und mit anderen vom Kreisgericht Leoben am 2. April wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt, da sie – wie es in der Anklage heißt – „im Herbst 1936 im Bezirke Neumarkt durch Betätigung für die kommunistische Partei etwas unternommen [haben], was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform und Umänderung der Verfassung, auf Herbeiführung und Vergrößerung einer Gefahr für den Staat von außen, sowie eine Empörung und eines Bürgerkrieges im Inneren angelegt war.“⁹ Während man Karl Hirt im Prozess nicht nachweisen konnte, für das Organisieren von Gewehren zuständig gewesen zu sein, und ihn deshalb am 25. März 1937 freisprach, wurden zwei Mitangeklagte zu 18 bzw. 30 Monaten Kerker verurteilt, da man in ihren Wohnungen illegale Zeitungen der KPÖ, wie *Die Rote Fahne* oder den *Roten Obersteirer*, gefunden hatte.¹⁰ Hirt kehrte nach dem Freispruch nach Scheifling zurück, wo er wieder als selbstständiger Holzbildhauer tätig war. Im Zuge des „Anschlusses“ wurde er am 12. März 1938 von lokalen Nationalsozialisten verhaftet, aber nach drei Tagen wieder freigelassen. Im Mai 1938 wurde er zum Straßenbau verpflichtet, ehe er im Dezember 1938 zur Wehrmacht eingezogen wurde und 1939 am Polenfeldzug teilnahm.¹¹

Überläufer der Wehrmacht

Karl Hirt nahm im Rahmen der 2. Division des Gebirgsjägerregiments 137 aber nicht nur am Polenfeldzug 1939 teil, sondern ab Mai 1940 auch in Norwegen bei der Schlacht um Narvik, für die er mit dem Eisernen Kreuz II und dem Narvik-Schild ausgezeichnet wurde.¹² Im Zuge der Kämpfe geriet er kurzzeitig in norwegische Kriegsgefangenschaft, aus der er aber durch die Kapitulation der norwegischen Armee Mitte Juni 1940 wieder freikam und zur Wehrmacht

zurückkehren konnte. Im Juni 1942 erhielt er Heimurlaub, ehe er zurück an die Front – diesmal an die so genannte Eismeerfront nach Murmansk – musste. Dort lief er gemeinsam mit einem zweiten Kameraden am 14. November 1942 zur Roten Armee über, wie er später einmal berichtete, wobei er von sich in der dritten Person sprach:

„Am Abend, als die beiden abhauten, war es stockfinster. Nur die Sterne funkelten am pechschwarzen Firmament und das Nordlicht flackerte unruhig über dem Himmel. Vereinzelte Schüsse und ab und zu eine Leuchtrakete, die das Vorgelände für kurze Zeit bei ihrem Niedergehen hell erleuchtete, störten die Ruhe im schneebedeckten Tundraland. [...] In voller Ausrüstung, mit Rucksack, Bewaffnung und dem unentbehrlichen Tarnmantel, machten sich die beiden auf den Weg. [...] Über eine steile, mit Zwerghäusern bestandene Uferböschung ging es hinunter zum See. Dieser See war Niemandsland, auf der anderen Seite lagen die Russen. Die mit einer dünnen Schneeschicht überzogene Eisdecke musste also die beiden tragen. [...] Nun galt es, die zirka 300 Meter lange, unbedeckte, von hüben und drüben eingesehene Strecke bis zum anderen Seeufer zu überschreiten. Dort müssten die Russen sein. Den genauen Verlauf der vordersten Linie der sowjetischen Soldaten kannten die beiden leider nicht. Fast wären sie etwas zu weit links abgewichen und auf einen Uferstreifen gekommen, den die Deutschen besetzt hatten. Doch die beiden hatten Glück und überwanden auf festen Boden eine Draht- und Minensperre. Da machte Karl einen Fehler, der leicht zum Verhängnis hätte werden können. Er rief in Richtung der vermeintlichen russischen Stellungen mit lauter Stimme das Losungswort, welches auf den von sowjetischen Flugzeugen abgeworfenen Flugblättern zu lesen war: ‚Russ steijuss!‘ – ‚Russe, ich ergebe mich!‘ Dadurch wurden die Posten auf beiden Seiten der Frontlinie aufgescheucht; sie schossen in die finstere Nacht hinein.“ Nachdem sich die Schießerei wieder gelegt hatte, gaben sich die beiden zu erkennen, riefen erneut „das Losungswort und noch dazu das oftmals eingeprägte ‚njet strelei‘ – ‚nicht schießen‘!“¹³

Karl Hirt kam in der Folge in das Lager 27 nach Krasnogorsk westlich von Moskau. Dort wurde mit ihm unter anderem ein Beitrag für eine Sendung von Radio Moskau aufgenommen, in dem er die HörerInnen auch bat, seiner Mutter,



Karl Hirt als Soldat

die keinen Radioapparat hatte, Grüße auszurichten. Tatsächlich traf eine Vielzahl an Briefen bei ihr ein.¹⁴ Eine Folge davon war aber auch, dass sich – wie Karl Hirt erst nach der Befreiung vom NS-Regime in Erfahrung bringen konnte – ein Gestapobeamter als Freund des Sohnes ausgab, der dem Vater erzählte, der Sohn wäre über Österreich mit dem Fallschirm abgesprungen und er könne eine Verbindung mit ihm herstellen. Als Karl Hirt sen. dem zustimmte, wurde er im September 1944 verhaftet und zuerst nach Wien gebracht. Von dort schrieb er an seine Lebensgefährtin: „Ich bin wegen Karli hier, als ‚Geisel‘ sozusagen. Haltet Euch tapfer und seid ohne Sorge um mich.“¹⁵ Anfang Jänner 1945 wurde Karl Hirt sen. ins KZ Dachau überstellt, von wo er am 6. Februar 1945 in das Lager Natzweiler (Schörzingen) kam, wo er am 21. Februar umkam.¹⁶

In der Antifa-Brigade der Roten Armee

Im Lager 27 in Krasnogorsk besuchte Karl Hirt von Anfang Februar bis 25. August 1943 die erste Antifa-Schule, die der Grazer Otto Fischer leitete. In seinem Bericht „über den ersten Lehrgang des österreichischen Sektors der Schule für kriegsgefangene Antifaschisten“, die für weitere Antifa-Einsätze ausgebildet wurden, hielt Fischer fest: „Zu Beginn des Lehrganges bestand der österreichische Sektor als Gruppe V des deutschsprachigen Sektors, aus 18 österreichischen Kriegsgefangenen. Unter diesen befanden sich drei aktive österreichische Kommunisten und insgesamt sieben Überläufer. Nach sorgfältiger



Flugblatt, das sich an die Österreicher in der Wehrmacht richtete, 1943

Prüfung mussten von diesen 18 Schülern drei ausgeschieden werden. [...] Im Ganzen muss der Erfolg der Schule als sehr befriedigend bezeichnet werden. Alle Teilnehmer des österreichischen Sektors verlassen die Schule als gute österreichische Patrioten und Antifaschisten, als überzeugte Anhänger und Freunde der Sowjetunion. [...] Auf Befragen sind sämtliche Teilnehmer bereit, an jedem beliebigen Posten für die Befreiung Österreichs und den Sturz Hitlers zu kämpfen, sei es im Lager, an der Front oder in illegaler Arbeit.“¹⁷ Hinsichtlich Karl Hirt, der als einer von sechs Schülern den Lehrgang mit sehr gutem Erfolg beendet hatte, hielt er folgendes fest: „Hirt hat sich sehr aktiv am Unterricht beteiligt, mündlich und schriftlich sehr gut entsprochen. Er hat in der Schule ziemlich viel gelernt, ist intelligent und selbstständig. Hirt ist fester Kommunist. Hirt eignet sich gut zur Frontpropaganda und ist als Alpenländer gut verwendbar zur Zersetzung von Gebirgsjägerformationen (Österreichern). Hirt kann bei jeder selbständigen politischen Arbeit eingesetzt werden, eignet sich aber für Frontarbeit zweifellos besser als zur Lagerarbeit. Hirt ist mit den österreichischen Problemen gut vertraut und in der Lage die politische Arbeit unter den österreichischen Kriegsgefangenen zu führen.“¹⁸

Und so kam es, dass Karl Hirt im September 1943 zum Fronteinsatz unter dem Kommando von Ruth von Mayenburg, der Frau von Ernst und Schwägerin von Otto Fischer, abkommandiert wurde. In ihren Erinnerungen unter dem Titel „Blaues Blut und rote Fahnen“ schrieb

sie über ihren Einsatz mit ihrer kleinen Antifa-Brigade an der deutsch-sowjetischen Front: „Wir – das sind neun Leute: zwei österreichische Kriegsgefangene, der steirische Holzschnieder Karl Hirt, ein blonder, in sich gekehrter Bursch, den die künstlerische Begabung immer wieder jäh wechselnden Stimmungen unterwarf, und der oberösterreichische Bäcker Franz Adelmaninger, ein einfaches, hundetreues Gemüt; vier deutsche Kriegsgefangene – Leutnant Georg Gudzent vom Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ und die Antifa-Schüler Kurt Kollwitz, Konrad Moseberger, Robert Ferber, [...] dann Elsa, ein Nachwuchskadermädchen der KPD, deren Vater die Nazis hingerichtet hatten, Hauptmann Juri Maslow und ich.“¹⁹ Diese Gruppe hatte zunächst im Herbst 1943 die Aufgabe beim Stab der 7. Abteilung der 33. Armee in der Nähe von Jelnja – rund 200 Kilometer westlich von Moskau – propagandistisch mittels Flugblättern und Lautsprecher auf die deutschen Soldaten auf der anderen Seite einzuwirken. Eines dieser Flugblätter der Antifa-Brigade war das eingangs zitierte über die Moskauer Deklaration und die Folgen für Österreich, das Hirt mit Adelmaninger verfasst hatte.

Die Einsätze an der Front spielten sich meist ähnlich ab, wie sowohl Ruth Mayenburg als auch Karl Hirt in ihren Erinnerungen festhielten. Bei Hirt heißt es: „Meistens in den Abendstunden wurde der kleine SIS-Lkw, der als Kastenwagen die technischen Einrichtungen sowie Platz für einen kleinen Tisch mit Mikrophon hatte, so weit als möglich an die vorderste Linie herangefahren. Die Mannschaft bestand aus dem technischen Leiter, dem Fahrer und dem ‚Diktor‘ – dem Sprecher. Hatte die Station einen geeigneten Standplatz gefunden, wurde ein Gummikabel ganz nach vorne ausgerollt und ein schwerer, trichterförmiger Lautsprecher daran angeschlossen. Bei gutem Wind war so ein Lautsprecher fast einen Kilometer weit zu hören. [...] Karl las einen Frontbericht über die Kriegslage, anschließend gab es deutsche Plattenmusik mit ‚Lili Marlen‘, eine Sendung speziell für Österreicher folgte und danach die Aufforderung, sich freiwillig in die Gefangenschaft zu begeben! – ‚Wenn sich deutsche Soldaten ergeben‘, hieß es auch in einem Flugblatt, ‚schont die Rote Armee ihr Leben!‘ Die Soldaten gegenüber hörten die Sendung ruhig an, nur die Granatwerfer der Deutschen versuchten, die Station zu treffen. Umso mehr musste daher weitergesendet werden, denn durch

Schweigen hätte man am ehesten den Standort der Station verraten. Erst um Mitternacht wurde abgebaut.“²⁰

Karl Hirt marschierte so bis knapp vor Warschau mit der 7. Abteilung der 33. Armee der Sowjetunion mit, wobei bis Weihnachten 1944 die „Antifa-Brigade auf zwei Mann zusammengeschmolzen“ war.²¹ Ende Dezember 1944 wurde Hirt schließlich nach Moskau zurückberufen, um für einen Einsatz hinter der Front vorbereitet zu werden.

Über Slowenien nach Österreich

Der neue Einsatz für Karl Hirt sollte in Slowenien sein, wo im November 1944 auf Initiative der im Moskauer Exil befindlichen Führung der KPÖ das I. Österreichische Bataillon gegründet worden war.²² Diese zunächst selbstständige militärische Einheit wurde Ende Jänner 1945 in die XV. Division der slowenischen Volksbefreiungsarmee eingegliedert. Zur Verstärkung für das Österreichische Bataillon wurde Anfang März 1945 eine Gruppe von Österreichern – unter ihnen auch Karl Hirt – von Moskau über Bukarest nach Beograd und weiter in das bereits befreite slowenische Gebiet nach Črnomelj gebracht. Dort blieb Hirt allerdings nicht lange, denn die Ereignisse überstürzten sich, und führende Funktionäre der KPÖ, wie Franz Honner oder Friedl Fürnberg, die hier parallel zum Österreichischen Bataillon auch die *Österreichische Freiheitsfront für Steiermark und Kärnten* aufbauten,²³ mussten nach Wien.

Denn als am 13. April 1945 die Nachricht von der Befreiung Wiens in Črnomelj eintraf, wollten Franz Honner, Friedl Fürnberg, Franz David und andere – darunter auch Karl Hirt – so rasch wie möglich nach Wien. Sie fuhren am nächsten Tag nach Zadar, von wo sie mit einer Militärmaschine nach Beograd/ Belgrad gebracht wurden. Nach drei Tagen Aufenthalt flog die 20-köpfige Gruppe nach Pápa in Ungarn. Von dort ging es mit zwei Lastautos nach Wien, wo man am Abend des 21. April eintraf.²⁴ Während Honner, Fürnberg und David in der Folge in Regierungsverhandlungen eintraten und Honner Staatssekretär für Inneres (Innenminister) und David Unterstaatssekretär für soziale Verwaltung wurden, verrichtete Karl Hirt in Wien „einige Zeit im Rahmen der österreichischen Bataillone“ Polizeidienst, wie Friedl Fürnberg in einem Schreiben festhielt.²⁵ In der Zeitung *Neues Österreich* berichtete Hirt über die Festnahmen von Nationalsozialisten: „Dieser Tage konn-

ten sich Straßenpassanten der Inneren Stadt davon überzeugen, dass mit den braunen Landesverrättern abgerechnet wird. Über den Ring marschierte ein Zug Wiener Polizisten mit aufgepflanztem Bajonett. Sie führten eine Gruppe von Nazihäuptlingen, unter ihnen einen ehemaligen Gauleiter und Blutordensträger, ins Gefängnis. Ein Mann vom polizeilichen Hilfsdienst erzählt darüber: Bei der Verhaftung waren diese Herrschaften in schlichtem Zivil, sie wollten als harmlose Waserln untertauchen. Ihre Goldfasnakenluft, ihr senfgelbes Ehrenkleid mit der goldbestickten Armbinde und den anderen Anhängseln hatten sie versteckt. Wir haben sie gefunden und ihnen befohlen: „Anziehen“. So kam es, dass diese Bonzen in voller Wicks den Marsch ins Kittchen machen mussten.“²⁶

Hirt blieb aber nicht lange in Wien, sondern kehrte 1946 wieder zurück in die Steiermark, wo er erfuhr, dass sein Vater im Herbst 1944 verhaftet und in ein Konzentrationslager eingeliefert worden war. „Weiteres war nichts zu erfahren. Die Hoffnung auf eine verspätete Heimkehr war bald dahin“, denn er erfuhr von einem KZ-Kameraden seines Vaters, dass dieser in Schörzingen im Februar 1945 an Flecktyphus gestorben war.²⁷

In der Folge arbeitete Hirt zunächst als KPÖ-Parteisekretär in Judenburg für das Gebiet Aichfeld-Murboden. Zudem war er in Scheifling KP-Gemeinderat. Dabei wurde er nicht nur wegen seiner Parteimitgliedschaft ständig angegriffen, sondern auch wegen seines Beitrags im Kampf um die Freiheit Österreichs. So wurde er bei einer Parteiveranstaltung in St. Peter am Kammersberg (Bezirk Muraau) am 30. Mai 1948 von einer Gruppe von rund 30 jungen Burschen „als Vaterlandsverräter beschimpft“²⁸ und misshandelt, da einer von ihnen, ein Kriegsheimkehrer, ihn als Deserteur von der Eismeerfront wiedererkannt hatte.²⁹ Der Vorwurf, er sei ein Verräter gewesen, wiederholte sich zwei Jahre später: Als Hirt gemeinsam mit anderen „ehemaligen Eismeerfrontkämpfern“ einen Friedensrat gründete und sich gegen die Aufstellung „einer österreichischen Wehrmacht“ sowie für das „bedingungslose Verbot von Atomwaffen“ aussprach,³⁰ erklärte der ÖVP-Nationalrat Ernst Strachwitz, dass Hirt „Obergefreiter seines Regiments war und im Verlauf des Krieges zweimal zum damaligen Feinde übergelaufen ist. Einmal im Narvik, wo er dann unter falschen Angaben zum Regiment zurückkehrte, und später an der Eismeerfront, wo er durch entwendete

Stellungspläne das Feuer des damaligen Feindes auf die eigenen Kameraden lenkte.“³¹ Der Behauptung von Strachwitz, der von der ÖVP im Sinne ihrer Versöhnungsstrategie gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten als Kandidat für die Nationalratswahl 1949 aufgestellt worden war, folgte einige Monate später unter der zynisch gemeinten Überschrift „Tolle Eismeerkämpfer“ eine auf Grund des Pressegesetzes verfügte Entgegnung.³²

Ab Mitte der 1950er Jahren wirkte Karl Hirt bis zu seiner Pensionierung als Funktionär und danach lange Jahre ehrenamtlich bei *Kinderland-Junge Garde* in der Steiermark. Er starb am 30. August 1998, kurz vor seinem 84. Geburtstag.

Anmerkungen:

- 1/ ZPA der KPÖ, Flugblatt „Österreichische Landsleute“ (Kopie in DÖW 4037A/SU 6/134).
- 2/ Die biografischen Angaben stammen aus den Matriken der Grazer Pfarre Karla, den Meldezetteln des Stadtarchivs Graz, Akten der Antifaschule in Krasnogorsk (DÖW 19049/10, 11, 13) sowie aus Zeitungsberichten (*Wahrheit*, 27.9.1964, 27.9.1974, 27.9.1984; *Argument*, 10.9.1998) und folgenden Büchern: Max Muchitsch: *Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab*. Wien 1985; Charlotte Rombach: *Im Kampf gegen Nazi-Deutschland. Österreichische Kinderinnen und Österreichische in der Roten Armee 1941–1945*. Wien 2016, S. 63f.; Max Korp: „Ein jeder ist wichtig, egal, was er macht ...“ Das steirische Kinderland. Geschichte und Geschichterln von Kinderland Steiermark. Graz 2016, S. 169–171; Gespräch von Heimo Halbrainer mit Rudolf Hirt, 15.9.2025.
- 3/ Siehe zur Stadtrandsiedlung in der Amselgasse die Beiträge von Julia Poelt und Antje Senarcens de Grancy in: Antje Senarcens de Grancy/Heidrun Zettelbauer (Hg.): *Architektur. Vergessen. Jüdische Architekten in Graz*. Wien/Köln/Weimar 2011, S. 189–201.
- 4/ Grazer Tagblatt, 13.2.1934.
- 5/ Bericht eines Schutzbündlers aus Graz, nacherzählt von Otto Fischer, in: *Schutzbundkämpfer* erzählen vom Februar 1934. Moskau 1936, S. 145f.
- 6/ Zu den Februarkämpfen in Gösting: Joachim Hainzl (Hg.): *Gösting einst und jetzt. Zeitzeug*innen erzählen*. Graz 2022, S. 165–175; Werner Anzenberger/Martin Polaschek: *Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934*. Graz 2004, S. 177–179.
- 7/ DÖW 20.000/S1232; Landesgericht Wien II, Anklageschrift gegen Viktor Stolzenberg u.a., Vr 2694/35 v. 5.9.1935; Anklage wegen Herstellung illegaler Druckschriften, in: *Der Tag*, 13.9.1935; Eine Geheimdruckerei für illegale Druckschriften, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 14.9.1935.
- 8/ Entlassene politische Häftlinge, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 27.12.1935.
- 9/ StLA, Kreisgericht Leoben, Vr 333/37, Anklage gegen Ludwig Mocharitsch, Karl Reiter und Karl Hirt, 2.4.1937.
- 10/ StLA, Kreisgericht Leoben, Vr 333/37, Urteil des Kreisgerichts Leoben gegen Johann Spitzerberger, 15.2.1937; Urteil des Kreisgericht Leoben gegen Ludwig Mocharitsch u.a., 25.3.1937.
- 11/ DÖW 19049/10, Karl Hirt: biografische Angaben, Schule Krasnogorsk.
- 12/ Auszeichnungen. Rund um den Schlossberg, in: *Steirerland*, 15.12.1940.
- 13/ Karl Hirt: Nichts Neues von der Eismeerfront, in: Muchitsch: *Die rote Stafette*, S. 178f.
- 14/ Ebd., S. 182 und 223.
- 15/ StLA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Vr 2071/48, Brief von Karl Hirt an Margarete Hirt-Notegger, 15.11.1944.
- 16/ Karl Hirt: Keine Heimkehr aus dem „Schwarzwald-KZ-Lager“. Unveröffentlichtes Manuskript (Kopie im Besitz des Autors); Arolsen Archives, Häftlingsunterlagen KZ Dachau, <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/10093694> [1.10.2025].
- 17/ DÖW 19.049/10 bzw. 13, Bericht von Otto Fischer, 1943. Diverse z.T. handschriftliche Zettel und ein maschingeschriebener Bericht über den ersten Lehrgang.
- 18/ DÖW 19.049/11, Bewertung von Karl Hirt durch Otto Fischer, 1943.
- 19/ Ruth von Mayenburg: *Blues Blut und rote Fahnen. Ein Leben unter vielen Namen*. Wien/München/Zürich 1969, S. 315.
- 20/ Karl Hirt: Als österreichischer Antifaschist in der Roten Armee, in: Muchitsch: *Die Rote Stafette*, S. 218–222, hier S. 219f.
- 21/ Ebd., S. 221.
- 22/ Friedl Fünberg: *Österreichische Freiheitsbataillone. Österreichische Nation*. Wien 1975, S. 12–14.
- 23/ Manfred Mugrauer: Das Landeskomitee der Österreichischen Freiheitsfront für Steiermark und Kärnten, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 61. Jg. (2017), Nr. 3, S. 248–259.
- 24/ Franz Honner. Das Leben eines österreichischen Kommunisten. Wien 1964, S. 37.
- 25/ Eidesstaatliche Erklärung von Friedl Fünberg, 20.1.1974 (Kopie im Besitz des Autors).
- 26/ Karl Hirt: „Goldfasane“ in voller Wicks verhaftet, in: *Neues Österreich*, 18.5.1945.
- 27/ Hirt: Keine Heimkehr.
- 28/ Organisierter Überfall auf eine kommunistische Versammlung, in: *Wahrheit*, 8.6.1948.
- 29/ KP-Versammlung mit Schlägerei, in: *Murtaler Zeitung*, 12.6.1948.
- 30/ Friedensrat der ehemaligen Eismeerfrontkämpfer in Judenburg gebildet, in: *Wahrheit*, 21.5.1950.
- 31/ Der „Friedensrat der ehemaligen Eismeerkämpfer“, in: *Vorarlberger Nachrichten*, 26.5.1950; *Murtaler Zeitung*, 27.5.1950.
- 32/ *Murtaler Zeitung*, 5.8.1950.

Blockiertes Eingedenken

Besatzung, Weltkrieg, Bürgerkrieg – die Traumata politischer Gewalterfahrungen im griechischen Film nach 1974¹

SABINE FUCHS

Die Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhundert war über weite Strecken von nationalistischer, faschistischer und autoritärer Politik geprägt. 1936 errichtete Ioannis Metaxas eine Diktatur, die durch die politische Ausgrenzung und Verfolgung vor allem seiner linken GegnerInnen geprägt war. 1940 begann mit der Besatzung durch Mussolinis Italien der Zweite Weltkrieg, 1941 marschierten die Deutschen ein und errichteten unter Ioannis Rallis eine Diktatur der Kollaborateure. Bei ihrem Abzug im Herbst 1944 hinterließen die nationalsozialistischen Truppen ein Land, das sie zuvor systematisch ausgeplündert hatten. Etwa 400.000 Menschen waren ermordet, deportiert oder durch Lebensmittelentzug in den Hungertod getrieben worden. Trotzdem schien im Oktober 1944, nach dem endgültigen Abzug der Deutschen, ein Hoffnungsschimmer auf Freiheit zu bestehen, aber schon zwei Monate später brach mit der Dekemvriana der griechische Bürgerkrieg aus. Dieser endete 1949 mit der Niederlage der aus der ehemaligen Widerstandsorganisation EAM/ELAS hervorgegangenen DSE, der Demokratischen Armee Griechenlands, und der mit ihr verbündeten linken Kräfte, unter denen die Kommunistische Partei (KKE) am bedeutendsten war. Sieger waren die von Briten und Amerikanern unterstützten Rechtsnationalisten, unter denen sich viele ehemalige Nazi-Kollaborateure befanden.

Verlief die politische Entwicklung mit Vorkriegsdiktatur und Nazi-Besatzung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs noch ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, so änderte sich das mit dem Beginn des Griechischen Bürgerkriegs – der gleichzeitig den Beginn des Kalten Kriegs markierte – entscheidend: In keinem anderen formal demokratischen Land Europas fand eine derart massive und hasserfüllte Verfolgung von KommunistInnen und der politischen Linken allgemein statt, in keinem anderen wurden Wahlen durch ständige Wahlrechtsänderungen, Änderungen von Wahlkreisen und nicht zuletzt durch das Verbot der kommunistischen Partei so

schamlos zugunsten der politischen Rechten manipuliert. Zwar zeichnete sich zu Beginn der 1960er Jahre mit der Gründung der Lambrakis-Jugend nach der Ermordung des Friedensaktivisten und Abgeordneten der Demokratischen Linken Grigoris Lambrakis eine leichte Entspannung ab, aber nach dem Putsch der Militärjunta 1967 entwickelte sich die Lage noch schlimmer als zuvor.

Ein „Eingedenken“ im Sinne Walter Benjamins, in dem einer unabgeschlossenen, katastrophisch bis in die Gegenwart ragenden Vergangenheit vom Standpunkt der Unterdrückten aus gedacht wird, fand nie statt, weil es von der politisch über die 40 Jahre hinaus dominierenden Rechten bewusst blockiert wurde. Obwohl die Transformation zur Demokratie zäh und vom immer noch herrschenden Kalten Krieg geprägt war, setzte ab Mitte der 1970er Jahre geradezu eine Explosion künstlerischer Auseinandersetzung mit den traumatischen historischen Erfahrungen ein. Die Lieder von Mikis Theodorakis und Dionysis Savvopoulos, die Gedichte von Jannis Ritsos oder Manolis Anagnostakis, die Romane von Dido Sotiriou oder Dionysis Charitopoulos konnten zum ersten Mal frei rezipiert werden und lenkten auch international das Augenmerk auf die zeitgenössische griechische Kultur, in der die Traumata Jahrzehntelanger Gewalt und Unterdrückung angesprochen und der Versuch von deren Aufarbeitung unternommen wurde.

Der griechische Film war ein wichtiger Teil dieser Entwicklung, hat doch das Medium Film in besonderer Weise die Fähigkeit, durch die Inszenierung der Vergangenheit historische Traumata zu reaktivieren und so als vermittelnde Instanz kathartisch auf die Gesellschaft einzuwirken. Filme, so der Historiker Jason Crouthamel, aktivieren die in ihnen angesprochenen oder visualisierten traumatischen Wunden und tragen so dazu bei, Trauma-Erzählungen in die nationale und gesellschaftliche Psyche und damit in das historische Gedächtnis zu transferieren.² Die Darstellungsweisen hinsichtlich Narration, Dramaturgie, Ästhetik, Inszenierung, Ikonologie,

Lichtführung, Kameraführung, Schnitt und Ton, die dem Film dabei zur Verfügung stehen, können sich dabei erheblich unterscheiden.³

Theodoros Angelopoulos – zwischen Godard und Brecht

Der international bekannteste griechische Autorenfilmer dieser Zeit, Theodoros Angelopoulos (1935–2012), nahm dabei eine Vorreiterrolle ein. Vor allem seine sogenannte „Geschichtstrilogie“ zu denen die Filme „Die Tage von 36“ (1972), „Die Wanderschauspieler“ (1975) und „Die Jäger“ (1977) zählen, ist eine Bestandsaufnahme der griechischen Zeitgeschichte, während „Die Reise nach Kythira“ (1984) nach dem Ende der Militärjunta spielt und die in Verzweiflung endende Rückkehr eines alten kommunistischen Widerstandskämpfers aus dem sowjetischen Exil zum Thema hat. Dabei überrascht, dass sowohl „Die Tage von 36“ als auch „Die Rekonstruktion“ (1970) noch während der Militärjunta entstanden sind. Möglich war dies einerseits, weil beide Filme vordergründig unpolitische Kriminalgeschichten erzählen und Angelopoulos „Die Rekonstruktion“ zudem beim Ansuchen bei der Zensurbehörde um die Drehgenehmigung als zeitgenössische Bearbeitung des Klytämnestra-Mythos ausgab. Dass er die Zensur vergleichsweise leicht umgehen konnte lag aber auch daran, dass Filme weniger scharfzensuriert wurden als Texte und die Junta den von den Vorgängerregierungen übernommenen Rechtsrahmen zwar strenger anwendete, aber keine zusätzlichen Zensurbestimmungen erließ.⁴ Zudem setzten sich die zuständigen Behörden mit den Drehbüchern – also der Story und den Dialogen – auseinander, bevor sie eine Drehgenehmigung erteilten. Visuelle filmische Mittel der Sozial- und politischen Kritik, wie Angelopoulos sie in „Die Rekonstruktion“ und „Die Tage von 36“ nutzte, wurden bei der Erteilung der Aufführungsgenehmigung für Filme mit historischen Sujets nicht inkriminiert.

„Die Tage von 36“ (1972) spielt im Mai 1936, drei Monate vor der Errichtung der Diktatur durch Ioannis Metaxas

am 4. August. Nach dem Mord an einem Gewerkschaftsführer beschuldigen die Behörden Sofianos, einen Kleinkriminellen und Polizeispitzel, der in Ungnade gefallen ist. Sofianos beteuert seine Unschuld, aber die Polizei glaubt ihm nicht. Er nimmt seinen Anwalt, der gleichzeitig Parlamentsabgeordneter einer rechten Partei ist, als Geisel, um seine Freilassung zu erpressen und wird schließlich von einem Scharfschützen erschossen. Der Film zieht Parallelen zwischen der Metaxas-Diktatur der 1930er und der Militärjunta der 1970er Jahre, wobei die tatsächlichen politischen Inhalte nie direkt gezeigt werden, sondern immer außerhalb des Bildes stattfinden. Angelopoulos sprach von der „Ästhetik des Unausgesprochenen“ und unterstrich explizit die politische Bedeutung des Films, die in der überzeitlichen Darstellung der korrupten politischen Kultur des Landes liegt.⁵

Im zweiten Teil der Geschichtstrilogie, „Die Wanderschauspieler“ (1975), stellt Angelopoulos die historischen Ereignisse zwischen 1939 und 1952 anhand einer Gruppe von Wanderschauspielern dar: das letzte Jahr der Metaxas-Diktatur, den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzung, den Bürgerkrieg und den Beginn der autoritären Epoche danach. Der Film wurde ebenfalls noch während der Diktatur geplant, jedoch erst nach deren Ende fertiggestellt. Um die Zensur zu umgehen, gab Angelopoulos erneut vor, ein klassisches Thema ins 20. Jahrhundert zu holen: Die Beziehungen innerhalb der Schauspielgruppe orientieren sich an der Geschichte der Atriden, der Ermordung des Agamemnon und der Orestie; die Handlungszeit sollte ursprünglich nur die Zeit der Besatzung im Zweiten Weltkrieg sein. Tatsächlich wird schon in der Eingangsszene klar, dass die Zeitachse wesentlich breiter ist: Der Film beginnt 1952, der historische Zeitpunkt wird mit einer Wahlkampfveranstaltung für Marschall Papagos klar mit dem Herbst 1952 markiert. Die Kamera begleitet einen der Schauspieler durch die Straße und landet bei einer Kundgebung für den Diktator Metaxas im Jahr 1939. In einer ähnlichen Szene marschiert eine Gruppe Faschisten unter lautem Gesang von einem Neujahrstanz im Jahr 1946 weg und kommt im Jahr 1952 an. Polizisten, die in einer Zeitperiode Streikende schlagen, beenden ihre Aufgabe in einer anderen.⁶ Angelopoulos' Methode, verschiedene historische Zeitabschnitte ohne Schnitt, in einer einzigen Einstellung (meist einem



„Die Jäger“ (Regie: Theodoros Angelopoulos, 1977)

Schwenk, manchmal einer Kamerafahrt) zusammenzufassen, ist sein sarkastischer Kommentar zur griechischen Geschichte – Ziel ist es, die Wahrheit im Gesamtkontext der Ereignisse zu suchen. Der Film ist fast vier Stunden lang, zwei Drittel davon bestehen aus Außenaufnahmen, die im düsteren Licht winterlicher Morgen- und Abenddämmerung gedreht wurden. Mit dieser Strategie haben Angelopoulos und sein Kameramann Giorgos Arvanitis den touristischen Blick auf das „ewige, sonnige Griechenland“ unterlaufen und zeigen stattdessen schäbige Häuser, einstürzende Fassaden, und ausgefahrene Gassen, die sich in unerwartete Zeiten und Orte schlängeln. Die Wiege der Demokratie wird als ein Ort entlarvt, an dem die Tyrannie tiefe Wurzeln hat.⁷

„Die Jäger“ (1977), der dritte Teil der „Geschichtstrilogie“, spielt in den Silvestertagen 1977 im ländlichen Raum am Pamvotis-See in Nordgriechenland, einer Gegend, die sowohl während des Zweiten Weltkriegs als auch während des Griechischen Bürgerkriegs heftig umkämpft war. Eine Gruppe von Kleinstadthonoratioren, allesamt Anhänger der politischen Rechten, findet bei der Jagd die Leiche eines linken Kämpfers des Bürgerkriegs. Entgegen jeder realistischen Darstellung ist dessen Körper aber nicht verwest, sondern völlig intakt und sogar noch warm. Der Fund bringt die verdrängte Geschichte von Kollaboration und Bürgerkrieg wieder ans Tageslicht. Um die unbequemen Fragen zum Schweigen zu bringen, vergraben die Männer den Toten schließlich wieder im Schnee. Wie schon in „Die Wanderschauspieler“ ist auch in „Die Jäger“ deutlich der Einfluss zu spüren, den Bertolt Brecht auf Angelopoulos' Filmsprache hatte.⁸ Der Film ist geprägt von lan-

gen Einstellungen und Kamerafahrten aus einer einzigen Perspektive, auch hier werden die verschiedenen Zeitebenen mehrfach in einem Bild verbunden. Gleichzeitig blicken die Figuren beim Sprechen häufig in die Kamera, was eine Depersonalisierung bewirkt und die Identifikation mit ihnen erschwert. Mehrfach zeigt Angelopoulos eine Abfolge von mit roten Bannern behangenen Lastkähnen, die ruhig über einen See treiben und als Symbol der immer noch existierenden kommunistischen Ideale gelesen werden können.⁹

„Die Reise nach Kythira“ (1984) gehört nicht mehr zur Geschichtstrilogie, schreibt sie aber in gewisser Weise fort, auch wenn sich die Filmsprache weniger stark an Brecht orientiert und stärker auf Nahaufnahmen, vor allem des Hauptdarstellers Manos Katrakis, setzt. Katrakis spielt den Kommunisten Spyros, der 30 Jahre nach dem Bürgerkrieg aus dem sowjetischen Exil in ein Griechenland zurückkehrt, das ihm fremd geworden ist. Seine Suche nach Identität, nach Spuren der Vergangenheit bleibt erfolglos. Frühere Mitkämpfer aus dem Heimatdorf versuchen ihn zu überreden, dem Verkauf einer Gemeinschaftswiese an einen Hotelkonzern zuzustimmen, seine Tochter stellt sich auf deren Seite, dem Sohn, der ihn verstehen will, bleibt er fremd. Einzig seine Frau, die seine politischen Überzeugungen geteilt hat, hält zu ihm. In einer surrealen Szene am Ende des Films besteigt das alte Paar ein einfaches Holzfloß und lässt sich aus dem Hafen ins offene Meer treiben. Hauptdarsteller Manos Katrakis war selbst Partisan und Mitglied der Kommunistischen Partei und wurde zu Beginn des Bürgerkriegs verhaftet. Er verbrachte insgesamt sieben Jahre auf den

Gefängnisinseln Ai Stratis und Makronissos und freundete sich in dieser Zeit mit Mikis Theodorakis und Giannis Ritis an. Katrakis, der seinen Überzeugungen treu blieb, bis zu seinem Tod Mitglied der KKE war und die Entfremdungsprozesse der 1980er Jahre, die Spyros im Film erlebt, in gewisser Weise selbst durchlaufen hat, verleiht durch seine Interpretation der Hauptrolle dem Film ein besonderes Ausmaß an Authentizität. „Die Reise nach Kythira“ war sein letzter Film, er starb kurz nach Abschluss der Dreharbeiten.

Pantelis Vougaris – Die Tradition des Realismus

Im Gegensatz zu Theodoros Angelopoulos, der immer wieder den Einfluss Jean Luc Godards auf sein Werk betont hat, sieht sich der 1940 geborene Pantelis Vougaris in der Tradition des italienischen Neorealismus.¹⁰ Vougaris studierte Film und arbeitete zunächst als Kritiker. Im Februar 1974, als die politische Verfolgung nach der blutigen Niederschlagung des Studentenaufstands am Politechniou in Athen im November 1973 ihren Höhepunkt erreichte, wurde er verhaftet und auf die Gefängnisinsel Gyaros verbannt, wo er bis zum Ende der Diktatur bleiben musste. Im Laufe seiner Karriere hat er sich in drei Filmen mit der Geschichte des Griechischen Bürgerkriegs auseinandergesetzt – 1976 in „Happy Day“ (Glückliche Tage), 1985 in „Petrina Chronia“ (Steinerne Zeit) und 2009 in „Psychi Vathia“ (Tiefe Seele). Zudem hat er in „Die letzte Notiz“ (2017) die reale Geschichte von Napoleon Soukatzidis verfilmt, einem seit Beginn der Metaxas-Diktatur 1936 inhaftierten Kommunisten, der 1944 von den Deutschen gemeinsam mit 199 anderen politischen Gefangenen als Rache für den Tod eines deutschen Generals erschossen wurde. Während „Psychi Vathia“ über zwei Brüder, die im Bürgerkrieg durch Zufall auf unterschiedlichen Seiten landen, vielfach als historisch ungenau kritisiert wurde,¹¹ gelten „Petrina Chronia“, die reale Geschichte über das Schicksal eines kommunistischen Paars vom Bürgerkrieg bis zum Ende der Junta, das in den 25 Jahren ihrer Beziehung nur wenige Tage miteinander verbringen konnte, und besonders „Happy Day“, eine Auseinandersetzung mit den Zuständen auf der Gefängnisinsel Makronisos in der Nach-Bürgerkriegsepoke, als Meisterwerke.¹²

„Petrina Chronia“, der Film, der die „versteinerte Zeit“ der autoritären Nach-

Bürgerkriegsepoke schon im Titel trägt, erzählt die auf realen Vorbildern beruhende Geschichte eines kommunistischen Paares, das aufgrund der politischen Verfolgung in 30 Jahren nur wenige Tage zusammenleben kann. Die beiden Hauptfiguren Eleni und Babis lernen einander über ihr politisches Engagement in der Kommunistischen Partei kennen. Nach dem Zweiten Weltkrieg geht Eleni nach Athen, um Medizin zu studieren. Nach dem Verbot der Partei 1947 wird Babis verhaftet, Eleni gelingt es, unterzutauchen. Mitte der 1960er Jahre wird Babis dank einer Generalamnestie freigelassen, und das Paar kann kurze Zeit miteinander verbringen. Eleni wird schwanger, aber bald ist sie es, die verhaftet wird; der gemeinsame Sohn kommt im Gefängnis zur Welt. Nach dem Militärputsch von 1967 wird auch Babis erneut inhaftiert. In einer berührenden Szene sehen sie einander durch die Gitterstäbe ihrer Zellenfenster und können mit Handzeichen Kontakt aufnehmen. Schließlich wird ihnen erlaubt, in der Gefängniskapelle zu heiraten, aber beide bleiben in Haft. Erst als die Diktatur 1974 fällt, können sie ein gemeinsames Leben beginnen. Die Geschichte des Paares wird in die griechische Zeitgeschichte eingebettet, die als teleologische Entwicklung hin zum Ende der Junta, der Re-Legalisierung der kommunistischen Partei und der historischen Rechtfertigung der griechischen Linken gezeigt wird.

Vougaris legt großen Wert darauf, den historischen Kontext für die Zuschauer verständlich zu machen. So hören wir während Babis' Verhaftung die historische Erklärung des Staatsoberhaupts Papagos zur Kommunistenverfolgung, was die Szene in die Zeit zwischen 1953 und 1955 einordnet. In einer anderen Szene sehen wir Eleni durch Straßen gehen. Der Buchstabe „Z“ an den Hauswänden verweist auf die Ermordung des linken Pazifisten Grigoris Lambrakis im Jahr 1963.¹³ Die didaktische Absicht wird dem Zuschauer nicht aufgedrängt, auffällig ist allerdings das teleologische Geschichtsverständnis, das mit dem Ende der Junta auch die endgültige Befreiung der Helden nahelegt – symbolisch dargestellt in einer Szene, in der Eleni in dem Haus, das sie nun mit Babis bewohnen wird, eine Glastür öffnet, um die Sonne in den Raum zu lassen.¹⁴ Damit verharzt „Petrina Chronia“ trotz oder gerade wegen seiner dezidiert politischen Haltung in einer Apologie des historischen Moments seiner Entstehung im Jahr 1985, als Griechenland mit And-

reas Papandreu erstmals einen links der Mitte stehenden Ministerpräsidenten hatte. Papandreu hatte mit der von ihm gegründeten sozialdemokratischen PASOK 1981 die Parlamentswahlen gewonnen und versuchte, den linken Widerstand während der Besatzung und im Bürgerkrieg für seine Partei zu vereinnahmen.¹⁵

Fast zehn Jahre vor „Petrina Chronia“, im Jahr 1976, drehte Vougaris „Happy Day“, die Verfilmung des 1972 veröffentlichten Romans „Die Seuche“ von Andreas Frangias. Schon bei Erscheinen des Buchs wollte Vougaris die von Franz Kafka beeinflusste Geschichte über ein alptraumhaftes Gefangenlager auf einer kargen Insel, die nie benannt wird (aber klar als Makronisos dechiffrierbar ist), verfilmen. Er konnte das Vorhaben jedoch auch nach dem Ende der Junta zunächst nicht umsetzen, denn die Zensur wurde zwar für schriftliche Kunst- und Medienerzeugnisse relativ schnell abgeschafft, die Filmzensur blieb jedoch bis weit in die Regierungszeit der sozialdemokratischen PASOK, die 1981 an die Regierung kam, aufrecht. Obwohl nach dem Sturz der Junta eine spürbare Lockerung der Maßnahmen festzustellen war und personelle Änderungen in der Zusammensetzung der Zensurkommissionen vorgenommen wurden, kam es besonders in den ersten Jahren zu einer großen Anzahl sowohl griechische als auch ausländische Filme betreffender Zensurfälle.¹⁶ Erst 1986, also zehn Jahre nach der Produktion von „Happy Day“, wurde die Filmzensur vollständig abgeschafft.¹⁷

Vougaris zufolge wurde die Finanzierung des Films von der Zensurbehörde zunächst abgelehnt, aber schließlich auf Vermittlung des ehemaligen Zentrumspolitikers und späteren PASOK-Ministers Georgios Mavros, der wie Vougaris während des Regimes der Junta auf Gyaros inhaftiert gewesen war, doch noch genehmigt.¹⁸ Voraussetzung für die notwendige staatliche Förderung war jedoch eine Reihe restriktiver Bedingungen, und Vougaris erhielt eine ganze Liste mit Dingen, die er im Film nicht zeigen durfte – alles, was direkt auf den Ort, die Zeit und die gezeigten Personen hinwies, war verboten. Die griechische Flagge, die nationalen Embleme von Offizieren und Soldaten, die traditionelle Kopfbedeckung des Priesters, die antiken Kostüme jener Theaterraufführung, die die Gefangenen zu Ehren einer prominenten Besucherin des Lagers einstudieren mussten, durften nicht gezeigt werden. Auch, wer das historische Vorbild der Besuc-

rin war, durfte im Film nicht erwähnt werden – tatsächlich handelte sich um die in Deutschland geborene griechische Königin Friederike, die mit den Nazis und den deutschen Besatzern kollaboriert hatte und wegen der Entführung von Kindern aus linken Familien in der Nach-Bürgerkriegszeit berüchtigt war.¹⁹ Anhand dieser Vorgaben lässt sich erkennen, was bis nach dem Ende der Junta, und zumindest seit dem Ende des Bürgerkriegs vom offiziellen Griechenland als „gefährlich“ angesehen wurde: die Bloßstellung der Nation, die Position der Kirche, die Haltung von Palast und Monarchie, und die absurd Exzesse, mit denen die „Umerziehung“ – also die Unterzeichnung eines „Reuebekennnisses“ in Hinblick auf die Zugehörigkeit zur Linken – erzwungen werden sollte.

Im Film, so die Vorstellung der Zensurbehörde, sollte ein imaginärer Ort geschaffen werden, der den realen historischen Raum mit all seinen schmerzhaften Aspekten überdeckte.²⁰ „Die einzigen erkennbaren Elemente waren die Insel und die Sprache,“ so Voulgaris. Auf die Frage, warum er sich auf das Arbeiten unter Zensurbedingungen eingelassen hatte, antwortete er, „Ich musste mich entscheiden: entweder ablehnen und den Film nicht drehen oder annehmen und ihn drehen. [...] Mit anderen Worten, ich habe herummanövriert, damit der Film zustande kam.“²¹ Die Bildsprache für die Traumata von Diktatur, politischer Verfolgung und Lagerhaft ist durch Voulgaris’ eigene Erfahrungen beeinflusst. So sagte er in einem Interview: „Was ich dem Film aus meiner persönlichen Erfahrung der Gefangenschaft auf Gyaros hinzugefügt habe, ist die Darstellung der Bedrohung durch die Zeit – all die Qual der Zeit, die nicht vergeht, nicht vorübergeht, besonders an Tagen, an denen es keine Sonne gibt, sodass man die Zeit nicht einmal am Lauf der Sonne messen konnte. [...] Gerade in den ruhigen Phasen des Lagers, in denen nicht viel passierte und die Zeit nicht zu verstreichen schien, gab es die größte Anzahl von Selbstmorden oder Selbstmordversuchen. [...] Diese Atmosphäre habe ich versucht, im Film nachzubilden, diese Art von seltsamer Ruhe, in der die Menschen verrückt werden.“²²

Resultat war ein Film, in dem die Zensur selbst zum Teil der Bildsprache wurde und auf vielerlei Ebenen auch in die politische Botschaft einflößt. Voulgaris ließ sich auf die vorgeschrriebene Orts- und Zeitlosigkeit ein, zumal Andreas Frangias dieselben stilistischen Mittel



„Happy Day“ (Regie: Pantelis Voulgaris, 1976)

schon in der Buchvorlage genutzt hatte, um die Zensur – zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buchs noch unter der Diktatur der Junta – zu umgehen. Auch wenn es einzelne Stimmen gab, die bestimmte Aspekte des Films kritisierten – so bemängelte ein Zuschauer, der selbst auf Makronisos inhaftiert gewesen war, dass die Gewalt, mit der die Delinquenten zum Unterschreiben einer Reueerklärung gezwungen werden sollten, nicht adäquat im Film dargestellt war – wurde die grundlegende politische Botschaft verstanden. Was wir im Bild sehen ist ein Lager, in dem Wahnsinn, Gewalt und Paranoia herrscht, die Insel Makronisos, auf der es ein solches Lager gegeben hat, und die tiefe, zeitlose Verfremdung, die alle kannten, die das Lager selbst durchlaufen hatten.

Kostas Vrettakos – ein Außenseiter und sein Meisterwerk

Kostas Vrettakos (1938–2018), Sohn des Schriftstellers Nikoforos Vrettakos, war wegen der kommunistischen Überzeugungen seines Vaters von der politischen Sippenhaftung betroffen und stand unter politischem Generalverdacht, konnte während der Militärdiktatur aber als Übersetzer populärer Romane und Fotograf für Enzyklopädien überleben. Vrettakos arbeitete hauptsächlich als Dokumentarfilmer und Autor. In seinem einzigen Spielfilm „Die Kinder von Helidonas“ (1987) setzt er sich intensiv mit den Nachwegen des Griechischen Bürgerkriegs auseinander. Auch seine Dokumentarfilme und Texte sind von den Erfahrungen der griechischen Zeitgeschichte geprägt.

„Die Kinder von Helidonas“ beruht auf dem gleichnamigen, 1981 veröffentlichten Roman von Dionysis Charitopoulos und handelt von sechs Geschwistern aus dem Ort Helidonas im nordgriechischen Epirus-Gebirge, die im griechischen Bürgerkrieg auf entgegengesetzten Seiten kämpften. Der Ort hat eine hohe symbolische Bedeutung, er war sowohl im Zweiten Weltkrieg als auch im Bürgerkrieg heftig umkämpft. Er liegt unweit des am Beginn der 1960er Jahre errichteten Kremasta-Stausees, an dessen gegenüberliegendem Ende die Tatarna-Höhle liegt, eine Doline, die sowohl im Zweiten Weltkrieg als auch im Griechischen Bürgerkrieg als Hinrichtungsstätte für linke Widerstandskämpfer benutzt wurde – die Delinquenten wurden meist paarweise an den Händen zusammengebunden und in den damals 90m tiefen Abgrund gestoßen. Später wurde die Höhle mit Bauschutt angefüllt, ihr unterer Teil durch den Stausee überflutet. Die nie geborgenen Leichen der Opfer wurden dadurch teilweise in den See gespült, so dass an den Ufern immer wieder menschliche Überreste gefunden werden. Vrettakos wollte das Buch von Charitopoulos schon bei dessen Erscheinen 1981 verfilmen, brauchte aber sechs Jahre für die Finanzierung des Projekts, das er schließlich 1987, nach dem endgültigen Ende der Filmzensur, realisieren konnte. Beim Filmfestival von Thessaloniki wurde er zum besten Film des Jahres 1987 gewählt.

Die Handlung setzt ein, als zwei Filmemacher die Geschwister, mittlerweile in den mittleren Jahren, für einen Dokumentarfilm interviewen wollen. Dabei



„Die Kinder von Helidonas“ (Regie: Kostas Vrettakos, 1987)

stehen sich zwei Positionen gegenüber – Fotini und Panos haben im Zweiten Weltkrieg und im Bürgerkrieg auf Seiten des linken Widerstands gekämpft, ebenso ihr Bruder Angelos, der sich weigert, mit den Journalisten zu sprechen und im Film nie direkt im Bild gezeigt wird. Als sich 1949 nach der Niederlage im Bürgerkrieg die Atmosphäre des Terrors gegen die Linke weiter verschärfte, wurden Fotini, Angelos und Panos politisch verfolgt, verhaftet und gefoltert. Akrivi und Spyros hingegen waren Nationalisten, fanatische Antikommunisten und hatten Verbindungen zu ehemaligen Nazi-Kolaborateuren. Nach dem Ende des Bürgerkriegs gehörten sie zu den Siegern und konnten unbehelligt ein bürgerliches Leben führen. Sotiris, der mittlere Bruder, ist politisch ein Zentrist und versucht auch in der Familie immer wieder, zwischen den verfeindeten Geschwistern zu vermitteln, jedoch ohne Erfolg.

Zentrale Figur ist Fotini, die als Partisanin eine Legende der Region war, aber in der Gegenwart anonym als Arbeiterin in einer Wäscherei arbeitet, und ihr Konflikt mit ihrer Schwester Akrivi, von der sie gleichzeitig gehasst und beneidet wird. Fotini wird als tief traumatisierte Figur geschildert: Als junge Frau hatte sie eine Beziehung mit einem Mitkämpfer und brachte ein Kind zur Welt, aber bei der Flucht nach dem Bürgerkrieg wurde sie von beiden getrennt. Vermutlich sind sie tot, aber die Leichen wurden nie gefunden, was sich als besonders quälend erweist. Die Geschichte verlagert sich schließlich von der Stadt nach Helidonas selbst, weil die Filmcrew Angelos doch noch zu einem Interview be-

wegen will – dieser aber stirbt vorher an einem Schlaganfall. An der Trauerfeier nehmen nur Panos, Fotini und der Sohn von Angelos teil, die Asche von Angelos soll im See bestattet werden. Als Fotini und Panos in einer der letzten Szenen des Films mit der Urne und einem riesigen Kranz mit Hammer und Sichel in einem kleinen Fischerboot auf den Kremasta-See fahren, fahren sie genau in Richtung der Tatarna-Höhle – Angelos wird symbolisch mit seinen 40 Jahre zuvor ermordeten Genossen vereint.

Der Film lässt beide Seiten zu Wort kommen, bezieht aber klar Stellung: Die Interviews mit den Geschwistern reißen die alten Wunden wieder auf, die Last der Trauerarbeit wird allein von den Linken getragen, während die Sympathisanten der Nationalisten und Faschisten selbstgerecht längst widerlegte Positionen vertreten. Die politischen Differenzen sind nach wie vor aktuell, die Vergangenheit nicht aufgearbeitet, sondern beschwiegen oder geschönt. Obwohl Vrettakos in seinem Film die kausale, charakterzentrierte Motivation des klassischen Kinos zurückweist und von einer marxistisch geprägten Geschichtsauffassung ausgeht, und obwohl er wie Angelopoulos in seiner Ästhetik von Bertolt Brecht beeinflusst ist und er nicht auf Identifikation, sondern auf Analyse abzielt, sind die Wunden und Traumata der griechischen Zeitgeschichte das eigentliche Thema des Films.

Wie die Filme von Theodoros Angelopoulos und Pantelis Voulgaris hat auch Kostas Vrettakos mit „Die Kinder von Helidonas“ versucht, das zu aktivieren, was die Kulturhistorikerin und Erinne-

rungsforscherin Alison Landsberg das „prophetische Gedächtnis“ genannt hat – eine überindividuelle gesellschaftliche Erinnerung an traumatische historische Ereignisse, die so schmerhaft sind, dass sie nicht vollständig in das Narrativ oder die Ideologie einer Nation integriert werden können, mit dem Ziel, durch Gedächtnis Versöhnung herbeizuführen.²³ Ob dies angesichts der von Polizeigewalt und politischer Korruption geprägten Gegenwart Griechenlands als gelungen bezeichnet werden kann, darf allerdings bezweifelt werden.

Anmerkungen:

- 1/ Der Beitrag beruht auf dem von der Kulturbteilung der Stadt Wien geförderten Projekt „Blockiertes Eingedenken. Besatzung, Weltkrieg, Bürgerkrieg – die Traumata politischer Gewalterfahrungen in Griechenland in den Filmen von Antonis Lepeniotis, Pantelis Voulgaris und Kostas Vrettakos“.
- 2/ Crouthamel, Jason/Köhne, Julia/Leese, Peter (Hg.): *Languages of Trauma. History, Memory and Media*. Toronto 2021, S. 11–16.
- 3/ Elm, Michael/Kabalek, Kobi/Köhne, Julia (Hg.): *The Horrors of Trauma in Cinema. Violence Void Visualization*. Newcastle 2014, S. 5–13.
- 4/ Ανδρίτσος, Γιώργος: Η λογοκρισία στον ελληνικό κινηματογράφο (1945–1974), Στο: Πετσίνη, Πηνελόπη; Χριστόπουλος, Δημήτρης (Επιμ.): Η λογοκρισία στην Ελλάδα (Andritsos, Giorgos: Zensur im griechischen Kino (1945–1974), in: Petsini, Penelope/Christopoulos, Dimitris (Hg.): Zensur in Griechenland). Athen 2017, S. 35–42.
- 5/ Gregor, Ulrich: *Unveiling The Patterns of Power: The Days of '36*, in: Fainaru, Dan (Hg.): Theo Angelopoulos: Interviews. Jackson 2001, S. 9–13, hier S. 13.
- 6/ Georgakas, Dan: Angelopoulos, Greek History and The Travelling Players, in: Horton, Andrew (Hg.): *The last Modernist: The Films of Theo Angelopoulos*. Trowbridge 1997, S. 27–42, hier S. 32.
- 7/ Ebd., S. 33.
- 8/ Okur, Muhammed/Uğur, Ufuk: The influence of Brecht in Theodoros Angelopoulos cinema: A case study of the film *O Thiasos*, in: *ODU Journal of Social Science Research*, 15. Jg. (2015), Nr. 1, S. 256–283.
- 9/ Georgakas: Angelopoulos, S. 39.
- 10/ Cacoulidis, Cleo: An Interview with Pantelis Voulgaris, in: *Cinéaste*, 22. Jg. (1996), Nr. 2, S. 34–36.
- 11/ Kosmidou, Eleftheria Rania: Civil Wars and Cinematic Narrative. The Case of Psychi Vathia (Deep Soul, Pantelis Voulgaris 2009), in: Deslandes, Karine/Mourlon, Fabrice/Tribout, Bruno: *Civil War and Narrative. Testimony, Historiography, Memory*. London 2017, S. 129–149.
- 12/ In Griechenland wird die Zeit vom Ende des

Bürgerkriegs 1949 bis zum Ende der Militärjunta 1974 als „Petrina Chronia“ – versteinerte, oder steinerne Zeit – bezeichnet.

13/ „Z“ steht für das Wort „Zei“, was „Er lebt“ bedeutet und den Protest gegen die Ermordung von Lambrakis zum Ausdruck brachte. International wurde das Symbol durch den Film „Z“ von Costa-Gavras bekannt, der die Ermordung von Lambrakis aufarbeitete.

14/ Mini, Panayiota: The historical panorama in post-1974 Greek cinema: The Traveling Players, Stone Years, Crystal Nights, The Weeping Meadow, in: *Journal of Greek Media & Culture*, 2. Jg. (2016), Nr. 2, S. 133–153, hier S. 140.

15/ Zu dieser Zeit war die PASOK noch nicht durch spätere Korruptionsaffären belastet. Vgl. Ελένη Πασχαλούδη: Η δεκαετία του 1940 σε πολιτικά λογότυπα: Από την ανακωχή των νικητών στη „δικαιωση“ των ηττημένων, Στο: Δεμερτζής, Νίκος/Πασαλούδη, Ελένη/Αντωνίου, Γιώργος: Εμφύλιος Πόλεμος: Το Πολιτισμικό Τραύμα (Pashaloudi, Eleni: Die politische Logik der 1940er Jahre: Vom Waffenstillstand der Sieger zur „Rechtfertigung“ der Besiegten, in: Demertzis, Nikos/Pashaloudi, Eleni/Antoniou, Giorgos (Hg.): Bürgerkrieg: Das kulturelle Trauma). Athen 2013, S. 113–160, hier S. 122–127.

16/ Πετσίνη, Πηνελόπη/Χάλκου, Μαρία: Η λογοκρισία ως δημιουργικό όριο, η λογοκρισία ως καταστολή Οι τανίες Χάππου Νταιη (Παντελής Βούλγαρης, 1976) και Καγκελόπορτα (Δημήτρης Μακρής, 1978), in: Δημητρακάκης, Γιάννης/Νάτσινα, Αναστασία (επιμ.): Μεταπολίτευση 1974–1981 (Pettsini, Penelope/Halkou, Maria: Zensur als kreative Grenze, Zensur als Repression. Die Filme Happy Day (Pantelis Vougaris, 1976) und The Iron Gate (Dimitris Makris, 1978), in: Dimitrakakis, Yiannis/Natsina, Anastasia (Hg.): Nach der Koalition 1974–1981). Rethymno 2021, S. 435–459, hier S. 435–438.

17/ Zur Filmzensur in Griechenland während und nach der Militärdiktatur vgl. Γκλαβίνας, Γιάννης: „Κυρά Αναστασία“ και οι συνταγματάρχες: Η λογοκρισία της δικτατορίας των συνταγματαρχών στον πολιτισμό και τον δημόσιο λόγο μέσα από το αρχείο της Γενικής Γραμματείας Τύπου και Πληροφοριών (Glavinas, Yiannis: „Lady Anastasia“ und die Obersten: Die Zensur der Obristendiktatur in Kultur und öffentlichem Diskurs anhand des Archivs des Generalsekretariats für Presse und Information), in: Νέα Εστία (Nea Estia), Nr. 1864, 2014, S. 485–498.

18/ Καραστεργιού, Μαρία-Νεκταρία: Πολιτικές της προβολής: Μνήμη και Ιστορία στον Νέο Ελληνικό Κινηματογράφο (Karastergiou, Maria-Nektaria: Politik der Projektion: Erinnerung und Geschichte im Neuen Griechischen Kino). Dissertation Universität Thessalien, Volos 2003/04, S. 39–41.

19/ Vgl. etwa Στεφανοπούλου, Αλεξάνδρα:

Sie haben den Kopf hingehalten

Zum Umgang mit dem kommunistischen Widerstand in Krems

Amfang November wurde im museumkrems eine „Werkstatt Zeitgeschichte“ eingerichtet. Es hat also 80 Jahre gedauert, bis die Zeitgeschichte nach der Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus im Kremsner Stadtmuseum im ehemaligen Dominikanerkloster einen Platz bekommen hat. Der vom Atelier Berger hervorragend gestaltete Raum gliedert sich in mehrere interaktive Themenblöcke. Diese liefern Anregungen und Erklärungen u.a. zum Antisemitismus im 19. Jahrhundert, zur jüdischen Gemeinde in Krems, zum Widerstand in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur, zum Massaker in Stein an der Donau im April 1945 und zum Kriegsgefangenenlager STALAG XVII B in Krems-Gneixendorf. Der Platz wird optimal genutzt, und die BesucherInnen können viel entdecken: Es gibt zahlreiche Zusatzinformationen, Bezüge zu heute und vieles mehr. Klug gemacht und spannend.

Bezeichnend ist jedoch, dass es diese Ausstellung zuwege bringt, den kommunistischen Widerstand nicht als solchen zu benennen. Es gibt zwar viele Fotos in der Ausstellung, aber jene drei, die den Kopf für Österreich hingehalten mussten (und dies nicht nur im übertragenen Sinn), sind nicht zu sehen: Ferdinand Strasser, Franz Zeller und Johann Hofmann. Keiner dieser drei Männer, die den Widerstand in Krems geleitet haben und dafür vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im Wiener Landesgericht geköpft wurden, wird mit einem Porträtfoto gezeigt. Auch über die Tatsache, dass der antifaschistische Widerstand zentral angeleitet wurde und als Teil eines Netzwerks, das über St. Pölten hinausreichte, bestand, wird kein Wort, keine Zeile verloren.

Leider ist dies nicht das erste Mal der Fall: Im Frühjahr dieses Jahres wurde in der Tabakfabrik in Stein an der Donau, wo sich heute die Universität für Weiter-

bildung Krems befindet, eine Ausstellung zur Geschichte der Tabakfabrik mit dem Titel „Zwischen Wohlfahrt und Widerstand“ eröffnet. Erwähnt werden darin zwar die in Stein inhaftierten Frauen und Männer, dass diese aber Teil der Widerstandsgruppe von Ferdinand Strasser, Franz Zeller und Johann Hofmann waren, fehlt auch hier gänzlich. Mögliche Platzprobleme sind hierfür die schlechteste Ausrede.

Es kann sein, dass in dieser Frage auch das schlechte Gewissen mitspielt, denn der Franz-Zeller-Platz, der sich seit sei-



Franz Zeller (1900–1942)

ner Benennung im Jahr 1946 zwischen Landesgalerie und Kunstmuseum befindet, wurde 2019 auf ein Hunderabattl zurechtgestutzt. Der Platz heißt seither Museumsplatz, was in den Ohren vieler wohl besser klingt. Der Franz-Zeller-Platz ist nun ein kaum wahrnehmbarer Platz im Platz.

Der Ausstellungsraum „Werkstatt Zeitgeschichte“ im museumkrems wird wohl in Zukunft noch inhaltlich ergänzt werden. Oft dauert es lange, bis die Geschichte umfassend dargestellt wird. Empathie mit den Opfern des Nationalsozialismus ist noch nicht überall selbstverständlich. So kommt es etwa vor, dass über eine abgerissene Synagoge getrauert wird, dabei aber die ermordeten Jüdinnen und Juden vergessen werden. Auch dieses Phänomen ist in Krems zu beobachten.

ROBERT STREIBEL

Das Alter der Grundrechte und die Grundrechte des Alters

ALFRED J. NOLL

Die nachstehende Skizze gibt einen Problemaufriss, um in drei Schritten den Horizont des Themas abzustecken. Zunächst werde ich auf den grundsätzlichen Charakter von staatlich gewährleisteten „allgemeinen Menschenrechten“ hinweisen. Sodann soll auf den grundsätzlichen Unterschied eingegangen werden, der zwischen „Abwehrrechten“ und grundrechtlichen Gewährleistungspflichten besteht. Schließlich werde ich die Spezifika derjenigen Grundrechte darstellen, die sich in Hinsicht aufs Alter entweder schon zeigen oder erst noch formuliert und erkämpft werden müssen.

Die zwei fundamentalen menschenrechtlichen Postulate hinsichtlich älterer Menschen bestehen darin, diese in ihrer Verletzlichkeit zu schützen sowie ihnen zu ermöglichen, ihre Würde zu bewahren. Die Verletzlichkeit zeigt sich unter anderem im Nachlassen der körperlichen und psychischen Gesundheit, in zunehmenden Behinderungen und Einschränkungen, auch in der Mobilität, und im fehlenden Anschluss an die moderne Gesellschaft (z.B. Internet). Die mit dem Alter einhergehende, nachlassende Autonomie führt dazu, dass ältere Menschen oft auf andere angewiesen sind. Der andere Schlüsselbegriff kann mit dem Respekt vor sich selbst und dem anderer gleichgesetzt werden. Würde, recht verstanden, gebietet es, dafür Sorge zu tragen, dass ältere Menschen bei allen Schwächen sich weiterhin selber respektieren können (z.B. in Bezug auf ihre Leistungen und Lebenserfahrungen und den von ihnen errungenen Platz in der Gesellschaft). Die Würde verlangt aber ebenso, dass andere Menschen, ja die Gesellschaft insgesamt älteren Menschen mit ihren Gebrechen und Behinderungen Respekt entgegenbringen und ihre Wünsche und Bedürfnisse achten.

Allgemeine Menschenrechte

Ein materialistisches Menschenrechtsverständnis geht davon aus, dass es weder von Natur angeborene noch von Gott verliehene immergeltende Rechte gibt. Unabhängig von allen Idealen und Illusionen, ungeachtet des ausformulierten Anspruchs der normativen Texte der Bill of Rights von Virginia (1776) und der

Pariser Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers (1789) – nämlich: „Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig“ bzw. „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es“ – erwiesen sich die Menschenrechte des ausgehenden 18. Jahrhunderts als Bürgerrechte, als juristisches Instrumentarium einer kapitalistischen Gesellschaft, in der für die Mehrheit Freiheit als Unterdrückung, Gleichheit als Ausbeutung und Brüderlichkeit als Klassenkampf ins Leben tritt. Und es ist auch nicht das Ewig-Menschliche, was uns hinanzieht.

Da nun Menschenrechte die grundsätzliche Stellung des Menschen in der Gesellschaft, seine prinzipiellen Beziehungen zum Mitmenschen wie zum Machtorgan der Gesellschaft regeln sollen, ist jede Menschenrechtskonzeption essentieller Bestandteil einer Gesellschaftskonzeption. Wie es in der Neuzeit unterschiedliche Gesellschaftskonzeptionen gibt, so gibt es auch unterschiedliche Menschenrechtskonzeptionen. Diese Meinungsgegensätze über das, was Menschenrechte sind oder sein sollen oder nicht sein können, sind letztlich Interessengegensätze und nicht bloß die Folge unterschiedlicher subjektiver Anschauungen und Einsichten.

Die Menschenrechte enthalten keinen überzeitlichen Maßstab für menschliches Verhalten, noch sind Menschenrechtskonzeptionen ein überirdisches Bewertungsmuster für Menschenrechtskataloge. Dennoch charakterisiert die bürgerliche Gesellschafts- und Menschenrechtskonzeption seit jeher, dass sie in der Form nicht einer speziell-bürgerlichen, sondern einer allgemein-menschlichen Theorie vorgebracht, als Rechtsforderung von jedermann und für jedermann erhoben wurde. Diesen Menschenrechten wurde von ihren Verkündern der Charakter der Heiligkeit, der Unverbrüchlichkeit, der Unübertragbarkeit und der Unveränderlichkeit zugesprochen. Der Sklavenhalter Thomas Jefferson sagte: Nichts ist unveränderlich, nur die angeborenen und unveräußerlichen Rechte des Menschen – bei seinem Tod hatte er mehr Sklaven als je zuvor...

Gewiss waren die bürgerlichen Menschenrechtsvorstellungen und -kataloge

seit der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und der Französischen Revolution progressiv. Aber all diese Erklärungen haben – bis heute – eine vorübergehende Bedeutung und einen ambivalenten Charakter. Denn es besteht ein unaufhebbarer Gegensatz zwischen dem allgemein-menschlichen Anspruch der bürgerlichen Menschenrechte und ihrem konkreten Klassencharakter: Die Selbstkennzeichnung dieser Bürgerrechte (insbesondere des Eigentumsrechts) als Menschenrechte widerspiegelt ebenso wie das von ihnen angegebene Ziel, zum gemeinsamen Vorteil für alle das Glück aller zu garantieren, subjektiv die Sehnsucht des Volkes nach einem Gesellschaftszustand ohne Elend, Unterdrückung und Krieg, objektiv aber den Versuch des Bürgertums, sein spezielles Klasseninteresse als das gemeinsame Interesse aller, als Menschheitsinteresse auszugeben.

Dennoch: Bei den Menschenrechten handelt es sich nicht um pure Illusion, auch wenn die Heiligkeit der Rechte von der Scheinheiligkeit ihrer hauptsächlichen Nutznießer schlecht zu trennen ist. Die bürgerlichen Freiheitsrechte markieren einen ungeheuren Fortschritt in der Menschheitsgeschichte. Die Menschenrechte sind nicht als Ableitung aus theologischen Basissätzen entstanden, und auch ihre Weiterentwicklung ist vornehmlich Interessendurchsetzung, nicht bloß Ideenentfaltung. Es sind die Anstrengungen realer Klassenkämpfe deshalb nicht durch die Anstrengung des Begriffs zu ersetzen. Es wäre eine trügerische Hoffnung anzunehmen, dass die durch verfassungsmäßige Rechte eröffnete Möglichkeiten mit rein juristischen Mitteln ausgeschöpft oder auch nur gewährleistet werden können. Um es konkret zu benennen: Das Recht auf Arbeit in eine Gesellschaft hineinzuinterpretieren, in der die Zwangsgesetze des Kapitals, wenn auch nur für eine Minderheit, die Pflicht zur Arbeitslosigkeit nach sich zieht, das hieße, sich mit einer Camouflage zu begnügen. Wir wissen, dass es nachgerade der Witz bürgerlicher Menschenrechte ist, dass sie als politische Freiheitskulisse ökonomischer Zwangsverhältnisse funktionieren, oder anders gesagt; dass sie Ausbeutung mit Freiheit koinzidieren ließen, dass ihre

Matadoren Hunger nach Freiheit mit Freiheit von Hunger nicht zusammenzudenken vermögen.

Zusammenfassend: Bei den bürgerlichen Menschenrechten handelt es sich keineswegs um pure Politparolen ohne rechtliche Substanz. Spätestens seit dem Staatsgrundgesetz von 1867 und mehr noch durch die Europäische Menschenrechtskonvention, die von Österreich 1958 ratifiziert wurde und im Verfassungsrang steht, wird hier ein Handlungsspielraum für die Individuen normiert, dem ein Argumentationsspielraum für Juristen entspricht: In der Rechtspraxis haben wir es stets mit einer unscharf begrenzten Variationsbreite der Bürgerrechtsinterpretation zu tun, wobei sich zeigt, dass die juristische Argumentation von der Aktionseinheit und -bereitschaft aller Demokraten abhängig ist. Damit ist auch gesagt, dass Menschenrechte, konkretisierungsbedürftig wie sie sind, nie ein für allemal verwirklicht sind, es handelt sich vielmehr um einen Dauerprozess des täglichen Kampfes für die Erhöhung der Gestaltungsfreiheit des Einzelnen in der Gesellschaft. Die Grenzen dieser Auseinandersetzungen und Kämpfe liegen auf der Hand: Es ist geradezu die notwendige Folge der Dominanz des Privateigentums an Produktionsmitteln, die nicht zu liquidieren sondern zu konfirmieren der Sinn bürgerlicher Menschenrechte seit je ist: das Recht auf Eigentum gehört zum Urbe stand der bürgerlichen Freiheitskataloge – und der deutsche Staatsrechtslehrer Helmut Ridder sprach hier zutreffend von der „Geburt der Grundrechte aus dem Geiste des Eigentums“.

„Abwehrrechte“ und Gewährleistungspflichten

Die Menschenrechte werden traditionell in drei Generationen eingeteilt. Zur ersten Generation werden die Freiheitsrechte und die politischen Rechte gezählt, die den Bürgern und Bürgerinnen Freiräume gegenüber dem Staat und einen Einfluss auf dessen Organisation ermöglichen (sollen). Die ursprünglich gegen den feudalen Absolutismus und die weltanschauliche Hegemonie der Kirche gerichteten Rechte wurden aus der Idee heraus geboren, dass es für den auf den Markt drängenden Eigentumsbürger Bereiche geben müsse, welche nicht der Staat allein regelt, sondern welche in der Freiheit der (damals bloß besitzenden männlichen) Bürger liegen; dazu zählen z.B. das Recht auf Leben, das Folterverbot, die Versammlungs-

und Erwerbsfreiheit, die Meinungs- und Religionsfreiheit – hier sollte für das einzelne Individuum gegenüber dem Staat ein persönlicher Freiraum geschaffen werden, in den der Staat sich nicht einmischt. Entgegen landläufiger Vorurteile hat der Marxismus diese Freiheiten letztlich nicht geringgeschätzt, ja umgekehrt, er hat diese Freiheiten sogar vehement verteidigt. Die Ignoranten unter den Anti-Kommunisten haben es nie begriffen: „Die Gesamtheit kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder einzelne befreit wird“, heißt es 1877 im Anti-Dühring (MEGA I, Bd. 27, S. 455) von Friedrich Engels; und eben auf diese Freiheiten hatte Engels sich bezogen, als er schon im Herbst 1871 notierte: „Politische Freiheiten, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Pressefreiheit – das sind unsere Waffen, und wir sollten die Arme verschränken und uns enthalten, wenn sie uns genommen werden? Es heißt, jede politische Handlung bedeute die Anerkennung des bestehenden Zustands. Doch wenn dieser Zustand uns die Mittel gibt, dagegen zu protestieren, ist die Nutzung dieser Mittel keine Anerkennung des bestehenden Zustands.“ (MEGA I, Bd. 22, S. 308)

Zur zweiten Generation gehören die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte; sie verfolgen das Anliegen, dass alle Menschen Zugang zu einem Minimum an sozialen und wirtschaftlichen Gütern und gleiche Möglichkeiten haben sollten; als soziale Rechte gelten etwa das Recht auf eine Familie und das Recht auf Bildung; die wirtschaftlichen Rechte haben das Ziel, einen Minimalstandard an materiellen Gütern für alle Menschen zu sichern (Recht auf Wohnen, soziale Absicherung im Falle von Alter oder Behinderung etc.); die kulturellen Rechte schließlich wollen die traditionelle Lebensweise einer Gesellschaft schützen und dem oder der Einzelnen eine Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zusichern.

Die Rechte der dritten Generation schließlich sind sog. Solidaritätsrechte oder Kollektivrechte; hierbei handelt es sich um eher abstrakte Zielvorstellungen, wie z. B. das Recht auf Entwicklung, das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder das Recht auf Frieden und auf eine saubere und gesunde Umwelt. Diese Rechte kommen ganzen Gruppen von Menschen zu, im Gegensatz zu den „klassischen“ Menschenrechten. Diese Kategorie von Menschenrechten bildete sich heraus, als Schwierigkeiten und Unterschiede bei der Umsetzung der Rechte der ersten

beiden Generationen sichtbar wurden und sich der Menschheit neue Herausforderungen präsentierten: Der Schutz vor Naturkatastrophen oder Krieg und die Möglichkeit zur Kommunikation stellen nach dieser Auffassung eine Voraussetzung dafür dar, andere Menschenrechte zu verwirklichen.

Die Spaltung in Sozialrechte und Freiheitsrechte erfolgte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Lässt man die ideo logischen Scheuklappen der Vergangenheit beiseite, so zeigt sich, dass die Menschenrechte im Hinblick auf ihre Bedeutung und ihren Wert ein gemeinsames Ganzes sind und nicht voneinander getrennt betrachtet werden können. Offensichtlich ist, dass die Menschenrechte der ersten Generation (meist als „Abwehrrechte“ gegen den Staat) durch stärkere Durchsetzungsmechanismen geschützt werden als Sozialrechte, wiewohl doch offensichtlich ist, dass sie stets miteinander verbunden sind: So stellen beispielsweise wirtschaftliche Rechte die Grundlage für die Ausübung von politischen Rechten dar und das Recht auf freie Meinungsäußerung ist sowohl ein zentraler Teil der persönlichen Freiheit als auch ein wichtiges politisches Recht.

Bei der Erfüllung all dieser Rechte hat der Staat also unterschiedliche Funktionen: Die Menschenrechte können einen Abwehranspruch, einen Leistungsanspruch oder einen Schutzanspruch begründen: Der Abwehranspruch soll Eingriffe des Staates verhindern und die Selbstbestimmung des Einzelnen schützen (klassische Freiheitsrechte, also beispielsweise soll der Staat gerade nicht in die freie Meinungsbildung der Bevölkerung eingreifen). Besteht ein Leistungsanspruch, muss der Staat handeln, er ist in der Pflicht, für die Verwirklichung des betreffenden Rechts zu sorgen (der Staat muss z.B. Schulen betreiben, um das Grundrecht auf unentgeltliche Schulbildung zu verwirklichen). Eine Schutzpflicht besteht schließlich dann, wenn der Staat die Menschen vor Übergriffen durch Dritte schützen soll (wenn er etwa eine Demonstration vor Übergriffen durch eine Gegendemonstration schützt).

Häufig verleihen Rechte der ersten Generation einen Abwehranspruch gegenüber dem Staat, während Rechte der zweiten Generation Leistungsansprüche oder Schutzpflichten begründen. Die Anforderungen an den Staat sind freilich miteinander verwoben: Wenn unsere Verfassung ein Recht auf Leben garantiert, darf der Staat nicht selbst Menschen töten, er muss aber überdies auch Vor

kehrungen dafür treffen, dass Dritte das nicht tun.

Historisch betrachtet hat sich der Schwerpunkt der Diskussion von den Grundrechten der ersten Generation hin zu Grundrechten der zweiten Generation verschoben. Natürlich spielt der Schutz gegenüber willkürlicher Verhaftung (wie ihn erstmals die Magna Charta aus dem Jahr 1215 statuierte), die Freiheit vor willkürlicher Eigentumsentziehung etc. eine wesentliche Rolle; aber es zeigt sich, dass mit den Unwägbarkeiten einer kapitalistischen Wirtschaft den sozialen und kulturellen Rechten immer mehr Bedeutung zukommt. Das heißt aber andererseits, dass sich die Diskussion von den Abwehrrechten hin zu den Leistungsansprüchen gegenüber dem Staat verlagert. Mit dem Modell des „Wohlfahrtsstaats“ ab Ende der 1960er Jahre haben sich die Erwartungen an soziale Sicherheit und politische Teilhabe enorm gesteigert: Der Staat muss sich heute nicht mehr nur „raushalten“, sondern er muss zunehmend „liefern“ und auch „schützen“, ansonsten er an Legitimation verliert; fast scheint es mitunter, dass den Bürgerinnen und Bürgern ein Weniger an Freiheitsrechten lieber ist als ein Weniger an Schutz (man denke nur an die zunehmende Überwachung der Gesellschaft durch die Sicherheitsorgane und den postulierten „Schutz“ vor „illegaler Migration“). Dem wäre ein lautes „Dennoch“ entgegenzustellen: Es ist zweckmäßig, seine Ansprüche illusionslos als Grundrechtsforderungen zu formulieren und deren Realisierung voranzutreiben.

Grundrechte des Alters

Nach dieser langen Vorrede können wir nun auf die Grundrechte des Alters eingehen. Derartige Rechte, wenn es sie den gäbe, gehören offensichtlich zur zweiten Generation der Grundrechte und streben eine vom Staat zu erbringende Leistung an. Woraus entsteht dieser Anspruch und worauf ist er gerichtet?

Als Lenin sich 1902/1903 daran machte, die Grundlagen einer demokratischen Verfassung zu skizzieren, notierte er unter Pkt. 9: „Zahlung von staatlichen Renten an alte Arbeiter, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben“ (LW, Bd. 6, S. 16). In diesem Sinne hieß es dann auch in der Verfassung aus dem Jahr 1936 in deren Art. 120: „Die Bürger der UdSSR haben das Recht auf materielle Sicherung im Alter sowie im Falle von Krankheit und Invalidität. – Dieses Recht wird gewährleistet durch die umfassende Entwicklung der Sozialversi-

cherung der Arbeiter und Angestellten auf Staatskosten, durch unentgeltliche ärztliche Hilfe für die Werktätigen, durch das den Werktätigen zur Verfügung gestellte umfassende Netz von Kurorten.“ Folgerichtig lautete der Art. 43 in der Verfassung der Sowjetunion von 1977: „Die Bürger der UdSSR haben das Recht auf materielle Sicherung im Alter, im Krankheitsfalle sowie beim vollständigen oder teilweisen Verlust der Arbeitsfähigkeit und bei Verlust des Ernährers“. Was sich gegenwärtig in einer UN-Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Vertrages zum Schutz der Menschenrechte älterer Menschen erst abzeichnet (aber bis heute nicht gelungen ist), das findet eine normative Vorlage unter anderem also im Verfassungsrecht der Sowjetunion und später auch in den DDR-Verfassungen von 1968 und 1974, in denen es gleichlautend in Art. 36 hieß: „(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Fürsorge der Gesellschaft im Alter und bei Invalidität. (2) Dieses Recht wird durch eine steigende materielle, soziale und kulturelle Versorgung und Betreuung alter und arbeitsunfähiger Bürger gewährleistet.“ Wir können darüber streiten, ob dies jeweils gelungen ist – an der Rechtsverbindlichkeit dieser Normen bestand kein Zweifel.

Nun lassen sich diese Texte etwa mit Art. 25 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vergleichen, wo es unter der Überschrift „Rechte älterer Menschen“ heißt: „Die Union anerkennt und achtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.“ Dabei zeigt sich, dass diese unverbindliche Proklamation noch keine international verbindliche Basis ist, um die bestehenden Lücken in der Gesundheitsversorgung, am Arbeitsmarkt, im sozialen Leben oder beim Schutz vor Altersarmut zu schließen. In Österreich selbst gibt es keine spezifischen Grundrechte, die sich aufs Alter beziehen, sodass wir hierzulande auf internationale Vereinbarungen warten müssen, denn im UNO-Sozialpakt, im UNO-Zivilpakt und in der EMRK sind bis heute keine spezifischen Bestimmungen zu älteren Menschen enthalten; zwar wird Diskriminierung verboten, aber das Merkmal „Alter“ wird in keinem der Abkommen genannt.

Was aber kann in diesem Zusammenhang überhaupt als einschlägig gelten? Soweit es im geltenden Recht Anhaltspunkte für einen Schutz der Älteren gibt, resultieren diese einzig aus dem Gleich-

behandlungsgebot in der Arbeitswelt: Bereits bei der Stellenausschreibung sind altersbezogene Angaben unzulässig und ziehen eine Verwaltungsstrafe nach sich; eine Stellenbewerbung darf nicht allein wegen des Alters unberücksichtigt bleiben; auch in bestehenden Dienstverhältnissen darf das Alter nicht zu einer Benachteiligung bei Entgelt, Aus- und Weiterbildung, Beförderung oder den Arbeitsbedingungen führen; kommt es zur Kündigung oder Entlassung aufgrund des Alters, kann die Beendigung angefochten oder ein Schadenersatz begehr werden; Schutz besteht auch gegenüber Belästigungen durch ArbeitskollegInnen und Vorgesetzte.

Erkennbar ist damit nur ein Teil jener Probleme erfasst, vor die sich ältere Menschen gestellt sehen; ich fokussiere hier auf die Probleme älterer Frauen, weil sich darin die Probleme deutlicher veranschaulichen lassen und nicht zuletzt deshalb, weil die Mehrzahl der älteren Menschen weiblich ist. Zunächst zeigt sich, dass Frauen im Schnitt länger leben und deshalb oft alleine leben (Recht auf Wohnen). Gleichzeitig ist belegt, dass Frauen im Vergleich zu Männern meist eine schlechtere soziale Absicherung haben (Stichworte: Teilzeitarbeit – Recht auf Arbeit; Altersarmut – Recht auf soziale Sicherheit), und dennoch wird ein Großteil der Sorgearbeiten von älteren Frauen verrichtet – sie sind eine Stütze des sozialen Gefüges. Gleichzeitig ist die digitale Teilhabe von älteren Frauen signifikant geringer (Recht auf politische Teilhabe und Information). Wir sehen also überdeutlich, dass es sich hier um Mehrfachdiskriminierung handelt: Geschlecht, Alter und weitere Gründe. Das Alter ist offenkundig ein verstärkender Faktor von Ungleichheiten, denn viele ältere Frauen haben neben Alter noch weitere Merkmale: Migrationshintergrund, Armut, Behinderung, wobei es überaus schwierig ist festzustellen, welcher Grund am meisten ins Gewicht fällt. Bei lebensnaher Betrachtung zeigt sich überdies, dass im Alltag Diskriminierung aufgrund von Alter als normal angesehen oder schnell und oft entschuldigt wird.

Von einigen Rechtsvorschriften zu erwarten, dass damit diese Mängel und Diskriminierung ein für allemal beseitigt würden, ist völlig illusionär. Wir wollen hier auch keine legistischen Vorschläge entwerfen, aber immerhin lässt sich ohne Rangfolge mit groben Strichen skizzieren, was alles von einem Grundrechtskatalog fürs Alter zu fordern wäre.

Zunächst muss garantiert werden, dass die staatliche und betriebliche Gleichstellungspolitik bis ins hohe Alter wirkungsvoll betrieben wird; wesentliche Voraussetzung dafür ist, die Sichtbarkeit älterer Menschen permanent zu erhöhen. Effektiv kann dies nur sein, wenn man die Verschränkung von alters- und geschlechtsspezifischer Diskriminierung erkennt und berücksichtigt, dass sich in allen Lebenslagen die Ungleichbehandlung in höherem Alter verstärkt. Dabei könnte der Versuch unternommen werden, Altersbilder jenseits der im Gang befindlichen Kommerzialisierung aller Lebensbereiche neu zu gestalten und überkommene Stereotype abzubauen. Um dies faktisch zu ermöglichen, müssen systematisch Daten über die Lebenswirklichkeit der älteren Menschen erhoben werden – wir wissen einfach zu wenig über den konkreten Lebensalltag älterer Menschen. Es wäre freilich unsinnig, hier weiter abzuwarten: Wir können die Expertise von älteren Frauen schon heute anerkennen und darauf basierend Selbstbestimmung und Weiterbildung älterer Frauen fördern. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass ältere Frauen oftmals von häuslicher Gewalt betroffen sind, ohne dass ihnen *de facto* die Möglichkeit offensteht, derartigen Verhältnissen zu entkommen – hier müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, wobei auch die spezifischen Risiken älterer Frauen (z.B. Haushaltsunfälle, Straßenverkehr etc.) zu berücksichtigen sind.

Der kostenlose und ortsnahe Zugang zu medizinischen Einrichtungen ist ein gesondertes Thema von größter Bedeutung; die Pflegemöglichkeiten inklusive der Palliativpflege müssen energisch ausgebaut werden. Last but not least: Ältere Frauen sind mehr als bisher in die Frauenrechtliche und feministische Diskussion miteinzubeziehen. Es geht um die Ausformulierung der normativen Schutz- und Leistungsansprüche von älteren Menschen, es geht aber auch um ein geändertes Verhalten. Alles, was es an Verletzlichkeit männlicher älterer Menschen gibt, das gibt es spiegelgleich und in noch höherem Ausmaß für ältere Frauen. Wir sollten hier ohne Illusion Ansprüche formulieren und Forderungen vertreten, die die skizzierten Mängel und Missstände beseitigen helfen – und natürlich insbesondere für ein gutes Leben für alle Älteren eintreten.

Menschenrechten, Bürgerrechten, Grundrechten, verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten – oder wie immer man die Sache nennt – eignet kein Me-

chanismus ihrer Selbstverwirklichung. Die Sache steht immer erst nur auf Papier, das bekanntlich geduldig ist, und ihre Legalität ist keine hinreichende Bedingung für ihre Realität. Die Verletzung all dieser Rechte sind nicht durch ihr Unbekanntsein verursacht, sondern durch die als Staatsräson der Gewalthabenden ausgegebene Interessenstruktur der wirklichen Machthaber. Diese aufzudecken und begreiflich zu machen, dass es der Gehorsam der Gehorchen ist, der den Machthabern ihre Machtausübung ermöglicht, dürfte der wichtigste Beitrag für eine den Erfordernissen der Gegenwart gemäße Menschen- und Grund-

rechtspolitik sein. Hieran muss gearbeitet werden. Hermann Klenner, der große Philosophiehistoriker, der demnächst seinen 100. Geburtstag feiern wird, hat es uns unmissverständlich auf den Weg gegeben: „Die Befreiung des Individuums ist nun einmal ohne individuelle Freiheiten nicht zu haben. Deren juristischer Ausdruck sind nichts anderes als die subjektiven Rechte der Individuen. Ohne deren Existenz wäre das Recht bloß noch Instrument der Macht, nicht aber auch deren Maß, und weder von einem Selbstbestimmungsrecht des Volkes könnte gesprochen werden noch von dem der einzelnen Menschen.“

„Weg und Ziel“ (1946–2000) digitalisiert

Von 1946 bis 2000 verfügte die KPÖ mit *Weg und Ziel* über eine Theoriezeitschrift, deren Jahrgänge auf der KPÖ-Website nunmehr digitalisiert zugänglich gemacht werden. Eine von der KPÖ herausgegebene Zeitschrift mit dem Titel *Weg und Ziel* gab es bereits in den Jahren der Illegalität. Während der erste Jahrgang 1935/36 aus Tarnbroschüren bestand, erschien die Zeitschrift von August 1936 bis September 1938 im Prager Exil. Dünndruckhefte dieser „legalen“ Ausgabe, die in unregelmäßigen Intervallen erschien, wurden in Österreich in hoher Auflage illegal verbreitet. In den Jahren 1940 bis 1942 gab es in Österreich produzierte illegale Flugschriften mit dem Titel *Weg und Ziel*, die nicht als direkte Fortsetzung des Theorieorgans angesehen werden können.

Von Jänner 1946 bis Dezember 1991 erschien *Weg und Ziel* monatlich. Chefredakteur der „Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus“ war bis 1969 Franz Marek. Neben der marxistischen Diskussion bestand die wesentliche Funktion von *Weg und Ziel* darin, die ParteifunktionärInnen mit politisch-ideologischen Orientierungen vertraut zu machen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des sprunghaften Wachstums der Partei. Nach zwölf Jahren in der Illegalität gehörten der KPÖ nach der Befreiung Österreichs mehr als 150.000 Mitglieder an, denen es vor 1945 mehrheitlich nicht möglich gewesen war, sich ein marxistisches Wissen anzueignen.

Inhaltliche Schwerpunkte von *Weg und Ziel* waren Fragen der marxistischen Theorie, innenpolitische und weltpolitische Themen, wirtschafts- und sozialpolitische Analysen, Geschichte der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung usw. Abgedruckt wurden stets auch Beiträge aus der internationalen marxistischen Diskussion. In den 1960er Jahren leitete die KPÖ eine ideologische Neuorientierung ein, in deren Zuge die Zeitschrift „offener“ wurde. 1970, nach den krisenhaften Jahren 1968/69, wurde Erwin Scharf Chefredakteur. Der Untertitel der Zeitschrift lautete fortan „Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus“. Die 1970er und 1980er Jahre waren eine Periode der Professionalisierung, in der AutorInnen aus dem Umfeld der KPÖ fundierte Analysen von Entwicklungen in ihren jeweiligen Politikfeldern lieferten.

Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus war Ernst Wimmer Chefredakteur von *Weg und Ziel*. Von 1992 bis zur Einstellung im Jahr 2000 leitete Julius Mende die Redaktion. *Weg und Ziel* erschien nun fünf Mal im Jahr mit Schwerpunkttheften. Sowohl der AutorInnenkreis als auch die Ausstrahlungskraft der Theoriezeitschrift gingen nun weit über die KPÖ hinaus. Aufgrund notwendiger Einsparungen im Zuge des gegen die KPÖ gerichteten Treuhandprozesses musste die traditionsreiche Zeitschrift Anfang 2000 eingestellt werden. M.M.

www.kpoe.at/weg-und-ziel-1946-2000-das-digitalisierte-theorieorgan

Der Rosa-Hofmann-Wanderpreis

Eine Salzburger Widerstandskämpferin als Identifikationsfigur des Londoner Exils

CHRISTIAN KASERER

Als die Widerstandskämpferin Rosa Hofmann am 9. März 1943 in Berlin-Plötzensee 23-jährig hingerichtet wurde, endete ein kurzes, indes ereignisreiches Leben. Geboren wurde Hofmann am 27. Mai 1919 in Wilhering bei Linz als drittes von vier Kindern des Ehepaars Cäcilie und Josef Hofmann. Seit 1920 lebte die Familie in der damals noch eigenständigen Gemeinde Maxglan, die seit 1935 zu Salzburg gehört. Ihr Vater Josef, Fassbinder bei der Stiegl-Brauerei und Kriegsinvalider, war ein engagierter Sozialdemokrat, der nicht nur in der Partei selbst, sondern auch in der Gewerkschaft sowie im Republikanischen Schutzbund aktiv war. Josef Hofmann wurde am 7. Februar 1932 aufgrund der kriselnden Wirtschaftslage gekündigt und beging an seinem Arbeitsplatz Suizid. Die Familie – Rosa, Mutter Cäcilie, Schwester Therese und die beiden Brüder Josef und Anton – waren damit finanziell auf sich allein gestellt. Während die Mutter Hilfsarbeiten verrichtete, erlernten die Kinder Berufe; Rosa wurde Näherin.

In der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung sozialisiert, pflegten Rosa und ihre Geschwister nach dem Verbot der Sozialdemokratie unter dem Austrofaschismus 1934 zunächst Kontakt zu den illegalen Revolutionären Sozialisten Österreichs. Allerdings war es der Kommunistische Jugendverband, aus dem die antifaschistische „Gruppe Soldatenrat“ entstand, deren Salzburger Abgeleger sich auch Rosa Hofmann anschloss. Gegründet wurde diese Gruppe 1939 als Reaktion auf den Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen. Sie wurde – in Anlehnung an den Titel eines von ihr verbreiteten Druckwerks¹ – von der Gestapo als „Gruppe Soldatenrat“ bezeichnet. Ziel der Gruppe war es, möglichst viele deutsche und österreichische Soldaten von der Sinnlosigkeit des Krieges zu überzeugen und sie zur Niederlegung ihrer Waffen zu bringen. Auch Sabotageakte wurden von der Gruppe geplant.

Als nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 mehrfach Mitglieder der Gruppe zur Wehrmacht einberufen wurden, füllte Rosa Hofmann die entstandenen personellen Lücken und rückte in der internen Hierarchie

nach. Sie wurde Leiterin in Salzburg und intensivierte ihre Kontakte nach Linz und Wien. Mit den anderen Mitgliedern verbreitete sie selbstverfasste und vervielfältigte Flugschriften gegen das NS-Regime. Die Blätter hinterlegte sie heimlich an Orten, die vermehrt von Soldaten besucht werden, wie beispielsweise Bahnhöfe oder Züge der Deutschen Reichsbahn. Im Frühjahr 1942 deckten Spitzel der Gestapo das überregionale Netzwerk der „Gruppe Soldatenrat“ auf, und am 17. April 1942 wurde auch Rosa Hofmann verhaftet.

Zunächst in Salzburg inhaftiert, wurde Hofmann nach Berlin gebracht und dort unter Folter verhört. Vor dem Volksgerichtshof wurde sie aufgrund „Zersetzung der Wehrkraft des deutschen Volkes in Verbindung mit landesverräterischer Begünstigung des Feindes und Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt. Am 15. Dezember 1942 wurde sie zum Tode verurteilt. Ein Gnadengesuch der Mutter vom 26. Jänner 1943, die Todesstrafe in eine Haftstrafe umzuwandeln, wurde am 22. Februar abgelehnt. Das Urteil wurde am 9. März 1943 in Berlin-Plötzensee vollstreckt.

Rezeptionswege in London

Zwar nutzte das Nazi-Regime in zahlreichen Fällen öffentlich verbreitete Bekanntmachungen vollstreckter Todesurteile – etwa in Zeitungen oder auf Litteraßen – aufgrund des intimidierenden Charakters bewusst zur Abschreckung, doch stehen öffentliche Zurschaustellung und Geheimhaltung je nach politischem Zweck nebeneinander. Rosa Hofmanns Ermordung etwa wurde ostentativ durch solche Anschläge bekanntgegeben² und den ins Ausland geflohenen GenossInnen über konspirative Netzwerke verhältnismäßig schnell bekannt. Bereits am 3. April 1943 berichtete der *Zeitspiegel*, das Periodikum der britischen Exilvereinigung *Austrian Centre*, von der Ermordung Hofmanns und weiterer WiderstandskämpferInnen in einer Randspalte.

Einen Monat später, am 8. Mai 1943, berichtete der *Zeitspiegel*, dass die Leitung von *Young Austria* einen „Rosa Hoffmann-Wanderpreis“ gestiftet habe: „Es ist eine rot-weiß-rote Sturmfahne,

die den Namen Rosa Hoffmann trägt und ein Gedenkbuch mit österreichischen Photos etc. Der Preis kann jeden dritten Monat gewonnen werden und jede Gruppe kann in den Kampf treten, auch diejenige, die ihn schon einmal gewonnen hat. Hat eine neue Gruppe den Preis gewonnen, so muss die, die sie im Besitz hatte, sie abgeben. Hat eine Gruppe den Preis zum zweiten Mal gewonnen, so kann sie ihn behalten. Der Wettbewerb ist nicht auf ein Gebiet beschränkt, sondern geht um die beste Leistung einer Gruppe, sei es in der Sammeltätigkeit, auf dem Gebiete der Kulturarbeit oder auf mehreren Gebieten zugleich. Aber letzten Endes werden Sturmfaßne und Gedenkbuch in Österreich landen. Junges Österreich aus Großbritannien wird sie, in die Heimat zurückgekehrt, der Salzburger Jugend übergeben.“³

Young Austria war die Jugendgruppe des *Austrian Centre* bzw. des danach entstandenen *Free Austrian Movement* (FAM), einer überparteilichen, indes von KommunistInnen dominierten Vereinigung österreichischer ExilantInnen in Großbritannien. Für das *Young Austria* sind 25 Ortsgruppen bezeugt. Die Aktivitäten umfassten Kulturbabende, Verlagsaktivitäten, Ausflüge, Einsätze in der Kriegsindustrie sowie in der britischen Armee, Chor- und Spielgruppen, Öffentlichkeitsarbeit im britischen Rundfunk sowie Ausstellungen und finanzielle Unterstützung von in Not geratenen Geflüchteten.⁴ Neben dem Anliegen, den Geflüchteten ein Stück Heimat im Exil zu erhalten, waren Netzwerkaktivitäten innerhalb der Exilgemeinschaft als auch der britischen Politik und Öffentlichkeit Ziele dieser politischen Organisationen.

Das Gedenken an Rosa Hofmann gewann mit der Ausrufung des „Rosa-Hoffmann-Wanderpreises“ im Mai 1943 eine neue Qualität. Sie wurde damit zur identitätsstiftenden Figur: Ihr Name diente nicht allein dem Gedenken, sondern auch der Mobilisierung. Am 15. Mai 1943 berichtete die Zeitschrift des *Young Austria* von der Ausrufung des Preises. „Folgende Punkte werden bei der Wertung berücksichtigt werden: Solidaritätsaktionen für die internierten Österreicher, Werbung, Abrechnung, Zeitungsvertrieb, Heimabende, englische Arbeit,

Betriebsarbeit, besondere Gruppenaktivitäten.“⁵ Mit dem Preis wurde also darauf raffiniert, die Aktivitäten der einzelnen Gruppen durch Konkurrenz untereinander zu erhöhen.

Am 19. August 1943 verlieh das Sekretariat des *Young Austria* den ersten „Rosa-Hoffmann-Wanderpreis“.⁶ Die zweite Verleihung des Preises im Dezember 1943 ging an die „Londoner Chorgruppe“. In der Begründung zur Entscheidung heißt es: „Der Chor hat uns in der letzten Zeit bei allen Veranstaltungen Ehre eingeheimst. [...] Die Chorgruppe hat in den letzten Monaten meist gute Heimabende gehabt [...]. Alle Burschen haben sich zur englischen Armee gemeldet. Auch die englische Arbeit des Chors war gut, eine Schwäche war die Vernachlässigung kleiner Veranstaltungen. Der Zeitung- und Literaturvertrieb hat sich erst in der letzten Zeit verbessert.“⁷

Die Intention solcher Beiträge und des Preises geht aus dem Text hervor: Die Gruppen des *Young Austria* sollten angelebt werden, mehr für die Organisation zu leisten und so den Preis erhalten. Ebenfalls 1943 erschien mit der illustrierten Broschüre „They fight in the dark. The story of Austria's youth“ eine kurze, von Erich Fried in englischer Sprache abgefasste Geschichte einer fiktiven Wiener Widerstandsgruppe. Der Text schildert nicht nur deren kommunistische Ideale, sondern auch Leid und Elend der österreichischen Bevölkerung unter dem NS-Regime. Gewidmet wurde die Broschüre dem Andenken Rosa Hoffmanns, die auch hier – wie in sämtlichen Londoner Texten während des Krieges – konsequent falsch Hoffmann geschrieben wurde. Wie auch beim Wanderpreis diente das Andenken an Hoffmann der Identifikation der Jugend mit ihr. Im Londoner Exil eignete man sich das Bild Rosa Hoffmanns weniger als individuelle Biografie an, denn als Figur eines idealisierten antifaschistischen Selbstbildes: jung, weiblich, politisch zuverlässig und aufopferungsbereit.

Die Verleihung des dritten Wanderpreises im April 1944 stand ganz im Zeichen der „Märzkampagne“ des *Young Austria*. „Jede Gruppe muss versuchen, mehr Sprecher in englische Organisationen zu schicken und mehr Artikel über Österreich in die lokalen Zeitungen und Zeitschriften zu bringen. Im Betrieb wollen wir besonders pünktlich sein und mit unseren Kollegen über Weltjugendwoche sprechen. [...] Die Londoner Organisation hat sich außerdem vorgenommen, dass bis Ende März alle ihre Mitglieder in

den englischen Gewerkschaften organisiert sein sollen. [...] Die Chor- und Spielgruppe plant ‚Lunch Hour Concerts‘ in Fabriken, in denen Sonntags gearbeitet wird.“⁸ Die „Märzkampagne“ stellte eine quantitative Intensivierung der bisherigen Arbeit zur Zeit der Weltjugendwoche dar und den Ansporn zur Steigerung bisheriger Leistungen sollte der dritte Wanderpreis sein. Verliehen wurde dieser im April 1944 an die „Birmingham-Gruppe“. Begründet wurde dies in der Zeitschrift des *Young Austria* damit, dass diese Gruppe zwar einen nicht unwesentlichen Teil ihres Führungspersonals – wie erwünscht – an die britische Armee verloren hatte, sie es nichtsdestoweniger vermochte, ihre Leistungen zu steigern. Besonders hervorgehoben wurde, dass es im Rahmen der Weltjugendwoche gelungen war, in Birmingham ein breites Komitee aufzustellen, das aus Kirchen-, Labour-Party- und anderen britischen Gruppen als auch Exilorganisationen bestand und somit breit aufgestellt war.⁹

Um die Motivation im *Young Austria* zu erhöhen, wurden auch nachgereichte Gruppen genannt und ihnen gute Chancen eingeräumt, die nächsten Preisträger zu sein. Den vierten Preis gewann die „Gruppe Cheltenham“, einer Stadt westlich von London, zwischen Birmingham und Bristol gelegen. In einem mehrseitigen Text wurden am 1. August 1944 in der Zeitschrift des *Young Austria* die Bemühungen der Gruppe detailliert nachgezeichnet. Es wurde dabei das Bild von einem nachhaltigen Aufbauwerk einer ehemals kleinen Organisation vermittelt, deren Schwerpunkte nebst üblicher Gruppenaktivitäten auf Kooperation mit der britischen Bevölkerung und außerdem auf intensiven finanziellen Sammelaktivitäten beruhten.

Erstmals bezeugt ist für den August 1944 auch das Bestehen einer eigenen „Rosa-Hoffmann-Gruppe“ innerhalb des *Young Austria*. Diese habe, so heißt es, als einzige Londoner Gruppe Schaden genommen durch die „fliegenden Bomben“ der Deutschen. „Fliegende Bomben“ bezeichnete im Sommer 1944 die V1-Marschflugkörper, die ab Juni 1944 auf London abgefeuert wurden; erst ab September 1944 folgten die heute bekannten V2-Raketen. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Gruppe nicht nur die jüngste Gruppe hinsichtlich ihres Bestehens war, sondern auch auf das Alter ihrer Mitglieder bezogen. Diesen wären „alle im Alter von neun bis vierzehn Jahren“.¹⁰ Der Angriff habe, zwei Personen ausgenommen, die Mitglieder in alle



Rosa Hoffmann (1919–1943)

Teile Großbritanniens zerstreut, die Gruppe jedoch solle fortbestehen. Eine Hoffnung, die sich nicht erfüllt haben dürfte, ist doch für den Dezember 1944 die Umbenennung der Londoner Stadtteil-Gruppe „Primrose-Hill“ in „Rosa-Hoffmann-Gruppe“ bezeugt.¹¹

Im September 1944 wurde der „Rosa-Hoffmann-Fonds“ gegründet. Während andere Fonds etwa dazu dienten, Spenden für Soldaten zu sammeln, diente der nach der Widerstandskämpferin benannte Fonds primär dazu, Geld für breitwirksame Aktionen des *Young Austria* zu sammeln. „Zur Sicherstellung unserer Arbeit haben wir uns das Ziel von 300 Pfund gestellt. Schon jetzt haben unsere Funktionäre und Mitglieder vorbildliche Arbeit geleistet. Die Mitglieder des Landesleitung von ‚Young Austria‘ haben sich bereit erklärt, je einen Tageslohn zu spenden. Der beste Sammler wird im ‚Ehrenbuch des Rosa-Hoffmann-Wanderpreises‘ genannt.“¹² In mehreren Texten der Zeitung des *Young Austria* werden Wege aufgezeigt, den Fonds zu unterstützen, etwa durch das Abgeben von Tageslöhnen, durch Spendenaktionen, Bücherverkäufe und so fort. Auffällig ist, wie nahezu tagesaktuell in Randspalten über von Gruppen eingelangte Summen berichtet wird. Wie auch beim „Rosa-Hoffmann-Preis“ wird auf freundschaftliche Konkurrenz gesetzt, um die gesteckten Ziele erreichen zu können.¹³

Im Dezember 1944 wurde bekannt gegeben, dass die Gruppe aus „Primrose-Hill“ den Spendenwettbewerb und damit auch den „Rosa-Hoffmann-Wanderpreis“ gewinnt. Ihre Umbenennung in „Rosa-Hoffmann-Gruppe“ ist in diesem Zusammenhang zu betrachten.¹⁴ Damit ist die letzte Verleihung des Preises bezeugt.



Präsidium mit Fahnen am 1. FÖJ-Kongress im Juni 1946

Aufgrund des zu erwartenden baldigen Kriegsendes wurde bei einer Landeskongferenz des Young Austria im Dezember beschlossen, dass die „Rosa-Hoffmann-Gruppe“ den ihr verliehenen Preis bis zur Rückkehr nach Österreich zu behalten und dort den GenossInnen aus Salzburg zu übergeben habe.¹⁵ Anfang 1945 beging die Gruppe ihren letzten Heimabend und begann mit den Vorbereitungen für die Rückkehr nach Österreich.¹⁶

Zurück in Österreich

Nach Kriegsende bestand das *Young Austria*, wenn auch aufgrund der stetigen Rückkehr der Geflohenen sukzessive schrumpfend, bis 1947 weiter. Im Mai 1945 berichtete die Zeitschrift des *Young Austria* über Salzburg und brachte mit der Stadt zwei klingende Namen in Verbindung: „Mozart und Rosa Hofmann“.¹⁷ Die Stoßrichtung ist klar – der antifaschistische Widerstand habe seinen Platz in der kollektiven Erinnerung gleich neben der Hochkultur zu finden. Auffällig ist auch die erstmalige korrekte Schreibweise ihres Namens. Am 14. Juli 1945 berichtete ein knapp gehaltener Artikel des Rückkehrers Hans H. von einem Besuch bei Rosa Hofmanns Mutter. Rosas an sie gerichteter Abschiedsbrief wurde am 15. Dezember 1945 in Auszügen abgedruckt.¹⁸ Schwerpunkt dieser Beiträge war der kämpferische Widerstand Rosa Hofmanns.

Die Spur des zum Wanderpreis gehörenden Gedenkbuchs verliert sich mit Kriegsende. Die Fahne des „Rosa-Hoffmann-Wanderpreises“ wiederum wurde am ersten Bundeskongress der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) übergeben. Dem am 21. Juni 1946 im Scala-Theater eröffneten Bundeskongress wohnten tausende junge Menschen bei. In *Jugend voran*, der Zeitschrift der

FÖJ, heißt es zur Übergabe: „Die Rosa-Hoffmann-Fahne wurde von den jungen Österreichern in England zu Ehren der jungen Freiheitsheldin aus Salzburg, die dem Henkerbeil der Gestapo zum Opfer fiel, gestiftet.“¹⁹ An diesem Tag wurden im Rahmen des FÖJ-Kongresses knapp ein Dutzend Fahnen übergeben. Manche stammten noch aus der Ersten Republik und waren versteckt worden, andere entstanden im Exil.

Damit verliert sich auch die Spur dieser Fahne, das Gedenken an Rosa Hofmann wurde jedoch in Österreich weitergeführt. Bezeugt ist etwa eine nach ihr benannte Funktionärsschule der FÖJ.²⁰ In Salzburg wurde 1947 auch das erste Heim der *Kinderfreunde*, also eines SPÖ-nahen Vereins, nach ihr benannt. Überdies weisen eine Straße und das dort befindliche Wohnprojekt „Rosa Zukunft“ die Widerstandskämpferin als Namenspatronin auf. In der Moserstraße 10 in Salzburg, der ehemaligen Wohnadresse Rosa Hofmanns, erinnert ein Stolperstein an sie. Außerdem wurde 2016 ein bis dahin öffentlich nicht mehr zugängliches Denkmal für sie in den Stölzlpark im Salzburger Stadtteil Maxglan gebracht und dort zum Mahnmal für Frauen im Widerstand erweitert.

Die Geschichte des „Rosa-Hoffmann-Wanderpreises“ zeigt, dass Rosa Hofmann im Londoner Exil weniger als individuelle historische Person erinnert wurde, sondern in erster Linie als Projektionsfigur eines antifaschistischen (Jugend-)Narrativs. Die Auswahl gerade ihres Namens war kein Zufall: Jugend, Weiblichkeit, politische Zuverlässigkeit und Opferstatus verbanden sich zu einem Ideal, das sich zur emotionalen wie disziplinierenden Mobilisierung eignete. Die symbolische Aufladung diente damit nicht allein der Erinnerung, sondern der politischen Selbstformierung einer Exilgemeinschaft, die sich auch über Aktivität, Einsatz und Leistungsbereitschaft definierte. In diesem Sinn war Hofmann im Exil nicht bloß Märtyrerin, sondern Ressource politischer Organisierung. Nach 1945 wandelte sich die Funktion ihres Gedenkens.

Die Überführung der Fahne und die Benennung von Einrichtungen nach ihr

in Österreich überführten die Symbolfigur in ein neues gesellschaftliches Umfeld, in dem nicht mehr Mobilisierung im Vordergrund stand. Während das Exil-Gedenken auf Aktivierung zielte, richte sich die österreichische Nachkriegsrezeption auf eine Erinnerungskultur, in der Rosa Hofmann auch von Seiten der Sozialdemokratie zur Kämpferin für den Sozialismus gerahmt werden konnte.²¹ Zugleich ging mit dieser Transformation ein Verlust einher: Die komplexe Biografie Rosa Hofmanns und die instrumentelle Funktion ihres Andenkens im Exil traten hinter die repräsentative Figur einer „Freiheitsheldin“ zurück. Die Geschichte des Rosa-Hofmann-Wanderpreises markiert damit nicht nur ein Kapitel österreichischer Exil- und Widerstandsgeschichte, sondern zeigt exemplarisch, wie individuelle Biografien in politische Symbolsysteme überführt, funktionalisiert und schließlich partiell rekodiert werden.

Anmerkungen:

- 1/ Auch Rosa Hofmann erwähnte im Gestapo-Verhör die Verbreitung einer Druckschrift mit dem Namen „Soldatenrat“ (Bundesarchiv Berlin, R3017/25280).
- 2/ Vgl. dazu das Quellenmaterial auf: www.gedenkstaette-ploetzensee.de/totenbuch/recherche/person/hofmann-rosa [30.11.2025].
- 3/ *Zeitspiegel*, 8.5.1943.
- 4/ Sonja Frank: *Young Austria. ÖsterreicherInnen im britischen Exil 1938-1947*. Wien 2014, S. 29.
- 5/ *Young Austria*, 15.5.1943.
- 6/ *Young Austria*, 28.8.1943.
- 7/ *Young Austria*, 18.12.1943.
- 8/ Vgl. *Young Austria*, 26.2.1944.
- 9/ Vgl. *Young Austria*, 8.4.1944.
- 10/ *Young Austria*, 12.8.1944.
- 11/ Vgl. *Young Austria*, 16.12.1944.
- 12/ *Young Austria*, 23.9.1944.
- 13/ Vgl. *Young Austria*, 7.10.1944, 21.10.1944.
- 14/ Vgl. *Young Austria*, 16.12.1944.
- 15/ Vgl. ebd.
- 16/ Vgl. *Young Austria*, 10.2.1945.
- 17/ *Young Austria*, 19.5.1945.
- 18/ In der Transkription des Briefes im *Young Austria* wird Rosas Spitzname „Ratzi“ fälschlich als „Ratzl“ wiedergegeben. Das Original wird im Bundesarchiv Berlin aufbewahrt (R3017/25282). Ob es sich bei der Variante, die Rosas Mutter vorlag, um eine gekürzte Abschrift handelt, ist unklar.
- 19/ *Jugend voran*, 30.6.1946, S. 5.
- 20/ Vgl. *Young Austria*, 6.7.1946.
- 21/ Das Denkmal trägt die Inschrift: „Rosa Hofmann, gefallen für den Sozialismus am 9.3.1943 in Berlin durch Henkershand. Für die Freiheit gabst Du Dein Leben. Dein Vorbild wollen wir erstreben.“

Österreichisches Elend am Beispiel der „Kulturhauptstadt“ Bad Ischl

KARL WIMMLER

Es handelt sich um ein nicht gerade seltes Phänomen, wenn die Umsetzung guter Ideen im Lauf der Zeit schleichend zu einem Ergebnis führt, das nicht beabsichtigt war. Auf Vorschlag der Griechischen Sozialistin Melina Mercouri beschloss die Europäische Gemeinschaft (EG, heute Europäische Union) 1985, jährlich eine „Kulturstadt Europas“ zu benennen. Mit der finanziellen Förderung durch die EG sollten besondere kulturelle Angebote der Stadt, der Region oder des betreffenden Landes zugänglich gemacht werden. Melina Mercouri war damals nicht nur Kulturministerin Griechenlands, sondern eine weltbekannte Schauspielerin, berühmt auch deshalb, weil sie der Militärdiktatur ihrer Heimat in den Jahren 1967 bis 1974 die Stirn geboten hatte.

Mit Beschluss des Europäischen Parlaments vom 16. April 2014 wurde die Zielsetzung dieser Kulturhauptstadtbenennungen „nuanciert“ geändert und „die Bedingungen überarbeitet“. Nun ging es neben Impulsen für die Regionen vor allem darum, „die kulturelle Vernetzung in Europa zu stärken“ und „den Reichtum, die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in Europa herauszustellen“. Zugespitzt formuliert: Nun stand die sich „Europa“ nennende Europäische Union im Vordergrund.

Staatstragende Kulturförderung

Die Präsentation und Förderung von „Kultur“ hat nicht nur in Österreich, hier aber unübersehbar, häufig einen touristischen Beigeschmack. Die staatliche Kunst- und Kulturförderung (von Bund, Ländern und Gemeinden) ist häufig verbunden mit Tourismusförderung. Sie funktioniert in der Regel staatstragend und „erbaulich“. Bisweilen dient sie auch dazu, die Auseinandersetzungen über zeitgeschichtlich heikle oder jahrzehntelang unter den Tisch gekehrte Themen durch „Kunst“ an die Oberfläche zu befördern und damit zugleich zu erledigen. In der Regel sind Pathos, Andacht und Deklamation gefragt.

Auf dem Baugerüst des Postgebäudes der Europäischen Kulturhauptstadt des Jahres 2024 Bad Ischl war die Aufschrift einer Künstlerin zu lesen: „Solong ois bleibt, weils oiwei scho so woa, bin i

Feministin“ (wobei andere Kreative „Feministin“ durch „oppositionell“, „dagegen“, „Kommunist/in“ oder ähnliches hätten ergänzen können, es aber nicht taten). Dann gehörte zum Programm des Kulturhauptstadtjahres, dass die Salzkammergut-Gemeinde Unterach „ihre Geschichte neu schreibt“ – und alle konnten mitschreiben und alles auf einen öffentlichen Computer laden. Ob die nun geschriebenen Geschichten neu, banal oder Unfug waren oder sich das Haus der Geschichte in Wien zwecks Präsentation der Ergebnisse schon gemeldet hat, ist unbekannt. Und weil der Operettenkomponist Franz Lehár in Bad Ischl eine Villa sein Eigen nannte, gab es auch eine „Musikmaschine“ im Lehár-Theater. Allerhand!

Auf die Idee, einen (oberösterreichischen) Schriftsteller oder eine Komponistin zu beauftragen, Lehárs Verrat an seinem Librettisten, dem Schriftsteller und Schlagertexter Fritz Löhner-Beda zu thematisieren und auf die Bühne zu bringen, kam niemand. Wohl auch, weil damit die verklärende Idylle der Lehár-Villa angepasst worden wäre, weil endlich versucht worden wäre, Lehárs fehlendes Bemühen, sich für seinen Freund einzusetzen, der nach Buchenwald deportiert und in Auschwitz erschlagen wurde, ins Bewusstsein eines Publikums zu rufen, das häufig Kultur mit Unkultur verwechselt. Die in Österreich beliebte Stilisierung der Kunst und Kultur als Mittel und Zeichen der geistigen Freiheit gerät so häufig in einen verhängnisvollen Sog, der im wirklichen Leben die Hoffnung auf Befreiung austrocknen lässt – sodass „ois bleibt, weils oiwei scho so woa“. So konnte beim Lehár-Festival 2025 in Bad Ischl eine ganz „kritische“ und „kreative“ Aufführung der Operette von Jacques Offenbach „Orpheus in der Unterwelt“ gegeben werden, mit einer „Influencerin“ mit Smartphone im Mittelpunkt und Can-can-tanzenden nicht nur Frauen, sondern auch Männern, womit Bad Ischl vom LGBTQ-Trend zumindest gestreift wurde. Ungeheuer kritisch und aufregend!

Resi Pesendorfer

„Vergessen wir nie, was sich damals in Österreich und anderswo abgespielt hat“, lautete ein Posting, nachdem die Schriftstellerin Sabine Scholl in der Tageszei-

tung *Der Standard* im Jahr 2025 über ihren Besuch in der Kulturhauptstadt des Vorjahrs geschrieben hatte.¹ Woran genau die Posterin zu erinnern aufforderte, führte sie jedoch nicht aus. Scholl hatte versucht, die Schönheit des Ortes und der Region mit manchen Grauslichkeiten der Vergangenheit zu kontrastieren. Diese wählte sie allerdings knapp und oberflächlich, wie etwa das Grab des bis 1938 viel gelesenen österreichischen Schriftstellers Leo Perutz, der die NS-Zeit schreibunfähig recht und schlecht in Jerusalem überlebt hatte und Anfang der 1950er Jahre wieder nach Österreich zurückgekehrt war. Scholl erwähnte auch den fleißigen „Ariseur“ Wilhelm Haenel samt unbehelligter Nachkriegskarriere. Sie ging in den Kurpark, wo sie sich „vor dem frisch errichteten Schild mit dem Namen der Widerstandskämpferin Resi Pesendorfer“ verbeugte, und folgte weiter dem empfohlenen Kulturpfad.

„Vergessen wir nie“ hätte jedoch zur Voraussetzung, nicht nur an die „Ariseure“ und daran zu erinnern, dass sie nach dem Krieg weitgehend unbehelligt blieben, sondern wer genau die Widerständigen gegen den Nationalsozialismus waren und wie mit ihnen nach 1945 umgegangen wurde. Andernfalls erweist sich das „Erinnern“ eher als Alibi. Nach der Widerstandskämpferin Resi Pesendorfer wurde in Bad Ischl zwar ein Platz benannt, ihre Einbettung in das Widerstandsnetz der KPÖ wird aber tunlichst unter den Tisch gekehrt. Ebensowenig wird thematisiert, dass sie jahrzehntelang als Aussätzige behandelt wurde, die „Vaterlandsverräte“ unterstützt hätte. Erstmalss einer noch immer begrenzten Öffentlichkeit wurde Resi Pesendorfer erst drei Jahrzehnte nach Ende des NS-Regimes bekannt, als die Filmemacherin Ruth Beckermann einen kurzen Dokumentarfilm über den Widerstand im Salzkammergut drehte, bei dem sie auch die damals bereits 83-Jährige interviewte.

Sepp Plieseis

Frühere Gelegenheiten hatte es zuhauf gegeben, interessierten aber die KonformistInnen nicht. Ich bilde mir nichts darauf ein, ihren Namen bereits Mitte der 1970er Jahre erstmals gehört zu haben. Denn schon zwei Jahrzehnte davor hätte



Resi Pesendorfer, Sepp Plieseis

sie im Schulunterricht zum Thema Zeitgeschichte Erwähnung finden müssen. Ich studierte damals an der Grazer Universität und betätigte mich bei verschiedenen Aktionen einer linksradikalen Organisation. Karl Rüstl, der eine Generation älter war, interessierte sich für diesen Aktionismus unter anderem deshalb, weil seine Tochter in Paris nicht nur studierte, sondern ebenfalls als radikale Linke agierte. Er meinte, ihre Organisation sei maoistisch, was auch über meine behauptet wurde. Aber diese Punze sagt wenig, denn „maoistisch“ war in jedem Land etwas ziemlich anderes. Gemeinsam war diesen Vereinigungen lediglich die Distanz, manchmal auch Feindseligkeit zu den traditionellen kommunistischen Parteien und zur Sowjetunion beziehungsweise dem „Ostblock“.

„Vom Ebro zum Dachstein“ hieß das Buch, auf das mich Rüstl aufmerksam machte. Dessen Autor Sepp Plieseis stammte aus Bad Ischl und hatte wie Rüstl im Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Republik in den Internationalen Brigaden gegen die faschistischen Putschisten gekämpft. Nach der Niederlage der Republik landeten beide in französischen Lagern, von wo sie schließlich ins KZ Dachau transportiert wurden. Während Rüstl erst 1945 aus dem Dachau-Außenlager Blaichach befreit wurde, gelang Plieseis mithilfe der Halleiner Widerstandskämpferin Agnes Primocic 1943 aus einem KZ-Außenlager die Flucht, wobei auch Resi Pesendorfer als Organisatorin von Verstecken und Verpflegung beteiligt war. Plieseis wurde danach ein führender Kopf des antifaschistischen Widerstands im Salzkammergut. Er war an der Rettung der von den Nazis europaweit geraubten in den Bergwerksstollen eingelagerten Kunstschatze und an der Verhaftung führender Nationalsozialisten beteiligt.

Ich hatte mich damals als kaum mehr als 20-Jähriger naiv, spontan und ohne viel Wissen nach der Lektüre des Buches und einer telefonischen Terminvereinbarung in den Zug gesetzt, um die Witwe des 1966 gestorbenen Sepp Plieseis in

Bad Ischl aufzusuchen. Maria Plieseis empfing mich interessiert, aber auch misstrauisch. „Wer schickt Sie?“, war eine ihrer ersten Fragen. Es war ungünstig, dass ich weder auf einen Auftrag des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes noch eine Empfehlung der KPÖ für das Gespräch verweisen konnte. Ihre vorsichtige oder distanzierte Haltung hing mit den vielen schlechten Erfahrungen zusammen, die sie und ihresgleichen in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft gemacht hatten. Zwar ist das steirisch-oberösterreichisch-salzburgische Salzkammergut generell von Widerspenstigkeit und Eigensinn geprägt, aber auch die Nazis waren hier immer stark verwurzelt, so dass noch Jahrzehnte nach 1945 ein ehemaliger SS-Obersturmbannführer wie der Eichmann-Freund Wilhelm Höttl in Bad Aussee eine Privatschule führen konnte. Letztlich nahm ich von diesem Gespräch nur den Eindruck von einer starken prinzipientreuen Frau und die Erinnerung an diese zwiespältige Haltung mit. Und den Vorsatz, mich besser mit der Thematik vertraut zu machen.

Ignoranz und Geschichtsvergessenheit

„Lebenskampf eines österreichischen Arbeiters“ lautete der Untertitel des Buches. Für heutige Erinnerungswillige klingt dies nicht sehr reizvoll. Dabei waren fast alle militärischen Widerständigen im Salzkammergut Arbeiter und Arbeiterinnen, hauptsächlich im Salzbergbau. Zudem sind Widerständige mit ihren diesen Widerstand begründenden Weltanschauungen heute viel unbequemer und unbeliebter als reine Opfer. Mitgefühl mit den Opfern pathetisch vor sich herzutragen, ist heutzutage geschätzter denn je, zumal sich hinter dem damit verbundenen Moralismus die Ignoranz und Geschichtsvergessenheit gegenüber den Tätern und Verbrechern gut verstecken lassen.

Dies wird auch in der Ausstellung im Museum der Stadt Bad Ischl deutlich, die anlässlich des Kulturhauptstadtjahres neu gestaltet wurde. Die Zeit des Nationalsozialismus ist dort im Wesentlichen auf einen Raum beschränkt, in dem das Bürgerliche dominiert und daher auch das Eigentum. Großes Thema sind „Arisierungen“ mit schönen Fotos von alten Villen und Reichtümern, deren BesitzerInnen, Enteigneten und Enteignern, samt Straßenschild der Löhner-Beda-Straße mit dem winzigen Hinweis, dass diese Straße erst 2013 nach dem enteigneten und in Auschwitz umgebrachten

Dichter Fritz Löhner-Beda benannt wurde. In der Ausstellung werden all jene Kulturerühmtheiten genannt, die in keinem Journalistenbericht über dieses vergangene Mekka der Sommerfrische fehlen dürfen. Viele von ihnen fanden lange Zeit nur hinter vorgehaltener Hand Erwähnung: Theodor Herzl und Sigmund Freud, Hugo von Hofmannsthal, Jakob Wassermann, Karl Kraus und Stefan Zweig, Gustav Mahler, Arnold Schönberg und Max Reinhardt, Leo Perutz, Franz Werfel oder Arthur Schnitzler – die ganze jüdische Prominenz.

Dann gibt es im Ausstellungsraum drei Porträts von lokalen Jüdinnen, von denen zwei ermordet wurden, und ein Porträt eines als Zeuge Jehovas Verfolgten, der überlebte. Schließlich überrascht die „moderne Museumspädagogik“ mit acht schwarzen Tafeln, auf denen widerständige Personen ohne Namensnennung in knappen Sätzen beschrieben werden. Um ihre Fotos und Namen zu entdecken, muss man die Tafeln aufklappen. Selbst wenn man den Museumsgestaltern zugute zu hält, dass sie damit in besonderer Weise auf lange im zeitgeschichtlichen Dunkel verschwundenen tatsächlichen Heldinnen und Helden des Kampfs gegen den Nationalsozialismus hinweisen wollten, ist doch das Gegenteil viel auffälliger: Sie sind hinter einer schwarzen Wand versteckt und müssen von den MuseumsbesucherInnen erst aktiv entdeckt werden. Nirgends sonst in der gesamten auf drei Stockwerken mit unzähligen Fotos gut ausgebreiteten Ausstellung ist ein derartiges Ratespiel zu finden.

Stolze Kaiserstadt

Nichts änderte das Kulturhauptstadtjahr in Bad Ischl am Umgang mit der k.u.k.-Monarchie. Mehr als ein Jahrhundert nach dem Ende der Habsburger-Monarchie präsentiert sich Ischl immer noch stolz als „Kaiserstadt“, in der die Habsburger-Monarchie vor allem als Idylle beschrieben wird. Keine Verbrechen weit und breit. Das fängt beim obersten Kriegsherrn an, dessen Kaiservilla einen historisch-touristischen Hotspot darstellt. Sein „Arbeitszimmer“, in dem Kaiser Franz Joseph am 28. Juli 1914 die Kriegserklärung gegen Serbien unterzeichnete, wird mit großer Empathie präsentiert. Bis heute wird in Österreich das Attentat in Sarajevo am 28. Juni 1914 auf den Thronfolger Franz Ferdinand als kriegsursächlich dämonisiert. Die Attentäter der Vereinigung Mlada Bosna (Junges Bosnien) um den Schützen Gavrilo Princip meinten damit, die sechs Jahre

zuvor erfolgte Annexion Bosnien-Herzegowinas durch das Habsburger-Reich zu bekämpfen, dessen Thronfolger sich just am geschichtsträchtigen serbischen Vodvan (Veitstag) durch Sarajevo kutschieren ließ. Noch vor zehn Jahren schrieb eine ehemalige ORF-Korrespondentin in Belgrad in ihrem Buch über Jugoslawien, „die Schüsse“ des Gavrilo Princip hätten „drei Weltreiche einstürzen lassen und nach den zwei Toten von Sarajevo noch einmal 20 Millionen gefordert“.²

Aber nicht Serbien hatte Bosnien-Herzegowina annektiert, sondern die Habsburger. Und nicht Serbien hat Österreich-Ungarn der Krieg erklärt, sondern umgekehrt, einen ganzen Monat nach dem Attentat. Was sagt die Ausstellung in der „Kaiserstadt“ dazu? Die Tafel „Der Erste Weltkrieg“ beginnt so: „Der Erste Weltkrieg nahm nicht den erhofften Verlauf. [...] Bald nach Kriegsbeginn erfolgte die Nachricht von ersten Gefallenen, Verwundete kehrten von der Front nach Bad Ischl zurück. Am 21. November 1916 verstarb Kaiser Franz Joseph. Dies hat man mit großer Betroffenheit aufgenommen. [...] Ab Oktober 1918 begann sich die Habsburgermonarchie aufzulösen. Österreich-Ungarn schloss am 3. November 1918 ein Waffenstillstandsabkommen mit der Entente. Der Erste Weltkrieg war für Österreich zu Ende.“ So geht Geschichte. Der Krieg „nahm“ seinen Verlauf (wie so häufig nicht den von den Entfesslern gewünschten), der Tod des Kriegsherrn machte im Unterschied zu jenem der Gefallenen und den Verwundeten „betroffen“, dann „begann“ sich der Staat aufzulösen, und schließlich war der Krieg dann zu Ende.

Das Vorrecht des Stärkeren

Worin besteht der Unterschied solcher Erzählungen zu jenen der heimkehrenden Wehrmachtssoldaten nach dem Zweiten Weltkrieg, die gemäß der NS-Propaganda behaupteten, sie hätten in einem „aufgezwungenen Krieg“ gekämpft und ihr Vaterland „verteidigt“? Erinnert die fürchterliche Erläuterung Franz Josephs zu seiner Kriegserklärung nicht in vielem an die Argumente heutiger Kriegstreiber? „An meine Völker“ heißt das leider nur bei wenigen Menschen in Österreich als berüchtigt geltende Schreiben, in dem es heißt: „Als Ich nach drei Jahrzehnten segensvoller Friedensarbeit in Bosnien und der Hercegovina Meine Herrscherrechte auf diese Länder erstreckte, hat diese Meine Verfügung im Königreiche Serbien, dessen Rechte in

keiner Weise verletzt wurden, Ausbrüche zügeloser Leidenschaft und erbittertsten Hasses hervorgerufen.“ Der Feind ist uneinsichtig und voller Hass; wir dringen mit „segensreicher Friedensarbeit“ bis an seine Grenzen vor, haben aber seine Rechte „in keiner Weise verletzt“? „Meine Regierung hat damals von dem schönen Vorrechte des Stärkeren Gebrauch gemacht“ – so plump würde man das heute nicht mehr sagen – „und in äußerster Nachsicht und Milde von Serbien nur die Herabsetzung seines Heeres auf den Friedensstand und das Versprechen verlangt, in Hinkunft die Bahn des Friedens und der Freundschaft zu gehen. [...] Die Hoffnung, dass das serbische Königreich die Langmut und Friedensliebe Meiner Regierung würdigen und sein Wort einlösen werde, hat sich nicht erfüllt.“

Damals wollten die Habsburger, dass mit dem „Vorrecht des Stärkeren“ den „unaufhörlichen Herausforderungen Serbiens ein Ende bereitet werde“. Im Klar- text hieß das: Serbien muss sterben! Diese österreichische Herrschaftserzählung dominiert seit mehr als hundert Jahren. Geschichtsrevisionismus ist allerhöchstens im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus ein Thema, in Sachen Erster Weltkrieg und Habsburger bleibt hingegen Verklärung angesagt. Seit 2015 geriert sich Bad Ischl als Partnerstadt just von Sarajevo, und die Ischler „Sarajevo-Allee“ führt ausgerechnet durch den nach der Kaiser-Gattin Elisabeth („Sisi“) benannten Park. Die Verantwortlichen des nachjugoslawischen Sarajevos haben sich für ihr Einverständnis dabei folgenden Text der „Erinnerungstafel“ aufschwatzten lassen: „Im Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs / Sarajevo, 28. Juni 1914 / Bad Ischl, 28. Juli 1914“. Im Weihrauchnebel von Versöhnung und Vergebung verschwinden die Fragen nach Schuld, von Ursache und Wirkung und der Berechtigung von Aufstand und Widerstand.

Eine andere Sprache spricht das monumentale „Kriegerdenkmal“ mit folgender Inschrift: „Die Stadtgemeinde / Bad Ischl / ihren gefallenen / und vermissten / Söhnen / in den beiden / Weltkriegen“, flankiert von den Inschriften „1914–1918 / 192 Gefallene / 15 Vermisste“ bzw. „1939–1945 / 145 Gefallene / 90 Vermisste“; grafisch auf beiden Seiten versehen mit der ursprünglich preußischen, dann deutschen Kriegsauszeichnung, genannt Eisernes Kreuz, das passenderweise faktisch dieselbe Form hat wie das Habsburger „Leopoldskreuz“

und sich nur minimal vom Symbol des Österreichischen Kameradschaftsbunds unterscheidet. Nicht einmal verschämt werden in der Europäischen Kulturhauptstadt des Jahres 2024 andere Opfer dieser Kriege oder aktive GegnerInnen des NS-Regimes genannt.

Habsburg-Nostalgie

Dem Bad Ischler Kalender konnte auch das Kulturhauptstadtjahr nichts anhaben, im Gegenteil. Die jährlich rund um den 18. August, dem Geburtstag Franz Josephs, stattfindenden „Kaisertage“ bleiben der Höhepunkt des Ischler Jahreslaufs, selbstverständlich im Beisein von Angehörigen der Kaiserfamilie. Die „Kaisertage“ beginnen in der Regel am 15. August, dem katholischen Feiertag „Maria Himmelfahrt“, mit dem „Kaisertag“ der Bürgerkapelle Bad Ischl auf der Esplanade nahe dem Kurpark, gefolgt vom „Kaiserbummel“, einem Umzug in Original-Uniformen der k.u.k.-Armee und anderen historischen Verkleidungen, samt Kriegsfahnen und dergleichen Firlefanz. Schließlich findet der Höhepunkt der Kaiserhuldigungen am 18. August in der überfüllten Stadtpfarrkirche mit der „Kaisermesse“ statt, hochgradig beschickt vom katholischen und politischen Personal. In der Regel schließt die Messe mit der aus vollen Kehlen gesungenen „Kaiserrhymne“ („Gott erhalte, Gott beschütze unsren Kaiser, unser Land! Mächtig durch des Glaubens Stütze, führ' er uns mit weiser Hand!“). Eine Zeremonie vor der Kaiserburg bildet den Abschluss des Theaters.

Wer könnte dieser elenden historischen Verklärung der Habsburger entgegenwirken? Von der Europäischen Union sind keine Initiativen in diese Richtung zu erwarten. Diese ist ebenso wie mit so einer Kulturhauptstadt zufrieden mit all den europäischen Königshäusern, die seit Jahrzehnten zu allem ihr huldvolles Einverständnis bekunden, was als „europäische Werte“ den jeweiligen Regierungen zupass kommt, samt imperialem Machthunger. All das gehört offenbar zu den „Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in Europa“. Und die Medien aller Richtungen, ob staatlich oder privat, können begeistert fortfahren mit ihrer adeligen Hofberichterstattung und weiterhin ihr Publikum in die Irre der Reichen und Schönen führen.

Anmerkungen:

1/ Der Standard, 13.8.2025.

2/ Veronika Seyr: Forellenschlachten. 33 Briefe aus dem vergessenen Krieg. Wien 2014.

Zweierlei Erinnerungspolitik in Japan

„Es gibt zwei gegensätzliche Japan: das Japan der Kunst, des Ahnenkults und auf der anderen Seite das Japan des Polizeistaats und des Militarismus. Das eine ist Anmut und Schönheit, das andere ist Hässlichkeit und Dummheit.“ Dieses Zitat stammt vom Diplomaten Camille Gorgé, der von 1940 bis 1945 Schweizer Botschafter in Japan war und als Vertreter eines neutralen Staates eine einzigartige Perspektive auf Japan hatte. Doch wie sieht es mit den beiden Japan heute aus, und wie manifestieren sie sich in der Gedenkkultur?

Friedensmuseum Hiroshima

Der heutige Hiroshima Friedenspark war in den 1920er und 1930er Jahren ein belebtes Geschäftsviertel im alten Stadtzentrum. Die Atombombe, die am 6. August 1945 über der Stadt abgeworfen wurde, zerstörte die Holz- und Ziegelgebäude in der unmittelbaren Umgebung des Hypozentrums vollkommen. Lediglich zwei moderne Stahlbetonkonstruktionen überstanden die Druckwelle. Deren Ruinen sind als „Atombombenkuppel“ ein bekanntes Fotomotiv und Symbol für die atomare Zerstörung. 1954 entschloss sich die Stadt, die leere Fläche in einen Gedächtnispark umzuwandeln, dessen Herzstück das ein Jahr später eröffnete Friedensmuseum ist. Mit etwa einer Million BesucherInnen pro Jahr zählt es zu den wichtigsten Gedenkstätten Japans und kann als Aushängeschild der staatlich organisierten Gedenkkultur betrachtet werden.

Zunächst gelangt man über einen langen dunklen Korridor in den Westflügel, der ebenso abgedunkelt ist. Nur die Ausstellungsstücke sind beleuchtet, manche in Schaukästen, manche auf Podesten. Es sind persönliche Gegenstände oder Fotos von Bombenopfern, kombiniert mit Beschreibungen oder Zitaten und Erzählungen ihrer Schicksale. Die Ausstellung ist chronologisch angeordnet, sie reicht von den unmittelbaren Zerstörungen über die Tage danach zu den gesundheitlichen Langzeitschäden der Überlebenden. Sie ist auf maximalen emotionalen Effekt bei den BesucherInnen ausgerichtet.

Es fehlt jedoch jegliche historische Kontextualisierung: Es wird etwa über die toten 13-jährigen Schulkinder gesprochen, die zum Zeitpunkt der Detonation damit beschäftigt waren, Brand-

schnesen in die Stadt zu schlagen, da Hiroshima bis dahin keinen größeren Luftangriffen ausgesetzt war. Mit keinem Wort wird jedoch Kritik an einem Regime geübt, das 13-Jährige zum Militärdienst in einem längst verlorenen Krieg einzog. Unter der Überschrift

dem Papier pazifistisch ist, den Zweiten Weltkrieg aber nur dann verurteilt oder bereut, wenn es um die japanischen Opfer geht. Sogar das Mahnmal hinter dem Museum im Park, auf dem der Satz „Ruhet in Frieden, wir werden den Fehler nicht wiederholen“ zu lesen ist,



Die „Atombombenkuppel“ in Hiroshima, entworfen vom Architekten Jan Letzel

„Atombomben kennen keine Nationalitäten“ werden koreanische Opfer angesprochen, nicht erwähnt wird jedoch, dass tausende Koreaner nur deshalb in Hiroshima waren, weil sie dorthin zur Zwangsarbeit in den Rüstungsbetrieben verschleppt worden waren. Ausgeblendet wird, wer den Krieg begonnen hat und wer für die Ermordung von Millionen ZivilistInnen in ganz Asien verantwortlich war.

Nach diesem älteren Teil der Ausstellung gelangt man in den Ostflügel. Dort befinden sich einige Seitenräume mit Bildschirmen, auf denen Atombombenopfer ihre Geschichten erzählen, dann folgt zumindest in kleinen Teilen der Kontext: Schaukästen über die historische Entwicklung der Stadt Hiroshima, das Manhattan Project und wie sich US-Präsident Truman dazu entschloss, den Atombombenabwurf zu genehmigen, die Verbreitung von Atomwaffen und der Versuch, sie international einzudämmen, Atomtests und die dadurch hervorgerufenen Langzeitschäden. Auch hier fehlen die japanischen Kriegsverbrechen, an einer Stelle ist ein knapper Hinweis auf die japanische Invasion Chinas zu lesen.

Insgesamt entspricht das Museum der Linie des offiziellen Japan, das zwar auf

wurde von den japanischen Rechten kritisiert und mutwillig beschädigt, da sie jede Form des Schuldeingeständnisses als Vaterlandsverrat bezeichnen.

Okunoshima Giftgas Museum

Doch nicht alle japanischen Gedenkstätten sind auf dieser Linie. Okunoshima ist eine kleine Insel im japanischen Binnenmeer zwischen den Hauptinseln Honshu und Kyushu. Sie war zunächst nur von ein paar Familien besiedelt, die vom Fischfang lebten. Während der Modernisierungs- und Industrialisierungspolitik in der Meiji-Ära errichtete der Staat eine Fischkonservenfabrik, um die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Im Russisch-Japanischen Krieg 1904/05 installierte das Militär einige Geschützstellungen, um die Meerengen zu verteidigen. 1925 übernahm das japanische Militär die Insel als Ganzes und vertrieb die Zivilbevölkerung. Zum Staatsgeheimnis erklärt, wurde sie von allen Seekarten gestrichen. Der Standort – abgelegen und leicht abzuriegeln – war perfekt dafür geeignet, Giftgas zu produzieren und zu lagern. Also wurde die Konservenfabrik zur Chemiefabrik umfunktioniert und mit der Produktion von Senfgas und ver-

schiedenen Tränengasen begonnen. Nach Kriegsende 1945 wurden die Produktionsanlagen von den alliierten Besatzungstruppen gesprengt und verbleibende Gasbestände verbrannt oder im Meer versenkt.

Heute ist Okunoshima ein beliebtes Ausflugsziel. Die Inselkette, zu der sie gehört, ist ein Nationalpark mit wunderbaren Stränden. Die Hauptattraktion sind freilaufende Kaninchen, die von den BesucherInnen gefüttert werden. Die Ruinen der militärischen Einrichtungen sind sichtbar, aber aus Sicherheitsgründen nicht betretbar. Gegenüber dem Besucherzentrum des Nationalparks ist das Okunoshima Giftgas Museum, ein kleiner Ziegelbau. Im Gegensatz zum Friedensmuseum Hiroshima ist es kein staatliches Projekt, sondern wurde 1988 von privaten Initiativen gegründet.

Das Museum enthält nur zwei Räume, einen für die Ausstellungsgegenstände und einen Hörsaal, in dem Schülergruppen über die Geschichte der Anlage erfahren können. Gezeigt werden auch Bilder von Giftgasopfern aus jüngeren Kriegen wie dem Iran-Irak-Krieg. Zu den Ausstellungsstücken gehört u.a. eine vollkommen unzureichende Schutzausrüstung, die den Arbeitern zur Verfügung gestellt wurde. Die Begleittexte der Dokumente und Fotos betonen, dass die Leidtragenden des Militarismus nicht nur die „Feinde“ sind, sondern auch die eigenen Leute, die für Kriegszwecke sowohl an der Front wie in der Waffenproduktion verheizt werden. Mehrmals wird erwähnt, wie schlecht die Arbeiter und Fachleute von der Militärführung behandelt wurden und wie Verletzungen und sogar Todesfälle in Kauf genommen wurden. Auch die Verantwortung für den Einsatz von Chemiewaffen gegen ZivilistInnen in China wird eingestanden.

Die beiden Japan sind immer noch da, sie haben nur ihre Form verändert – das offizielle Japan, das bis heute aus den gleichen Familien und Schichten besteht, die das Land in Militarismus und Faschismus geführt haben, und sich nach 1945 mit den Amerikanern arrangiert haben, um an der Macht zu bleiben, und das eigentliche Japan der einfachen Menschen, die in Fabrik und Schützengraben gelitten haben und die am eigenen Körper erfahren haben, warum um „Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus“ kein Weg herum führt. Solange die beiden Japan ihre Widersprüche nicht lösen können, werden sie in ihrer Vergangenheit gefangen bleiben.

JONAS KRAFT

Thomas Neuhold/Andreas Praher: Widerstand – Verfolgung – Befreiung. Zeitgeschichtliche Touren in Salzburg. Salzburg: Verlag Anton Pustet 2025, 180 S., 25 Euro

Als in den 1970er Jahren auch hierzulande die Oral History als Methode der Zeitgeschichtsforschung an Bedeutung gewann und deren Ergebnisse als relevante Quellen anerkannt wurden, war der oberösterreichische Arbeiterhistoriker Peter Kammerstätter einer der ersten, der diese Form der Forschung verwendete. Komplementär dazu führte Kammerstätter zeitgeschichtliche Wanderungen durch, die Teil seines Konzepts einer Forschung von unten waren und mehrere Zwecke erfüllten: Zunächst die Überprüfung des aus den Gesprächen mit ZeitzeugInnen gewonnenen Materials, vor allem aber dienten diese Wanderungen der Wissensvermittlung. Zahllose junge AntifaschistInnen verdanken Peter Kammerstätter eine Grundausbildung in antifaschistischer Zeitgeschichte, die oftmals wandernd vermittelt worden ist.

In ebendieser Tradition stehen auch der Autor und Publizist Thomas Neuhold und der Historiker Andreas Praher, die, wiewohl keine Zeitzeugen mehr, Kammerstätters Werk fortführen. In ihrem jüngst erschienenen Wanderführer „Zeitgeschichtliche Touren in Salzburg“ schlagen sie 20 Wander- und Radtouren vor, die Orte aufsuchen und Routen begehen und befahren, die mit Widerstand, Verfolgung und Befreiung vom Faschismus zu tun haben. Es werden Menschen besucht, die sich gegen die faschistische Barbarei gestellt und auf unterschiedliche Weise Widerstand dagegen geleistet haben. Einige wenige Routen führen auch zu Orten, die den Tätern der faschistischen Mordmaschinerie als Rückzugsorte gedient hatten.

Die meisten dieser Tourenvorschläge sind einfache Spaziergänge oder leichte Wanderungen, die mit einer halbwegs intakten Grundkondition leicht absolvierbar sind. Etwa der Spaziergang durch das jüdische Salzburg, der dem ehemaligen KZ-Häftling und späteren Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg Marko Feingold gewidmet ist.

Quasi als Querschnittsthema wird der weibliche Widerstand gegen den Faschismus, der lange Zeit stark unterbelichtet war, dargestellt. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten wurde dem weiblichen Beitrag, ohne den es in vielen Fällen gar keinen Widerstand geben hätte können, größeres Augenmerk ge-

schenkt. Etwa in Oberösterreich, wo in Bad Ischl ein Platz nach der kommunistischen Partisanin Theresia Pesendorfer benannt wurde. Ähnlich zäh war der Weg zur Anerkennung des Beitrags der Frauen in Salzburg. 18 Frauen, die aus unterschiedlichsten Motiven im antifaschistischen Widerstand tätig waren, ist im Salzburger Stölzl-Park ein Denkmal gewidmet. Der Salzburger KZ-Verband hatte sich Jahrzehnte lang dafür eingesetzt. Es steht neben dem Denkmal für Rosa Hofmann, der Arbeitersportlerin und Gruppenleiterin des KJV, die einer der führenden Köpfe im Widerstand war. Rosa Hofmann wurde 1943 in Berlin-Plötzensee enthaftet. Der Halleinerin Agnes Primocic, die wesentlich an der Befreiung von Sepp Plieseis aus dem KZ beteiligt war, ist ebenso eine Wanderung gewidmet wie der Architektin Grete Schütte-Lihotzky oder der Violinistin Alma Rosé, die im April 1944 im KZ Auschwitz zu Tode kam.

Die 20 Touren sind wohlüberlegt ausgewählt und bieten einen ausgezeichneten Überblick auf das Thema. Den detaillierten Tourenbeschreibungen (man merkt, dass Neuhold auch als Autor alpiner Führerliteratur tätig ist) sind kurze zeitgeschichtliche Aufsätze zu den jeweiligen Ereignissen oder Personen angefügt. Ein volksbildnerisches Gustostückler im besten Sinne.

FRANZ FEND

August Pirker: St' Ármata! Als Österreicher bei den griechischen ELAS-Partisanen, hg. und mit einem Nachwort von Heimo Halbrainer. Graz: CLIO 2025, 140 S., 20 Euro

Mit „St' Ármata“ hat Heimo Halbrainer ein bemerkenswertes Stück österreichische Zeitgeschichte vorgelegt. Herzstück des eben erschienenen Buches ist die Transkription eines Erinnerungsmanuskripts des aus der Steiermark stammenden Kommunisten August Pirker. Pirker war im Widerstand gegen die austrofaschistische und nationalsozialistische Diktatur aktiv, verbrachte mehrere Jahre im Zuchthaus, wurde zum Bewährungsbataillons 999 der Wehrmacht eingezogen und kämpfte schlussendlich als ELAS-Partisan in Griechenland. Pirkers Erinnerungen an seine Zeit bei den griechischen Partisanen werden ergänzt durch eine von Halbrainer verfasste biografische Skizze über Pirker und einen weiterführenden Beitrag des Grazer Historikers über die Österreicher der Strafbataillone 999 in Griechenland.



August Pirker (1910–1996)

August Pirker wurde am 3. Juli 1910 im weststeirischen Industrieort Tregist (heute ein Teil von Voitsberg) als fünftes Kind einer Bergarbeiterfamilie geboren. Seine Kindheit war geprägt von Armut und großer Entbehrung: Nach der Schule arbeitete Pirker in einer Glasfabrik, absolvierte eine Schmiedelehre und wurde in der *Sozialistischen Arbeiterjugend* (SAJ) aktiv. 1929 zog Pirker nach Graz, wo er zunächst als Schmied arbeitete, jedoch bereits 1930 im Zuge der Weltwirtschaftskrise arbeitslos wurde. Er schloss sich einem von der KPÖ initiierten Arbeitslosenkomitee an und wurde 1931 Mitglied der Partei. Sehr rasch übernahm Pirker Führungsaufgaben innerhalb der KPÖ, organisierte Betriebszellen und beteiligte sich an der illegalen Agitation gegen das austrofaschistische Regime. Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 wurde er von der Gestapo gejagt, 1939 verhaftet und 1940 wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Volksgerichtshof zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Obwohl Pirker als „wehrunwürdig“ galt, wurde er 1943 – noch vor Verbüßung der Haftstrafe – zu einer Bewährungseinheit der Wehrmacht, dem Strafbataillon 999, einberufen. Er erhielt eine militärische Ausbildung und wurde im Dezember 1943 mit der 1. Kompanie des Bataillons nach Griechenland verlegt. Auf der Insel Limnos in der Nordägäis, wo seine Einheit stationiert war, knüpfte Pirker Kontakte zur griechischen Widerstandsbewegung der EAM (Nationale Befreiungsfront) sowie zur Kommunistischen Partei Griechenlands. Über Vermittler lernte er die griechische Sprache und unterstützte den Widerstand, unter anderem durch den Transport von

Waffen und Munition für Partisanengruppen. Als im Sommer 1944 die Nachricht kam, dass das Strafbataillon von der Insel abgezogen werde, bereitete Pirker gemeinsam mit anderen Antifaschisten seinen Übergang zur ELAS (Griechische Volksbefreiungsarmee) vor, der im September 1944 im Zuge eines Gefechts gelang. In der Folge diente er als Partisan im Rahmen der 11. Brigade der ELAS, bildete als ehemaliger Soldat und Parteifunktionär Partisanen am Maschinengewehr aus und war für zahlreiche österreichische und deutsche Überläufer verantwortlich. Nach 1945 war Pirker in der KPÖ Graz aktiv.

Das Buch reiht sich in eine Reihe historischer Publikationen ein, mit denen Halbrainer bereits Widerstand und Verfolgung zur Zeit des NS-Regimes und den Umgang damit in der Nachkriegszeit in der Steiermark und Österreich erforscht hat. Der Wert des aktuellen Buches besteht vor allem in seinem Charakter als persönlich gehaltener Erfahrungsbericht eines österreichischen Kommunisten, Wehrmachtsdeserteurs und Partisanen. Die Schilderung seines Partisanenkampfes in Griechenland bietet einen konkreten Einblick in ein bisher vernachlässigtes Kapitel der österreichischen Widerstandsgeschichte. Die vielstimmige Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus wird damit um eine wichtige Facette ergänzt.

MICHAELA LANG

Florian Hurtig: *500 Jahre Bauernkriege. Widerstand gegen Landraub und Ausbeutung von 1525 bis heute*. Wien: Mandelbaum Verlag 2025, 358 S., 28 Euro

Zum 500. Mal jähren sich heuer die Bauernkriege in Deutschland, welche die bis zur Französischen Revolution größte Massenerhebung in Europa darstellen. Man schätzt, dass sich zwischen 100.000 bis 400.000 Bauern an diesem Aufstand beteiligten. Das Jubiläum bescherte dem deutschen Büchermarkt eine ganze Reihe von Neuerscheinungen. Bereits der Titel des vorliegenden Buches von Florian Hurtig macht deutlich, dass sich der Autor im Gegensatz zu den meisten anderen seiner Zunft nicht allein auf die Ereignisse von 1525 beschränkt. Er ordnet den Bauernkrieg, der nicht nur ein deutscher war, sondern auch in Frankreich, der Schweiz und Österreich stattfand, in einen größeren historischen Zusammenhang ein. Für Hurtig ist der Bauernkrieg kein singuläres Ereignis, vielmehr war er der Auftakt zu einem Krieg,

der seit 500 Jahren weltweit gegen Bauern wütet.

Hurtigs Meinung nach sind die Rebellionen der Bauern als Kampf für eine Gesellschaftsordnung jenseits des sich entwickelnden Kapitalismus zu verstehen, weswegen eine rein auf die Ereignisse von 1525 beschränkte Sicht unzureichend ist. Im 16. Jahrhundert entwickelte sich von Europa aus eine kapitalistische Weltökonomie, deren Vertreter auf allen Kontinenten, wo sie Fuß fassten, einen Krieg gegen Bauern und Indigene führten. So ist es auch folgerichtig, dass sich bloß zwei der insgesamt sieben Kapitel des Buches mit dem Bauernkrieg von 1525 im engeren Sinne beschäftigen.

Im ersten Kapitel behandelt Hurtig auf rund 70 Seiten die Vorgeschichte. Er beschreibt die Situation der Bauern im frühen 16. Jahrhundert, die ökonomisch nicht so schlecht war, dass diese allein als Grund für den Aufstand angesehen werden kann. Die ökonomische Situation der Bauern verschlechterte sich jedoch dadurch zusehends, dass ihnen die Nutzung der Gemeinschaftsflächen wie Wälder, Bäche oder Wiesen, die so genannte Allmende, immer mehr verwehrt wurde und die Frondienste übernahmen. Infolgedessen kam es immer wieder zu lokalen Erhebungen, die Hurtig anhand der „Bundschuh-Bewegung“ und des „Armen Konrads“ beschreibt.

Es folgt die Darstellung des Bauernkriegs, die Hurtig auf 60 Seiten beschränkt. Das führt an der einen oder anderen Stelle zu einer etwas verkürzten Sichtweise, die die Dramatik der Ereignisse nicht recht fassen kann. So wird die bedeutsame Schlacht vor der thüringischen Stadt Frankenhausen, an der auch Thomas Müntzer teilnahm, von Hurtig auf einen Tag, nämlich den 15. Mai 1525, verkürzt. Tatsächlich begann die Schlacht bereits am 14. Mai und dauerte zwei Tage. Sie endete zwar mit einer verheerenden Niederlage der Bauern, denen es jedoch am ersten Tag Dank der von Müntzer herbeigeschafften Karrenbüchsen und der aufgestellten Wagenburg gelungen war, drei Angriffe des Fürstenheeres abzuwehren.

Unbeantwortet lässt Hurtig die Frage, warum der Aufstand vor allem in Südwestdeutschland, im Elsass und in Thüringen, später auch in Teilen von Österreich so massiv abließ und in anderen Regionen Deutschlands und Österreichs keinen Widerhall fand. Gut gelungen sind die Passagen, in denen Hurtig den Zusammenhang von Frühkapitalismus, Adelsherrschaft sowie Ablass-

handel und Geldwirtschaft aufzeigt. Die Kredite der reichen Kaufmannsfamilien wie der Fugger und Welser verschafften den Fürsten und der Kirche die Mittel, ihrer Prunksucht zu frönen. Die Rückzahlung der Kredite war nur möglich durch eine verschärzte Auspressung der Bauern. Auch hätten die Fürsten den Aufstand ohne das Geld der Kaufleute nicht niederringen können, da sie nicht in der Lage gewesen wären, aus eigenen Mitteln ausreichend Landsknechte anzuwerben. Schließlich bedrohten die Forderungen der Bauern auch die Geschäftsgrundlage des Handelskapitalismus im frühen 16. Jahrhundert.

Hurtig beschränkt sich nicht auf die Darstellung der historischen Abläufe und ihrer Ursachen, sondern arbeitet parallel dazu seine These aus, wonach mit dem Bauernkrieg die Zerstörung der bäuerlichen Kultur durch den aufkommenden Kapitalismus begann. Seiner Ansicht nach wurden die Bauern durch den Kapitalismus einer verschärften Ausbeutung unterworfen und später von ihren Fledern vertrieben, um den Arbeitskräftebedarf in den Fabriken abzudecken. Es verschwand schrittweise eine im Einklang mit der Natur produzierende bäuerliche Subsistenzwirtschaft, eben das „Bäuerliche“, wie es Hurtig nennt. An dessen Stelle trat schrittweise die kapitalistisch organisierte Landwirtschaft. Der Beschreibung dieses Entstehungsprozesses, die auch die Abwehrkämpfe der Bauern mit erfasst, widmet sich Hurtig auf den folgenden Seiten seines Buches.

Im dritten Kapitel schildert der Autor, wie der Umbau der Landwirtschaft im Ursprungsland des Kapitalismus, nämlich in England, abließ. Im Gegensatz zum Festland wurden dort die Bauern nicht durch die Leibeigenschaft einer verschärften Ausbeutung unterworfen, sondern von ihrem Land vertrieben und als industrielle Reservearmee in die Städte gedrängt. Hurtig stellt diesen Prozess sehr detailreich dar und untersucht die diversen Bauernehebungen. Man fühlt sich beim Lesen sehr an das berühmte 24. Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals“ erinnert, in dem Karl Marx vor rund 160 Jahren diesen Prozess ebenfalls detailliert beschrieb. Dass es an dieser Stelle keinen Bezug zum Vordenker einer kritischen Gesellschaftstheorie gibt, geht wohl auf die Vorbehalte des Autors gegen marxistisches Denken zurück. Deutlich wird dies, wenn Hurtig etwa meint, dass es im Marxismus ausschließlich um die Ausbeutung der Arbeiter ginge und die Frage der Land-

nutzung keine Bedeutung hätte. Dass sich Marx in seinem Spätwerk intensiv mit Landnutzung und Ökologie beschäftigte, scheint Hurtig entgangen zu sein.

Im Folgenden analysiert Hurtig den Fortgang des Krieges gegen das Bäuerliche, das ab dem frühen 17. Jahrhundert mit dem Kolonialismus Englands internationale Dimensionen annahm, auch wenn dieser seinen Ausgang in Irland nahm, das Englands erste Kolonie war. Dort wurde die koloniale Blaupause für das britische Weltreich entwickelt. Hurtig untersucht die Zerstörung des Bäuerlichen im Zusammenhang mit dem Kolonialismus. Interessant dabei ist die Beschreibung, dass auch Bauern aus England und Irland in die Neue Welt deportiert wurden und in Schuld knechtschaft auf Plantagen schuften mussten. Hurtig untersucht, wie sich Indigene, farbige und weiße Sklaven gegen ihre Unterdrücker solidarisierten und Widerstand leisteten. Er betrachtet den Rassismus als Mittel, das bis heute dafür sorgt, dass diese Solidarität immer brüchiger wird.

Abschließend erläutert Hurtig, wie sich aus dem Bäuerlichen die kapitalistisch organisierte Landwirtschaft entwickelte und welchen Ausweg, nämlich den kleinteiligen ökologischen Landbau, es gibt. An dieser Stelle wirkt Hurtigs These des 500-jährigen Krieges gegen das Bäuerliche nicht recht nachvollziehbar. Sicher kam und kommt es zu Kriegen gegen bäuerliche Indigene. Aber es ist schwer vorstellbar, dass es einen fortlaufenden Krieg gegen das Bäuerliche gibt. Wenn es diesen gäbe, so müsste eine Instanz existieren, die diesen Krieg organisiert und steuert. Hurtig verwechselt meines Erachtens einen Krieg mit den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Subsistenzwirtschaft zerstört, weil sie alles dem kapitalistischen Prinzip der Tauschwertproduktion unterwirft, um aus Geld noch mehr Geld zu machen. Unklar bleibt auch, warum man einen Krieg führen sollte gegen einen Wirtschaftszweig, der in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften nur sehr wenige Prozentpunkte zur Wirtschaftsleistung beisteuert.

Letztlich ist Hurtigs Kriegsthese ein Stück weit Polemik, dem seine Glorifizierung des Bäuerlichen gegenübersteht, was in der Forderung gipfelt, dass alle wieder bäuerlich werden sollen. Die Vorstellung, dass wir alle anfangen, in der Erde herumzuwühlen, hat jedoch wenig mit den gesellschaftlichen Realitäten in einem sich immer weiter ausdifferenzierenden Spätkapitalismus zu tun. Den



Nachweis, ob man auf diese Weise Millionen Mäuler gestopft bekommt, bleibt Hurtig in seinem Buch schuldig. Aus seiner persönlichen Betroffenheit heraus – Hurtig ist Obstbauer in einer solidarischen Landwirtschaft – mag der Wunsch nach mehr Bäuerlichkeit nachvollziehbar sein, zumal die ökologischen Deformationen der modernen Landwirtschaft unbestritten sind. Doch führt seine bäuerliche Selbstbeschränkung dazu, dass in der Analyse die Allmende des 21. Jahrhunderts und der immer stärker reglementierte Zugang zu ihr aus dem Blick geraten. Mit dem Ende des sozialdemokratischen und sozialistischen Gesellschaftsmodells Ende des 20. Jahrhunderts findet eine immer stärkere Zugangsbeschränkung zum gesellschaftlichen Reichtum statt, die im Niedriglohnsektor, in unbezahlbaren Wohnungen und mangelhaften staatlichen Leistungen bei gleichzeitigem Entstehen einer Kaste von Superreichen ihren Ausdruck findet. So bleibt am Ende der Lektüre ein zwiespältiger Eindruck. Hurtigs Buch ist spannend, weil er das Jubiläum des Deutschen Bauernkriegs zum Anlass nimmt, eine globalere Sicht auf die Ereignisse zu werfen, seine Analyse ist jedoch nicht durchgehend stimmig geraten.

STEFAN KRAUS

Nathan Marcus, *Das Opfersyndrom. Was Österreich aus der Zwischenkriegszeit lernen kann*. Wien: Böhlau Verlag 2025, 105 S., 23 Euro

Leidet Österreich unter einem „Opfersyndrom“? Dieser Begriff dient als Titel eines neuen Büchleins zur österreichischen Geschichte von Nathan Marcus, einem Historiker an der Ben-Gurion-Universität in Israel. Spätestens seit der Waldheim-Affäre Mitte der 1980er Jahre gibt es zum Opfermythos – sprich, zur

einseitigen Vorstellung, Österreich sei das erste Opfer der Nazi-Aggression gewesen – einen kritischen Diskurs, an den Marcus mit seinem Bändchen anzuknüpfen versucht. In dieser deutschsprachigen Kurzfassung seiner Doktorarbeit mit dem Titel „Austrian Reconstruction and the Collapse of Global Finance, 1921–1931“, die 2018 auf Englisch bei Harvard University Press erschienen ist, geht es aber nicht in erster Linie um die mangelnde österreichische Aufarbeitung der eigenen Täterschaft während des Zweiten Weltkriegs und der Schoah, sondern um die Geschichte des vom Völkerbund koordinierten finanziellen Wiederaufbaus von Österreich, welches infolge des Zerfalls des Habsburger-Wirtschaftsraums sowie einer Inflationskrise in den Jahren 1921/22 von einer Staatsinsolvenz bedroht war. Marcus kritisiert, dass einige österreichische HistorikerInnen die so genannte Genfer Sanierung – ein Strukturanpassungsprogramm, das Rettungsgelder von der Umsetzung weitreichender Sparmaßnahmen abhängig machte – kritisch sehen und diese für Österreichs miese wirtschaftliche Lage in den 1920er und 1930er Jahren verantwortlich machen. Seine These lautet, dass dieses Herangehen von genau derselben „pathologische[n] Neigung vieler Österreicherinnen und Österreicher, sich und ihr Land vornehmlich als Opfer zu verstehen“ (S. 11) zeuge, die sich im Jahrzehntlang anhaltenden Opfermythos manifestierte. Statt immer externen Akteuren (egal ob deutschen Nazis oder britischen Bankiers) die Schuld für die eigenen Probleme in die Schuhe zu schieben, sollte sich Österreich lieber kritisch mit sich selbst und seinen Fehlern auseinandersetzen.

Marcus' Argumentation beruht auf Recherchen in verschiedenen österreichischen Archiven, im Archiv des Völkerbunds sowie anderer Institutionen wie etwa der Bank of England und der Österreichischen Nationalbank. Da diese Archive ausführliche Beweise dafür enthalten, dass das Programm des Völkerbunds nicht nur von Vertretern des internationalen Kapitals, sondern auch von inländischen Politikern befürwortet und umgesetzt wurden, sei – so Marcus – die Darstellung der Ersten Republik als Opfer ausländischer Kräfte falsch. Doch das Frustrierende an diesem Argument ist, dass die allermeisten HistorikerInnen, die kritische Darstellungen des Völkerbund-Programms verfasst haben, Marcus' Feststellung über die mehr als bereitwillige Teilnahme von österreichi-

schen Akteuren am finanzpolitischen Sparkurs gar nicht bestreiten. Tatsächlich bildet diese Feststellung schon länger einen zentralen Bestandteil ihrer eigenen Arbeiten. Man mag hier etwa den sozialdemokratischen Publizisten und Nationalökonomen Karl Ausch als Beispiel nehmen, der an mehreren Stellen von Marcus kritisiert wird. Bereits 1968 bezeichnete Ausch in seinem damals kontroversiellen Buch „Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption“ die Genfer Sanierung als eine „ausländische Finanzdiktatur“, da diese einem vom Völkerbund ernannten Generalkommissar ein Vetorecht über den Haushaltsentwürfen des österreichischen Staates einräumte. Dennoch ist der Hauptfokus von Auschs Kritik in seinem knapp 400-seitigen Werk nicht der Völkerbund, sondern die österreichische Regierung unter dem christlich-sozialen Kanzler Ignaz Seipel. Ausch zufolge seien für den autoritären Seipel die undemokratischen Rahmenbedingungen der Genfer Sanierung ein nützliches Werkzeug gewesen, um seine eigenen finanzpolitischen Vorstellungen durchzusetzen, die Arbeiterbewegung zu schwächen und deren Errungenschaften aus den ersten Jahren der Republik abzubauen. Auschs Buch ist daher, trotz Marcus' Behauptung, keineswegs die Geschichte einer „Kapitulation Österreichs vor dem Völkerbund, welche es Genf erlaubt habe, der österreichischen Regierung ihren Willen aufzuzwingen“ (S. 49), sondern vielmehr die Geschichte eines innerösterreichischen Klassenkampfes, in dem das bürgerliche Lager mithilfe eines Bündnisses mit Völkerbund-Ökonomen sich letztlich durchsetzen konnte.

Die größte Schwäche von Marcus' Buch besteht darin, dass es gegenüber genau solchen klassenpolitischen Gegensätzen blind ist – und daher die lange Tradition der sozialdemokratisch sowie marxistisch geprägten Kritik an der Österreich-Intervention des Völkerbunds als Ausdruck desselben nationalistischen Ressentiments verkennt, das dem Opfermythos zugrunde liegt und „die fortwährenden Wahlerfolge der FPÖ miterklären mag“ (S. 16). In der Tat ist es aber Marcus selbst, der immer wieder auf einen methodologischen Nationalismus zurückgreifen muss: Da er den Konflikt um die Genfer Sanierung nicht klassenpolitisch auffasst, braucht er einen anderen analytischen Rahmen, um sie sinnvoll zu deuten. Hierzu konstruiert er einen Gegensatz zwischen dem Völkerbund auf der einen Seite, der in idealis-

tischer Weise als „politisch neutral“ beschrieben wird (S. 26), und Österreich auf der anderen Seite, wo konkurrierende politische Positionen zugunsten eines vermeintlichen Konflikts um nationale Souveränität weitgehend nivelliert werden. Freilich hilft uns diese Vorstellung wenig, die Wirklichkeit der Zwischenkriegszeit in Österreich (Stichwort: Bürgerkrieg) anzunähern, geschweige denn daraus zu lernen. Dabei passt es zum heutigen elitär-liberalen Weltbild, welches mit Begriffen wie „Populismus“ alle Kritik am politischen Status quo – egal ob von links oder weit rechts – gern als Teil derselben Gefahr darstellt.

ADAM BALTNER

Ruth Hanisch/Harald R. Stühlinger/Iain Boyd Whyte (Hg.): *Metropole Wien. Eine Anthologie zu Architektur und Stadtkultur 1850–1945*. Basel: Birkhäuser 2025, 736 S., 68 Euro

Seit mehreren Jahren zeichnet sich der Trend ab, mal mehr und mal weniger sorgsam edierte Anthologien zu historischen Themen herauszugeben. Manche dieser Ausgaben gerieren sich dabei als flüchtig zusammengestellte Dossiers mit wissenschaftlich zweifelhaftem Mehrwehrt, manche werden zum Fundus historisch relevanter Texte. Ein positives Exempel dieser Kompilierungswut geschichtlich relevanter Dokumente ist etwa die von Ingo Zechner, Georg Spitaler und Rob McFarland im Jahr 2020 veröffentlichte Sammlung „Das Rote Wien“. Diese Ausgabe bietet den historisch interessierten LeserInnen nicht nur einen umfassenden Überblick zum Roten Wien, sondern schafft es auch, durch eine genau bedachte Auswahl der Texte den historischen Kontext ohne unzählige erläuternde Beiträge zu vermitteln. Also ein Musterbeispiel solcher Zusammenstellungen.

In diese Reihe Wien-bezogener, bedacht herausgearbeiteter Editionen reiht sich nun auch das von Ruth Hanisch, Harald R. Stühlinger sowie Iain Boyd Whyte herausgegebene Buch „Metropole Wien. Eine Anthologie zu Architektur und Stadtkultur 1850–1945“ ein. Auf über 700 Seiten präsentiert der Band – man mag ihn fast altärmlich anmutend als „Schinken“ oder „Ziegel“ bezeichnen – eine weitreichende Auswahl an Originaltexten zur städtebaulichen Ausgestaltung der österreichischen Bundesstadt. Zeitlich ist dies wohl eine der spannendsten architektonischen Epochen dieser Weltstadt: Gründerzeit, Wiener Welt-

ausstellung, Jugendstil, Rotes Wien, Zweiter Weltkrieg mit seinen Zerstörungen sowie Wiederaufbau – um nur einige Höhepunkte zu nennen.

Die Sammlung ist darum bemüht, nicht nur ArchitektInnen zu Wort kommen zu lassen. So werden beispielsweise Texte von Kaiser Franz Joseph oder dem Wiener Bürgermeister Andreas Zelinka ebenso wie Arbeiten von Karl Kraus, Stefan Zweig, Felix Salten oder – endlich eine Frau – Margarete Schütte-Lihotzky wiedergegeben. Also eine manigfaltige Auswahl, die im Band thematisch gegliedert ist. So finden sich Kapitel über den Verkehr, das bürgerliche Wohnen, Tourismus, Stadthygiene, die Wasserversorgung oder die Ringstraße. Auffällig ist, dass gerade der imperialen und bürgerlichen Epoche ein großer Teil des Buches gewidmet ist. Freilich ist es spannend, Texte etwa von Adolf Loos zu lesen, doch ist das heutige Wien mehr als nur die inneren Bezirke. Die Besonderheit der Stadt macht das Nebeneinander von imperialer, bürgerlicher als auch proletarischer Architektur und Urbanität aus. Gerade letztere indes scheint in dieser Anthologie ins Hintertreffen zu geraten. Obschon das Rote Wien, das Wien der Ersten Republik also, sein eigenes Kapitel gewidmet bekommt, fällt doch auf, wie wenig Raum die städtebaulichen Überlegungen dieser marxistisch fundierten Zeit, in der Sammlung erhalten, obwohl es gerade diese Epoche ist, die das Zusammenleben und die soziale Durchmischung in der Stadt bis heute nachhaltig prägt.

Widersprüche zu den städtebaulichen Ambitionen der Sozialdemokratie werden vor allem aus bürgerlicher Perspektive präsentiert, weniger aus Sicht der damaligen radikal-linken Opposition, obwohl festzuhalten ist, dass Wien dazumal – etwa im Wahlkampf 1932 – offen mit den städtebaulichen Ambitionen Moskaus wetteiferte. Das bedeutet freilich nicht, dass beißender Spott, fundamentale Ablehnung, ja Opposition dieser großen Stadt gegenüber ausgespart werden – die Perspektivierung indes ist eindeutig bürgerlich. Dabei handelt es sich um den einzigen Kritikpunkt, der diesem Mammutwerk gegenüber anzulasten ist. Ansonsten nimmt sich die Lektüre dieses Buches angenehm, ja ausgewogen aus und ist allen, die sich mit der Entstehung jener Stadt, die dieser Tage als lebenswerteste Stadt der Welt gilt, auseinanderzusetzen wollen, wärmstens ans Herz zu legen.

CHRISTIAN KASERER

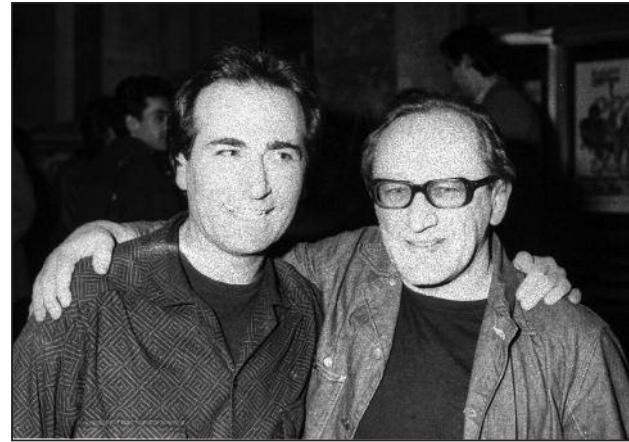
Theodoros Terzopoulos: Ich bin kein Opfer des Bürgerkriegs. Sabine Fuchs im Gespräch mit dem griechischen Theaterregisseur. Wien: Mandelbaum Verlag 2025, 238 S., 24 Euro

„Das Ende ist nie das Ende, da bin ich sicher. Es gibt kein Ende. Es gibt immer Dinge, die danach kommen.“ Bes

sere Worte, ein Buch über das Leben eines bedeutenden Künstlers zu beenden, sind kaum denkbar. Der im vorliegenden Band porträtierte Theodoros Terzopoulos spricht sie selbst und spricht dabei über sich und seine Arbeit – formuliert dabei aber auch eine Weltsicht, die sich durch sein Schaffen zieht. Sabine Fuchs präsentiert das Leben und Werk eines der bedeutendsten Theaterregisseure der Gegenwart. In ausführlichen in diesem Buch dokumentierten Interviewgesprächen eröffnet sich den LeserInnen ein Panorama der griechischen und europäischen Geschichte und Kulturgeschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Der 1945 geborene Terzopoulos wuchs in bäuerlichen Verhältnissen auf. Bürgerkrieg und Militärdiktatur prägten seine Kindheit und Jugend. „Die deutsche Besatzung und der Bürgerkrieg – was mich am meisten geprägt hat und ich am besten in Erinnerung habe, sind die Traumata des griechischen Bürgerkriegs. Unser Dorf war politisch gespalten, vielleicht 80 Prozent der Menschen standen politisch links, die anderen waren Konservative oder Faschisten. Meine Familie war auf der Seite der Linken, auf der Seite der Verlierer.“ (S. 52) Die Auseinandersetzung mit diesen Erfahrungen prägt die Arbeit von Terzopoulos bis heute: „Und wann immer mich Menschen fragen: „Was ist Kunst, was ist Theater?“, antworte ich: „Es ist das Trauma, das immer noch blutet.““ (S. 53)

Seine Theaterausbildung begann Terzopoulos in den 1960er Jahren in Athen. Durch die Verbindung mit seinem in Leipzig lebenden Bruder war bereits beim jungen Theodoros die Idee herangereift, eines Tages nach Berlin zu gehen und am Berliner Ensemble zu wirken: „Mit dem Ziel, dorthin zu gelangen, habe ich angefangen, Brecht zu lesen.“ (S. 77) Die Gelegenheit ergab sich schließlich, als Terzopoulos’ Lehrer, der Regisseur Kostis Michailidis, ihn als



Theodoros Terzopoulos (links) und Heiner Müller, 1986

Regieassistenten und Ensemblemitglied zu einer Europa-Tournee mitnahm. Am Ende dieser Tournee setzte sich Terzopoulos ab und beantragte ein Visum für die DDR. Als er nach Komplikationen endlich dorthin gelangte, begann eine mehrere Jahre dauernde entscheidende Phase in seinem Leben. Terzopoulos schaffte es, seinen Jugendtraum zu verwirklichen und kam ans Berliner Ensemble, wo er sich zum gefeierten Regisseur entwickelte. In dieser Zeit entstand auch die Freundschaft mit Heiner Müller, der ihn stark beeinflusste und dessen Stücke Terzopoulos in den folgenden Jahrzehnten mehrfach inszenierte.

Nach dem Ende der Militärdiktatur kehrte Terzopoulos nach Griechenland zurück. Er gründete das Attis-Theater, spezialisierte sich auf die Inszenierung antiker Tragödien und entwickelte zusammen mit dem Ensemble des Attis-Theaters eine Theatermethode, in deren Zentrum das körperliche Wirken der SchauspielerInnen steht. Die „beste und global verständlichste“ Art durch eine Inszenierung zu kommunizieren sei es, „durch den Körper zu kommunizieren“, so Terzopoulos. „Eine Aufführung sollte ein globales Gefühl kreieren, so wie ein Begräbnis, oder ein Erdbeben. Das beinhaltet Angst, Ehrfurcht, Läuterung, aber auch Vergnügen.“ (S. 92) Eine Vorstellung davon, was Terzopoulos’ in der antiken Tragödie und in archaischen Riten verwurzelte Methode den SchauspielerInnen abverlangt, vermitteln die Passagen des Buches, in denen er über die Entwicklung dieser Methode während der Vorbereitungen für eine Inszenierung der „Bakchen“ in den 1980er Jahren erzählt: „Wir sind ins Gebirge gegangen und haben Löcher in die Erde ge graben, Wasser eingefüllt und in diesen Löchern dann unsere Stimmen trainiert, haben versucht, eine physische Stimme zu finden, über das Zwerchfell. Das Ge

sicht in dem Wasserloch, mehr Wasser, Unterschied, weniger Wasser, Unterschied, noch mehr Wasser, wieder anders, mit größerer Distanz wieder anders, und da waren diese Frequenzen im Wasser. Im Dezember, Weihnachten 1985, sind wir in mein Dorf, nach Makrygialos gefahren. Wir sind im eiskalten Meer geschwommen und haben an den Anastenia-Zeremonien, bei denen man über Feuer läuft, teilgenommen.“ (S. 102)

Während dieser Experimente kristallisierte sich die neue Methode heraus, das spezifische Arbeitssystem des Regisseurs, „bei dem es um die konstante Aktivierung des Körpers durch das Zwerchfell geht und in deren Zentrum der energetische Zustand des Schauspielers und die Energie der Inszenierung standen.“ (S. 103) Den Körper ins Zentrum des Theaters zu rücken, bedeutet für Terzopoulos, den Menschen mit all seinen Erfahrungen in den Mittelpunkt der künstlerischen Auseinandersetzung

zu stellen. Dabei geht es nicht zuletzt auch um Gewalterfahrungen, die Terzopoulos in seinen Inszenierungen bearbeitet. Auch hier greift er immer wieder auf Erinnerungen an die jüngere griechische Geschichte zurück.

Sabine Fuchs gelingt es, den LeserInnen den anspruchsvollen Ansatz von Terzopoulos näher zu bringen, indem sie die Entstehungsbedingungen dieser Theatermethode herausarbeitet. Die Interviewpassagen, die den größten Teil des Buches ausmachen, verweben die biografischen Stationen von Terzopoulos mit den für seine Entwicklung relevanten politischen Ereignissen und künstlerischen und intellektuellen Einflüssen. Ein Essay zur Geschichte des griechischen Bürgerkriegs und des linken Widerstands gegen die Militärdiktatur leiten den Band ein und führen an die Welt des hochpolitischen Theaters von Theodoros Terzopoulos heran.

SIMON LOIDL

**Mitteilungen der
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT**

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Adam Baltner, Franz Fend, Sabine Fuchs, Heimo Halbrainer, Christian Kaserer, Jonas Kraft, Stefan Kraus, Michaela Lang, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Alfred J. Noll, Carola Schramm, Robert Streibel, Karl Wimmer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klaahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S
Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

**Alfred Klahr Gesellschaft
auf Instagram**

Seit einigen Monaten ist die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT nicht nur auf Facebook, sondern auch auf Instagram präsent. Content Creator ist Christian Kaserer.



https://www.instagram.com/alfred_klahr_gesellschaft



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der
Geschichte der Arbeiterbewegung

**Die Rechte der Menschen
Geschichte und Zukunft**

Vortrag von Univ.-Prof. DDr. Alfred J. Noll

Parlamentsdirektion Wien



Die Rede vom Menschenrecht unterscheidet sich von allen Vorstellungen, wie sie sich mit Begriffen wie Humanität, Menschlichkeit oder ihren Gegenbegriffen Brutalität, Barbarei verbinden. Es ist die Möglichkeit, seine Vernunft ungehindert gebrauchen zu können, d.h. sich vernunftgemäß zu verhalten, die respektiert werden muss, wenn

Menschen überhaupt in einer durch Recht geordneten Gemeinschaft und also menschenwürdig leben sollen. Die Vernunft im Menschen zu achten ist das fundamentale und für jede mögliche rechtsförmige Gesellschaft unabdingbare Menschenrecht. Deshalb schließt die *Internationale* durchaus logisch mit der Feststellung: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“ Denn in einer weltumspannenden Assoziation der Freien und Gleichen ist kein anderes Menschenrecht mehr konstitutiv als die Anerkennung des freien, vernünftigen Handelns jedes und aller; positiv gesprochen: Keine Handlung Dritter darf mich daran hindern, von der Möglichkeit vernünftiger Selbstbestimmung Gebrauch zu machen. Das ist das Recht der Menschen.

**Mittwoch, 11. März 2026, 18.30
Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien**

Im Anschluss an den Vortrag und die Diskussion findet die Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft statt.